

# Abschlussarbeit

zur Erlangung des Magister Artium  
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main  
Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und  
Internationale Beziehungen



Thema:

## Das „Nahost-Dilemma“

Deutschlands außenpolitische Eliten und ihre Rolle im Konflikt-  
management während der Ersten und Zweiten Intifada – eine  
Kommunikationsanalyse Bonner und Berliner Nahostpolitik

1. Gutachter: Prof. Dr. Gunther Hellmann
2. Gutachter: Prof. Dr. Lothar Brock

vorgelegt von: Frank Walzel

aus: Regensburg

Einreichungsdatum: 30.03.2006

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	2
<b>1 Deutsche Außenpolitik und der Nahostkonflikt .....</b>	<b>5</b>
1.1 Konflikt und Intifada .....	5
1.1.1 Der Nahostkonflikt .....	5
1.1.2 Sondertypen .....	8
1.2 Deutsche Nahostpolitik .....	10
1.2.1 Die „eindeutige Israel-Option“ .....	10
1.2.2 „Politik der Ausgewogenheit“ .....	12
<b>2 Rollentheorie, Außenpolitik und Inhaltsanalyse .....</b>	<b>15</b>
2.1 Grundlagen der Rollentheorie .....	15
2.2 Rollentheorie in der außenpolitischen Analyse .....	17
2.2.1 Ursprung .....	17
2.2.2 Rollentheorie und Außenpolitik .....	18
2.2.3 Rollenkonzeptionen .....	20
2.3 Qualitative Inhaltsanalyse .....	24
2.3.1 Grundlagen .....	24
2.3.2 Ablaufmodell .....	26
2.3.3 Kategorien .....	28
<b>3 Deutschlands außenpolitische Eliten und die Erste Intifada (1987-1993).....</b>	<b>31</b>
3.1 Kontinuität trotz Systemumbruch.....	31
3.2 Das Wesen des Konfliktmanagements .....	35
3.2.1 Definition.....	35
3.2.2 Vermittlungsformen .....	36
3.3 Bundesrepublikanische und gesamtdeutsche Nahostpolitik zwischen der Passiv-Aktiv-Position und Aktiv-Aktiv-Position .....	38
3.3.1 Bulletin der Bundesregierung (1987-1993).....	39
3.3.2 Plenarprotokolle des Bundestages (1987-1993).....	42
3.3.2.1 Bundesrepublikanische Rhetorik während des Ost-West-Konflikts ..	42
3.3.2.2 Gesamtdeutsche Rhetorik nach dem Ost-West-Konflikt.....	51
3.4 Analyse: Wohlwollende Vernachlässigung?.....	59
<b>4 Deutschlands außenpolitische Eliten und die Zweite Intifada .....</b>	<b>62</b>
4.1 Deutsche Nahostpolitik zwischen der Passiv-Aktiv-Position und Aktiv-Aktiv- Position .....	62
4.1.1 Bulletin der Bundesregierung (2000-2005).....	62
4.1.2 Plenarprotokolle des Bundestags (2000-2005).....	68
4.1.2.1 Vor dem 11. September 2001 .....	68
4.1.2.2 Die Nachwehen des 11. Septembers.....	75
4.1.2.3 Von der „Roadmap“ zu den palästinensischen Präsidentenwahlen....	86
4.2 Analyse: Primus inter pares? .....	92
<b>5 Bewertung: „Alte“ vs. „neue“ deutsche Nahostpolitik? .....</b>	<b>95</b>
<b>Schlussbetrachtung.....</b>	<b>97</b>
<b>Monographien und Sammelbände .....</b>	<b>99</b>
<b>Zeitschriftenaufsätze .....</b>	<b>104</b>
<b>Quellen.....</b>	<b>105</b>
<b>Erklärung .....</b>	<b>106</b>

## Einleitung

*Als Europäer, als Deutsche haben wir ein Interesse daran, dass der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht eskaliert, sondern zumindest zu einer Koexistenz wenn nicht gar zu einem Miteinander der beiden Völker führt.<sup>1</sup>*

Joschka Fischer

Keine andere Region der Welt hält für deutsche Außenpolitiker ähnlich viele Fallstricke und Dilemmata bereit wie der Nahe Osten. Gefangen zwischen den historisch begründeten „besonderen“ Beziehungen zum Staat Israel und dem wirtschaftlichen wie politischen Interesse an den arabischen Staaten wird die Suche nach einem Standpunkt zum Nahostkonflikt für die außenpolitischen Eliten zur „Quadratur des Dreiecks“ (vgl. JAEGER 1997) zwischen Palästinensern, Israel und den USA. Aufgrund des Entscheidungsdrucks, den dieses Dilemma verursacht, entschied man sich in Deutschland dazu, in dieser Frage dem außenpolitischen Kurs der EU zu folgen. Dies veranlasste vor allem die bundesrepublikanische Nahostpolitik dem inneren Entscheidungsdruck dadurch zu entgehen, indem sie den Anschluss an die europäische außenpolitische Linie gesucht hatte. Als der Konflikt zu einem Aufstand der Palästinenser, der *Intifada*, anwuchs und zugleich eine Ende des Ost-West-Konflikts in greifbare Nähe rückte, verschoben sich die außenpolitischen Schwerpunkte und dies stellte die europäische und mit ihr die deutsche Nahostpolitik vor völlig neue Herausforderungen. Um den Leser mit den notwendigsten Hintergrundinformationen zu versorgen, liefert das erste Kapitel eine kurze Darstellung sowohl deutscher Außenpolitik in der Region als auch des Nahostkonflikts an sich, ohne die ein Verständnis der nachfolgenden Ereignisse nur schwer auskommt.

Neben der wirtschaftlichen Unterstützung der Region mussten sich die außenpolitischen Eliten fragen, ob die Rolle eines „Konfliktmanagers“ für die deutsche Außenpolitik im Rahmen der EG/EU angebracht wäre. Spätestens mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 wurde die Dringlichkeit eines deutschen und europäischen Konfliktmanagements für den „Nahen“ Osten jedoch überdeutlich. Genau an diesem Punkt setzt die zentrale Frage der Untersuchung dieser Arbeit ein: *Wie positionieren sich die deutschen außenpolitischen Eliten gegenüber dem Nahostkonflikt und in welcher Rolle sehen sie sich selber bei der Schlichtung bzw. dem Konfliktmanagement der Intifada?* Um die Analyse der Fragestellung auf eine solide Datengrundlage zu stellen,

---

<sup>1</sup> Joschka Fischer im Interview mit der ZEIT, Nr. 16, 2002, S. 3, verfügbar unter [http://www.zeit.de/archiv/2002/16/200216\\_fischer.xml](http://www.zeit.de/archiv/2002/16/200216_fischer.xml), letzter Zugriff am 10.03.2006 um 12.08 Uhr.

wurden sowohl das Bulletin der Bundesregierung als auch die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages für die Zeiträume 1987 bis 1993 und 2000 bis 2005 ausgewählt und nach qualitativen Gesichtspunkten ausgewertet. Beide Quellen sollen Einsichten dahingehend liefern, wie die außenpolitischen Eliten nach *außen* (Bulletin) und nach *innen* (Plenarprotokolle) ihr Selbstbild kommunizieren. Die Entscheidung, nur mündliche Äußerungen in die Analyse mit einzubeziehen, fiel bewusst, da eine Vorabuntersuchung zeigte, dass schriftliche Verlautbarungen nur den größten gemeinsamen Nenner wiedergaben. Reden, auch wenn sie öffentlichen Charakter hatten, zeigten hingegen häufig die unterschiedlichen Positionen der Eliten. Als „außenpolitische Eliten“ im Sinne der Untersuchung gelten die Mitglieder Bundesregierung und hier insbesondere der Bundeskanzler, Außenminister, sowie Staatsminister/-sekretäre. Trotz seiner repräsentativen Funktion ist der Bundespräsident mit einbezogen worden. Als letzte sehr heterogene Akteursgruppe werden schließlich noch diejenigen Mitglieder der einzelnen Fraktionen im Bundestag untersucht, die sich zur Thematik äußern. In aller Regel setzt sich jene Gruppe aus den außenpolitischen Experten, Fraktions- und Parteivorsitzenden zusammen. Ein Ziel der vorliegenden Arbeit soll nun sein, Rollen bzw. selbstdefinierte Rollenbilder herauszuarbeiten. Aus diesem Grund ist eine Einführung in die Rollentheorie und ihre Verwendung in der Außenpolitikforschung in Kapitel 2.1 und 2.2 unerlässlich. Dabei ist die genaue Unterscheidung zwischen Redner, den Adressaten der Rede, dem Umfeld und dem was gesagt bzw. kommuniziert wird, der konsensorientierten deutschen Nahostpolitik von großer Bedeutung. Aber auch der genauen Aufbereitung der beachtlichen Primärdaten muss Beachtung geschenkt werden. Um auch feine unterschiedliche Nuancen in den Reden aufzugreifen, soll mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse das Material gesichtet und die so gewonnene „Text-Essenz“ in eigens dafür entworfenen Kategorien verortet werden. Da der äußerst geringe Umfang an Sekundärliteratur zur Thematik keine passenden Kategorisierungen aufzeigen kann, soll sich die vorliegende Analyse durch eine induktive Vorgehensweise auszeichnen. Das bringt es mit sich, dass zu Beginn der Arbeit nur sehr vage Annahmen darüber angestellt werden können, ob und wenn ja wie sich das Selbstbild der außenpolitischen Eliten von der Ersten zur Zweiten Intifada verändert hat. Die qualitative Aufbereitung des Datenmaterials in Kapitel 3 und 4 wird an seinem Umfang gemessen, den Großteil der Arbeit ausmachen. Eine Gegenüberstellung der gewonnenen Rollenbilder zum Schluss der Arbeit in Kapitel 5 soll schließlich die Frage klären, inwiefern von Kontinuität oder Wandel deutscher Nahostpolitik gesprochen werden kann. Das besonders weite Feld des

Konflikt-„Managements“ soll dabei bewusst als Teilgebiet der deutschen Nahostpolitik ins Zentrum der Untersuchung gestellt werden, da viele unter den außenpolitischen Eliten diskutierte Möglichkeiten der Konfliktschlichtung nachweislich auf diese Bezug nehmen. Damit sollte der Handlungsrahmen Deutschlands in der Region keineswegs überbewertet werden, sondern vielmehr den in den politischen Debatten geäußerten Formen des Engagements einen passenden Oberbegriff an die Seite gestellt werden. Welche Formen des Konfliktmanagements nun zu welcher Zeit von wem diskutiert werden und wie weit die Forderungen einiger außenpolitischer Eliten gehen, soll die folgende Analyse zeigen.

# 1 Deutsche Außenpolitik und der Nahostkonflikt

## 1.1 Konflikt und Intifada

### 1.1.1 Der Nahostkonflikt

Der Nahostkonflikt ist mit reichlich belletristischer und auch wissenschaftlicher Literatur bedacht worden und nicht selten diente dies eher der Untermauerung der subjektiven politischen Meinung des Autors, denn einer objektiven Analyse. Es ist der vorliegenden Arbeit daher überaus dienlich, auf Konflikte im Allgemeinen und ihre Typologisierungen einzugehen, um eine möglichst ausgewogene Sicht auf den Nahostkonflikt und die Intifada im Speziellen zu erhalten. Nicht selten sind bei dem Versuch den Begriff „Konflikt“ zu definieren, selbst Konflikte entbrannt.

Sein lateinischer Ursprung „confligere“ kann mit den Begriffen „zusammenschlagen, aneinander geraten, erbittert kämpfen“ übersetzt werden. Gemeinsam ist allen Konflikten im weitesten Sinne, „dass ihnen Widersprüche oder spannungserzeugende Beziehungen zwischen den Elementen sozialer (und personeller) Systeme zugrunde liegen“ (STRASSER 1998). Der soziale Konflikt hingegen ist „ein sozialer Tatbestand, bei dem mindestens zwei Parteien (Einzelpersonen, Gruppen, Staaten) beteiligt sind, die unterschiedliche, vom Ausgangspunkt her unvereinbare Ziele verfolgen oder das gleiche Ziel anstreben, das aber nur eine Partei erreichen kann und/oder unterschiedliche, vom Ausgangspunkt her unvereinbare Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zieles anwenden wollen“ (WASMUHT 1994). Aufbauend darauf lässt sich der Konfliktbegriff an vier verschiedenen Analyseebenen ausrichten: Das Individuum mit a) intrapersonalen Konflikten; die Gesellschaft mit b) interpersonellen Konflikten und c) innergesellschaftlichen Konflikten, und das internationale System mit d) internationalen Konflikten (BONACKER/IMBUSCH 2005). Wenn gleich auch innergesellschaftliche Konflikte in der israelischen und palästinensischen Gesellschaft das Bild des Nahostkonflikts bestimmen, soll der Fokus im weiteren Verlauf auf d) der internationalen Ebene liegen. Eine weitere wichtige Differenzierung des Konfliktbegriffs besteht in der Unterscheidung von bestimmten *Typen von Konflikten*. Von großer Bedeutung ist hier die Unterscheidung von Coser zwischen echten und unechten Konflikten. Bei *echten* Konflikten ist der Konflikt das Mittel zur Erreichung eines bestimmten Ziels, wobei bei *unechten* Konflikten der Konflikt als Selbstzweck gilt (vgl. COSER 1965). Seine Definition dazu lautet:

„Konflikte, die durch Frustration bestimmter Forderungen innerhalb einer Beziehung und durch Gewinnkalkulationen einzelner Parteien entstehen, können als *echte* Konflikte bezeichnet werden, insofern sie nämlich Mittel sind, ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen. *Unechte* Konflikte dagegen sind ... nicht durch die gegensätzlichen Ziele der Gegner verursacht, sondern durch die Notwendigkeit einer Spannungsentladung zumindest bei einem von beidem.“ (COSER 1965, 56).

Für den Nahostkonflikt lässt sich die *Echtheit* auf israelischer wie auf palästinensischer Seite feststellen. Beide Parteien wollen mit dem Konflikt ihre Ziele (Unterbinden von palästinensischen Terroranschlägen, Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten) bei der Gegenseite durchsetzen. Der Begriff des Konflikts lässt sich außerdem nach einer latenten und manifesten „Gegensätzlichkeit“ (DAHRENDORF 1965, 201) unterscheiden. Als *manifest* ließen sich Konflikte beschreiben, die aufgrund ihrer Austragung oder in Bezug auf die offene Artikulation durch die Konfliktparteien als solche erkennbar sind, während ein *latenter* Konflikt nicht unmittelbar als solche erkennbar sind, da sie nicht offen ausgetragen werden (vgl. BONNACKER/IMBUSCH 2005, 72). Auch hier kann vom manifesten und „heißen“<sup>2</sup> Charakter des Konflikts während den Intifadas ausgegangen werden. Viel bedeutender für die Einordnung des Nahostkonflikts ist hingegen die Frage, ob es sich dabei um einen symmetrischen oder asymmetrischen Konflikttyp handelt. *Symmetrisch* ist ein Konflikt dann, wenn die Voraussetzungen, Mittel und Kontexte der Konfliktparteien identisch sind. Je weiter von diesem Idealzustand abgewichen wird, desto *asymmetrischer* ist der Konflikt (vgl. BONNACKER/IMBUSCH 2005, 74). Die Asymmetrie eines Konflikts kann sich in verschiedenen Aspekten zeigen: Sie kann rechtlicher, struktureller und moralischer Art sein und auf Verhaltensstandards und Beziehungen zu dritten Parteien abheben (vgl. BONNACKER/IMBUSCH 2005, 74; MITCHELL 1991, 30ff.). Der Nahostkonflikt ist maßgebend für alle asymmetrischen Konflikte, da der demokratische Staat Israel u.a. einer nicht-souveränen palästinensischen Autonomiebehörde gegenübersteht. Des Weiteren ließe sich in der Tradition einer marxistischen Konflikttheorie nach *antagonistischen* - einem unversöhnlichen und kompromisslosen Gegenüberstehen der Konfliktparteien – und einem *nicht-antagonistischen* – durch Kompromisse lösbaren – Konflikten unterscheiden. In den „heißen“ Konfliktphasen, wie den Intifadas, tritt der Antagonismus im Nahostkonflikt stark hervor. Auch der Frage nach der Legitimität und Nicht-Legitimität eines Konflikts wird Gewicht beigegeben. Deren Messbarkeit orientiert sich an der Einhaltung von rechtlichen, humanitä-

---

<sup>2</sup> Bei einem *heißen* Konflikt ringen die Konfliktparteien miteinander, bekämpfen oder befehlen sich offen, heftig und direkt, wogegen ein *kalter* Konflikt sich dadurch auszeichnet, dass die Konfliktparteien resigniert haben. Sie verkehren so wenig wie möglich direkt miteinander, die Kommunikation ist eingefroren oder auf das unvermeidliche formelle Mindestmaß begrenzt. MARINGER/STEINWEG 1997: 5 ff..

ren und universellen Normen völkerrechtlicher Instanzen, wie beispielsweise einer internationalen Organisation wie den Vereinten Nationen. Die Feststellung der *Legitimität* bzw. *Nicht-Legitimität* eines Konflikts kann sich sowohl auf den Konflikt selbst, aber auch auf seine Austragungsform beziehen (vgl. HIMES 1980, 18f.). Gerade im Falle des Nahostkonflikts ist eine Einordnung nicht möglich und sowohl bei Beobachtern, als auch bei den Konfliktparteien höchst umstritten. Kennzeichnend ist jedoch sein *informeller* Charakter (vgl. BALLA/LAUTMANN 1995, 357), da er (selten) mit formalen Mitteln, sondern außerhalb geregelter Verfahren ausgetragen wird (palästinensischen Selbstmordattentaten folgen israelische Militäraktionen und umgekehrt). Die Gründe für gesellschaftliche Konflikte – ebenso wie für den Nahostkonflikt – können sowohl auf *objektiven* Gesichtspunkten (Streit um die Verteilung knapper Werte und Güter wie Einkommen, Status, Macht und Herrschaft), als auch auf *subjektiven* Aspekten (Streit aus Dispositionen und Einstellungen wie Ressentiments, Feindschaft, Hass und Aggressivität heraus) beruhen (vgl. MEYERS 1994, 31). Dies lässt den Schluss zu, dass der Nahostkonflikt auf eine stark *dissensuale* Ausrichtung festgelegt ist. Als Dissens wird eine Situation verstanden, „where the adversaries have no other interests to defend than to keep the essentials of their own system of values and cognition intact“ (AUBERT 1963, 31f.). In Bezug auf seine Ergebnisse entwickelt sich der Konflikt von einer konstruktiven hin zu einer destruktiven Form der Austragung. Morton Deutsch sieht *destruktive* Folgen für einen Konflikt gegeben, wenn die Beteiligten unzufrieden über die Ergebnisse des Konflikts sind und letzten Endes alle Parteien das Gefühl haben, durch den Konflikt verloren zu haben (vgl. DEUTSCH 1969, 10). Ob nun der Nahostkonflikt destruktive oder produktive Folgen hat, dürfte auch von seiner Teilbarkeit bzw. Unteilbarkeit abhängen. Hirschman bezeichnet *teilbare* Konflikte als „Mehr-oder-weniger-Konflikte“ (More-or-less-type) und *unteilbare* als „Entweder-oder-Konflikte“ (Either-or-type) (vgl. HIRSCHMAN 1994, 213). Letzterer Konflikttyp ist in der Regel schwerer beizulegen, da er meist entlang ethnischer, sprachlicher oder religiöser Konfliktlinien verläuft, wogegen sich in „Mehr-oder-weniger-Konflikten“ beide Parteien aufeinander zu bewegen und sich in der Mitte treffen können („Half loaf is better than none“) (vgl. HIRSCHMAN 1994, 213f.). Gerade während den Intifadas – Phasen hoher Konflikintensität – scheinen sich weder die israelische Armee noch die palästinensischen Terrororganisationen in ihrem Teufelskreis aus Vergeltungsmaßnahmen voneinander trennen zu können und dem Konflikt damit die Möglichkeit der Teilbarkeit zu bieten. Wollte man nun also den Nahostkonflikt zum Zeitpunkt der Intifadas verorten, ließe der Konflikt

sich größtenteils unter folgende Arten subsumieren: echt, manifest, asymmetrisch, antagonistisch, sowohl legitim als auch nicht-legitim, informell, objektiv wie subjektiv, dissensual, destruktiv und von einer Unteilbarkeit geprägt.

### 1.1.2 Sondertypen

Die Vielschichtigkeit des Nahostkonflikts und sowie ihm ähnliche Konflikte regten die Konfliktforschung dazu an, *Sondertypen* zu entwickeln. Da sie als besonders beharrlich und zumeist mit Wurzeln tief in der Vergangenheit verwurzelt galten, bezeichnete man sie als „protracted“, „intractable“ und „deep-rooted“, wobei jede Bezeichnung eine eigene Konnotation hat. Unter „deep-rooted“ versteht man häufig „conflicts based on strife regarding the satisfaction of human needs by people sharing collective identities, often denoting a people“ (vgl. BURTON 1990). Der Terminus „protracted“ betont dagegen sein Hauptmerkmal dieses Typs, nämlich seine Langwierigkeit. Häufig stellen derartige Konflikttypen eine Mixtur aus einem ethnischen und sowie einem zwischenstaatlichen Konflikt dar und manifestieren sich in „hostile interactions which extend over long periods of time with sporadic outbreaks of open warfare fluctuating in frequency and intensity“ (AZAR/JUREIDINI/MCLAURIN 1978, 56). Als „intractable“ (unlösbar) werden hingegen Konflikte verstanden, die sich einer Lösung zu entziehen scheinen und weiter andauern, obwohl alle Anstrengungen zu ihrer Beilegung unternommen werden und sie letztendlich doch beigelegt werden (KRIESBERG 1998, 332f.). Allen Typen ist gemein, dass ihre Zahl seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs drastisch zunimmt und sich in ihren Streitpunkten klar vom klassischen Ost-West-Gegensatz unterscheidet. In ihrem Mittelpunkt steht der Kampf der Konfliktparteien um die Grundbedürfnisse Sicherheit, Anerkennung, Akzeptanz, Zugang zu politischen und demokratischen Einrichtungen und wirtschaftliche Gleichberechtigung (vgl. AZAR 1991, 93). Vor allem im langwierigen Nahostkonflikt lässt sich dieses Bestreben auf beiden Seiten erkennen. Der Charakter des Konflikts entspricht folglich in nahezu allen Punkten einem „protracted conflict“: 1) Seine Dauerhaftigkeit (duration), 2) der Fluktuation (fluctuation<sup>3</sup>) in der Intensität und Häufigkeit der Interaktionen, 3) dem Überschwappen (spillover) des Konflikts auf andere Bereiche, 4) dem Ausbleiben einer absehbaren Beendigung (distinct termination) des Konflikts und schließlich 5) den starken ausgleichenden Kräften (equilibrating forces), die die Interaktionen zwischen den Parteien zwingen, innerhalb eines

---

<sup>3</sup> Der Nahostkonflikt, müsse aufgrund seiner Dauer in seiner Intensität fluktuieren: „Societies cannot sustain intense conflict indefinitely“ (AZAR/JUREIDINI/MCLAURIN 1978: 15).

normalen Konfliktniveaus zu bleiben und abweichende Entwicklungen unterbinden, die hin zu mehr Konflikt oder auch Kooperation weisen (vgl. AZAR/JUREIDINI/MCLAURIN 1978, 14). Dies zeigt, dass der Nahostkonflikt in „ein kompliziertes Geflecht unterschiedlicher Beziehungen von mehreren zusammenhängenden Konflikten“ (SCHMID 1993, 11) eingebunden ist. In der Realität gibt es daher nicht *den* Nahostkonflikt, obwohl er in lexikalischen Darstellungen häufig so aufgeführt wird (vgl. PFETSCH 1990, 11-39). Vielmehr muss von *Konfliktmustern* im Nahen Osten gesprochen werden. Der Konflikt wird vertikal auf drei Ebenen ausgetragen: 1) Lokal, 2) regional und 3) global (SCHMID 1978, 12; ROBERT 2000, 308ff.). Auf *lokaler* unterster Ebene stehen sich der Staat Israel und die arabischen Palästinenser gegenüber. Auf der zweiten *regionalen* Ebene befinden sich die arabischen „Frontstaaten“ (Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten) und ein äußerer Umkreis (Saudi-Arabien, Irak, nordafrikanische Staaten) mit Israel im Konflikt, während auf der dritten *globalen* und obersten Ebene Groß- und Supermächte (USA, Russland, bis 1993 UdSSR) im israelisch-arabisch-palästinensischen Konflikt agieren. Diese Einteilung stellt jedoch nur die Facetten des Konflikts auf der vertikalen Ebene dar. Zu jeder Ebene auf der vertikalen Achse kommt eine horizontale Achse hinzu, die vier verschiedene Konfliktursachen aufweist. So gibt es zwischen Israel und den Palästinensern *ideologische* Auseinandersetzungen wie z.B. dem Zionismus und arabischem Nationalismus, *soziostrukturelle* Konfliktformationen, *wirtschaftliche* Interessensgegensätze und „es begegnen sich konfliktträchtig zwei große *Kulturtraditionen*, die des Orients und Okzidents“ (SCHMID 1978, 12). Für die vorliegende Arbeit wird zwar jeder Konfliktyp in die Untersuchung miteinbezogen, der Analyserahmen muss aus arbeitsökonomischen Gründen jedoch auf die lokale Ebene begrenzt werden. Rückgriffe auf regionale oder globale Aspekte können nur dort vorgenommen werden, wo es für das Verständnis von deutschem Konfliktmanagement dringend erforderlich ist. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist dem ungeachtet der überragende Grundkonflikt in der Region, da er sich vom „territorialisierten Nationalitätenkonflikt“ (DINER 1987, 319) zwischen Palästinensern und Israelis aus regional zu einem zwischenstaatlich ausgetragenen Nahostkonflikt von internationaler Bedeutung ausweitete. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Blockbildung in der Region kommt der regionalen bzw. lokalen Ebene wieder mehr Bedeutung zu, so dass die Bezeichnung *Nahostkonflikt* als israelisch-palästinensischer Gegensatz im weiteren Verlauf der Untersuchung durchaus gebraucht werden kann.

## 1.2 Deutsche Nahostpolitik

### 1.2.1 Die „eindeutige Israel-Option“

Um deutsche Außenpolitik gegenüber dem Nahen Osten verstehen zu können, bedarf es nicht nur der Kenntnis des Konflikts an sich, sondern auch des ähnlich facettenreichen Spektrums der deutschen Nahostpolitik. Von ihrer Gründung in der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart eines wiedervereinigten Deutschlands durchlief sie mehrere Phasen.<sup>4</sup> Dabei stand sie stets in ein Spannungsverhältnis zwischen dem Staat Israel und den Palästinensern auf der einen Seite und den arabischen Staaten, den USA und der Sowjetunion bzw. Russland auf der anderen Seite. In den Anfangsjahren von Kriegsende bis 1969 galt das Bestreben aller Bundesregierungen „möglichst jede Stellungnahme zum Konflikt im Nahen Osten zu vermeiden“ (MÜLLEMEISTER 1988, 137) und sich auf eine „eindeutige Israel-Option“ (ebd., 137) festzulegen. Deutsche Nahostpolitik war stets überschattet von der moralischen Schuld an der Vernichtung der europäischen Juden und den damit verbundenen Wiedergutmachungsleistungen an Israel. Selbst als Israel im Juni 1967 in einem Präventivangriff das gesamte Westjordanland, die Golan-Höhen, Ostjerusalem und den Gaza-Streifen besetzt, ist die öffentliche Meinung in Deutschland pro-israelisch, während die Haltung der Bundesregierung für die Zeit als „benevolent neutrality“ (HUBEL 1992, 43) charakterisiert werden kann. Den Wechsel in der deutschen Nahostpolitik brachten eine innenpolitische und eine außenpolitische Veränderung. Die sozial-liberale Koalition unter den Kanzlern Willy Brandt und später Helmut Schmidt suchte ab dem Jahr 1969 im Rahmen des Konfliktfeldes Naher Osten zunehmend die Position eines „engagierten Beobachters“ (MÜLLENMEISTER 1988, 137). Dies war größtenteils möglich, da Deutschland und weitere EG-Länder Ende 1970 begonnen haben, ihre Außenpolitik in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zu koordinieren. Als ein geheimes Arbeitspapier („Schumann-Dokument“) der EWG-Staaten im Mai 1971 an die Öffentlichkeit geriet, in dem der Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert und die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems über bestehende UN-Sicherheitsresolutionen hinaus vorgeschlagen wurde, trat der Bruch deutscher Nahostpolitik mit ihrer bisherigen Position

---

<sup>4</sup> WOLFFSOHN (1991, 202) unterteilt die deutsche Nahostpolitik mit Blick auf die deutsch-israelischen Beziehungen in acht Phasen: **1)** Wiedergutmachungsfragen (bis 1953), **2)** Ringen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (bis 1965), **3)** Beginnende Routinisierung (bis Herbst 1969), **4)** Zwischen Ost- und Nahostpolitik (die Ära Brandt/Scheel), **5)** Palästinenserfrage und Ölprobleme im Mittelpunkt (1973/74 bis 1977), **6)** Schmidt/Begin-Kontroverse (bis Herbst 1983), **7)** Partner der USA (Herbst 1981 bis 1989), **8)** Deutsche Einheit (seit Herbst 1989).

offen zutage. Als schließlich die „Hallstein-Doktrin“<sup>5</sup> unter der Regierung Brandt/Scheel abgebaut wurde, war eine Wiederannäherung der Bundesrepublik an die arabischen Staaten möglich geworden und die Bundesrepublik konnte sich auf eine Politik der ausgewogenen Beziehungen und strikten Neutralität im Nahostkonflikt zurückziehen (GLÖCKER-FUCHS 1997, 172). Die „nahostpolitische Selbstentfesselung“ (WEINGARDT 2002, 108) durch die neue „Politik der Ausgewogenheit“<sup>6</sup> zwang jedoch die deutsche Außenpolitik in der Region zunehmend zu einem „Spagat zwischen Moral- und Realpolitik“ (JAEGER 1997, 239) – zwischen der Sicherung des Existenzrechts Israels einerseits und der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes andererseits. Begünstigt durch den Ölboykott<sup>7</sup> der arabischen OPEC-Länder als Folge des Yom-Kippur-Krieges zwischen Israel und seinen Anrainerstaaten im Oktober 1973, festigte sich das neue Nahost-Konzept der Bundesrepublik und machte „das Abrücken von der betont israelverbundenen Position deutlich erkennbar“ (WEINGARDT 2002, 2). So zeichnete die Bundesrepublik im November 1973 mit verantwortlich für eine Nahost-Erklärung der EPZ, in der nicht nur die Position des Schumann-Dokuments offiziell bekräftigt wurde, sondern auch der Hinweis auf die legitimen Rechte der Palästinenser erfolgte. Ein weiteres Zeichen eines Richtungswechsels in der deutschen Außenpolitik stellte ebenfalls die Unterstützung des Europäisch-Arabischen Dialogs dar, der „die Beziehungen zur arabischen Welt auf eine stabile langfristige Grundlage der Partnerschaft“ (WELL 1976, 121) stellen sollte. Nur ein Jahr später am 19. November 1974 sprach der deutsche UNO-Botschafter vor der Vollversammlung vom „Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“ und ergänzte, dass die Bundesrepublik Deutschland das Recht des palästinensischen Volkes anerkenne, selbst zu entscheiden, ob es auf dem von Israel zu räumenden Gebiet eine eigene Autorität errichte oder eine andere Lösung wählen wolle.<sup>8</sup> Diese vorgetragene Position orientierte

---

<sup>5</sup> Um den Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR zu wahren, wurde Mitte der 50er Jahre eine Strategie entworfen, die ihren Niederschlag in der Hallstein-Doktrin fand. Sie sah folgendes vor: Sollte ein Staat in offizielle Beziehungen zur DDR eintreten, so behielt sich die Bundesrepublik das Recht zu Sanktionen vor, an deren Ende der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu diesem Staat stehen konnte.

<sup>6</sup> In Folge der allgemein wachsenden Entspannung zwischen den Weltmächten und vor dem Hintergrund der erweiterten Ostpolitik begann die sozial-liberale Koalition Brandt/Scheel sich um eine Neugestaltung ihres Verhältnisses zu den Staaten im Nahen Osten zu bemühen.

<sup>7</sup> Als Reaktion auf die israelische Besetzung der Sinai-Halbinsel im Yom-Kippur-Krieg („Oktoberkrieg“) beschlossen die arabischen OPEC-Länder, Erdöl als politische Waffe einzusetzen, indem sie die Öllieferungen drosselten und gleichzeitig die Preise erhöhten. Danach werden die USA und die Niederlande nicht mehr, andere westliche Länder wie die Bundesrepublik nur noch mit 75% der bisherigen Menge Rohöl beliefert.

<sup>8</sup> Vgl. die REDE DES UNO-BOTSCHAFTERS RÜDIGER VON WECHMAR VOR DER 24. GENERALVERSAMMLUNG 1974, 3.

sich zwar am Standpunkt der EPZ, die Hervorhebung der *Selbstbestimmungsrechte* führte jedoch zu einer Verstimmung mit Israel, da die israelische Regierung annahm, Bonn habe eine „Kehrtwende seiner Nahostpolitik“ (JAEGER 1997, 64) eingeleitet. Die offizielle Äußerung der Bundesrepublik zum israelisch-arabischen Konflikt blieb in dieser Deutlichkeit ein Einzelfall. Der Wechsel deutscher Nahostpolitik von der bilateralen, Israel-treuen hin zu einer multilateralen, ausgeglichenen Ebene im Rahmen der EPZ sollte allerdings Bestand haben. Die unter der sozial-liberalen Koalition Brandt/Scheel offiziell begonnene „ausgewogene Nahostpolitik“<sup>9</sup> brachte die Bundesrepublik damit näher an die von Frankreich geprägte Position der übrigen acht EG-Länder heran.

### 1.2.2 „Politik der Ausgewogenheit“

Auf das Friedensabkommen von Camp David zwischen Ägypten und Israel im September 1978 reagierten die neun europäischen Staaten der EPZ, unter ihnen die Bundesrepublik, zurückhaltend und abwartend, da sie die UN-Resolutionen 242 und 338 nicht hinreichend berücksichtigt sahen. Auch wenn die Bundesrepublik auf nationaler Ebene keine eindeutige Position in diesem Punkt innehatte, war sie auf europäischer Ebene für die „ausgeglichenen“ Nahost-Erklärungen in den Augen der israelischen Regierung mitverantwortlich.<sup>10</sup> Zwischen den EPZ-Staaten zeichnete sich sogar eine Tendenz ab, die eine noch weitere Rücksichtnahme auf die palästinensischen Selbstbestimmungsrechte vorsah. Zum einen lag dies an der vorsichtigen Haltung gegenüber den arabischen Staaten, die als wichtige Öllieferanten für Westeuropa fungierten und zum anderen traf die israelische Politik in der Region auf wenig Sympathie in der EPZ (NEUSTADT 1983, 385f.). Diese seit langem bestehende Tendenz einer weiteren Annäherung an die arabischen Länder fand in der Erklärung von Venedig im Juni 1980 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die EPZ und mit ihr die Bundesrepublik legten auf diese Weise einen eigenen Friedensplan vor, der im Widerspruch zu Carters Camp-David-Vereinbarungen stand und auf uneindeutige Formulierungen verzichtete (KLINKENBERG 2002, 26). Die

---

<sup>9</sup> Der zentrale Aspekt dieser Politik war nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung der arabischen Welt für die Bundesrepublik, sondern auch die Überzeugung, dass die diplomatische und politische Abwesenheit von bestimmten Räumen wie dem Nahen Osten nicht der Entspannung dienen könne und die Bundesrepublik daher im Zusammengehen mit ihren europäischen Partnern in der Region einen Beitrag leisten müsse (vgl. BÜTTNER/HÜNSELER 1981, 130).

<sup>10</sup> GLÖCKLER-FUCHS (1997, 307) führt dazu aus: „War Bonn bis dahin seitens Israel doch noch vorwiegend als positiver Faktor innerhalb des europäischen Konzerts gewertet worden, begann man [Israel] jetzt die Bundesrepublik immer mehr als jemanden zu verstehen, der letztendlich auf die französische Linie eingeschwenkt war.“

zentralen Punkte der Erklärung sprechen in aller Deutlichkeit die nationalen Rechte der Palästinenser und eine umfassende internationale Regelung des Konflikts an und sie verlangen den vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und Ost-Jerusalem.<sup>11</sup> Auch wenn die Erklärung von Venedig an Deutlichkeit über alle vorangegangenen Stellungnahmen von europäischer und deutscher Seite hinausgingen, waren sie „ohne feststellbare positive Wirkung auf den Nahostkonflikt, zumal die Regierung Begin darauf eher mit einer Bekräftigung ihrer starren Haltung reagierte“ (WEINGARDT 1997, 107f.). Die Position der Bundesrepublik war dabei äußerst ambivalent, wollte man sich doch weder der pro-palästinensische Politik des EG-Partners Frankreich noch der israelverbundenen Haltung der militärischen Schutzmacht USA offen entgegenstellen. Unter dem Etikette der „Ausgewogenheit“ wurde seitens der Bundesrepublik jedoch immer noch eine Politik gestaltet, die überwiegend pro-israelisch orientiert blieb, weshalb hier oft von einer „relativen Ausgewogenheit“ (HÜNSELER 1990, 185) in der deutschen Nahostpolitik gesprochen wurde. Die Unterstützung Bonns für die Venedig-Erklärung und ihre Rolle bei der Einigung über die Zukunft des europäisch-arabischen Dialogs ließ aber eine „immer engere Verflechtung der deutschen Nahostpolitik mit der EPZ-Ebene“ (GLÖCKLER-FUCHS 1997, 307) erkennen. Als Folge dessen steuerte das deutsch-israelische Verhältnis trotz enger wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Kontakte allmählich seinem historischen Tiefststand entgegen. Dieser schien ein Jahr später im April 1981 erreicht, als es zu einem offenen Eklat zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem israelischen Ministerpräsident Begin kam, der sich an geplanten deutschen Waffenlieferungen und einem Interview Schmidts entzündete. Trotz des darauf folgenden Libanon-Feldzugs der israelischen Armee im Sommer 1982 besserte sich jedoch das deutsch-israelische Verhältnis, da die christlich-liberale Koalition unter Helmut Kohl die Regierung übernahm und die deutsche Nahostpolitik wieder verstärkt auf israelische Interessen ausrichtete. Die herausragende Bedeutung, die die bilateralen Beziehungen Deutschlands zu Israel hatten, waren durch die Einbindung der deutschen Nahostpolitik in die multilaterale EPZ nicht mehr gegeben (vgl. GLÖCKLER-FUCHS

---

<sup>11</sup> Punkt 6 der Erklärung von Venedig sagt zu den nationalen Rechten der Palästinenser: „Das Palästinenserproblem, bei dem es sich *nicht lediglich* um ein *Flüchtlingsproblem* handelt, muß endlich eine gerechte Lösung finden. Das palästinensische Volk, das sich bewusst ist, als solches zu existieren, muß in die Lage versetzt werden, durch einen geeigneten und im Rahmen der *umfassenden Friedensregelung* definierten Prozess sein Selbstbestimmungsrecht voll auszuüben.“ In Punkt 9 wird die herbe Kritik der EPZ an der Politik Israels überdeutlich: „Die Neun erinnern an die Notwendigkeit, daß Israel ... die territoriale Besetzung beendet, die es seit dem Konflikt von 1967 aufrecht erhält. Sie sind zutiefst überzeugt, daß die israelischen Siedlungen den Friedensprozess im Nahen Osten ernsthaft behindern. Die Neun sind der Ansicht, daß diese Siedlungen ebenso wie die Änderungen in der Bevölkerungs- und Grundstücksstruktur in den besetzten arabischen Gebieten nach Völkerrecht ungesetzlich sind“ (vgl. BERICHT E UND DOKUMENTATIONEN DES AUSWÄRTIGEN AMTS 1987, 61f.).

1997, 305). Das deutsche „Nahost-Dilemma“ zwischen israelischen, arabischen und eigenen Interessen erfuhr damit eine spürbare Lockerung durch die EPZ und hatte sogar einen „Zuwachs an außenpolitischem Handlungsspielraum und internationalem Gewicht für die Bundesrepublik“ (HAFTENDORN 1986, 57) zur Folge (WEINGARDT 2002, 302).

Weder die EPZ noch die neu ausgerichtete deutsche Nahostpolitik vermochten aber in den folgenden Jahren die internationale Aufmerksamkeit zu nutzen, die sie durch die Erklärung von Venedig erhalten hatten. Bis zum Ausbruch der ersten Intifada 1987 zeichnete sich die europäische und mit ihr die deutsche Außenpolitik im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern durch Passivität aus: „[European] Political Cooperation could do no more than note and endeavour to reconcile the various initiatives which followed in rapid succession, from the Reagan Plan of 1 September 1982 to the Fez proposals of 9 September to the Hussein-Arafat agreement of 11 February 1985“ (NUTTALL 1992, 221). Das war zum einen der neuen Politik der Stärke und Ost-West-Konfrontation von US-Präsident Ronald Reagan geschuldet, der gegenüber den europäischen Verbündeten den traditionellen politischen Führungsanspruch einforderte. Zum anderen war es dem vorherrschenden Trend in der EG zu zuschreiben, die nationalen europäischen Nahostpolitiken von der in eine andere Richtung orientierten EPZ-Nahostpolitik abzukoppeln, bzw. selbige auf dem in Venedig erreichten Niveau einzufrieren (vgl. GLÖCKLER-FUCHS 1997, 284). Das Fazit für das Verhältnis deutscher und europäischer Nahostpolitik in den 80er Jahren kann am besten mit den Worten von Annette Jünemann beschrieben werden: „Institutionelle Integrationserfolge der EG konnten eine zunehmende Renationalisierung der Außen- und Nahostpolitiken ihrer Mitgliedstaaten nicht verhindern.“ (JÜNEMANN 1993, 73). Erst im Februar 1987 kam es zu einer unerwarteten Initiative der EG-Außenminister für eine internationale Friedenskonferenz unter Leitung der UN, die in der Erklärung vom 13. Juli 1987 formuliert wurde. Bezeichnend für das hohe Maß an politischer Zurückhaltung im Nahostkonflikt war auch die abwartende Reaktion der EPZ auf den Ausbruch der Ersten Intifada. Sie zeigte sich darin, dass im Sommer 1988 der Europäisch-Arabische Dialog wieder aufgenommen und im Juni 1989 auf dem EG-Gipfel in Madrid eine grundlegende Erklärung verabschiedet wurde. Galten die Jahre von 1970 bis 1980 als „Hochzeit“ (GLÖCKLER-FUCHS 1997, 282). des europäischen Engagements im Nahen Osten, verlor die europäische und mit ihr die deutsche Nahostpolitik in den Jahren bis zum Ende des Ost-West-Konflikts zunehmend an Innovationskraft.

Angesichts der wechselvollen Entwicklung deutscher Nahostpolitik wäre es von besonderem Interesse zu erfahren, welche Positionen innerhalb der außenpolitischen Elite zum Wesen deutscher Nahostpolitik existieren. Welche Rolle gibt sich die außenpolitische Elite in den zentralen Fragen des Nahostkonflikts? So denn von einer festen Rolle ausgegangen werden kann, stellt sich des Weiteren die Frage, ob diese auch über einen längeren Zeitraum stabil bleibt oder Änderungen erfährt. Da die Diskussion über das Wesen einer Rolle vor allem in Konfliktsituationen gefordert ist, bieten sich als Untersuchungszeiträume die Erste Intifada von 1987 bis 1993 und die Zweite Intifada von 2000 bis 2005 an. Erst der Vergleich der außenpolitischen Rollen aus beiden Untersuchungszeiträumen gibt Aufschlüsse darüber, ob außenpolitische Eliten in ihrer Selbstdarstellung angesichts äußerer Einflüsse zu Kontinuität tendieren oder eher dem Wandel unterliegen. Gerade bei der Fokussierung auf eines der wichtigsten Konfliktgebiete deutscher Nahostpolitik verspricht die Beantwortung dieser Fragen, Einsichten in die Art und Weise wie die außenpolitischen Eliten in Deutschland Bilder von sich selbst entwerfen. Da das Entstehen derartiger Bilder über öffentliche Kommunikation geschieht, ist es hilfreich zuvor die theoretische Grundlage einer inhaltsanalytischen Untersuchungsmethode zu bereiten. Eine qualitative Auswertung des Bulletins der Bundesregierung sowie außenpolitischer Debatten in den Plenarprotokollen des Bundestages sollen dabei die materielle Basis für die Erarbeitung eines außenpolitischen Rollenkonzepts in der Zeit der Ersten und Zweiten Intifada schaffen.

## 2 Rollentheorie, Außenpolitik und Inhaltsanalyse

### 2.1 Grundlagen der Rollentheorie

Eine Analyse des außenpolitischen Rollenverhaltens Deutschlands wäre unvollständig, wenn auf eine Darstellung der theoriegeschichtlichen Wurzeln verzichtet würde. In der gegenwärtigen *Theoriendebatte der Internationalen Beziehungen* lässt sich die Rollentheorie zu den konstruktivistischen, reflexiv-interpretativen Ansätzen zählen. Im Rahmen dieser „dritten“<sup>12</sup> Theoriendebatte stehen sich positivistische Ansätze und solche Ansätze gegenüber, die sich bewusst vom Positivismus abgrenzen (vgl. LAPID 1989, 235-254). Im Umfeld dieser Positivismuskritik finden sich u.a. eben die Ansätze, die sich als „kognitiv“, „reflexiv“ oder „interpretativ“ bezeichnen. Keohane sieht in ihnen

---

<sup>12</sup> Die beiden vorangegangenen Debatten fanden zwischen Realismus und Idealismus sowie zwischen Traditionalismus und Szientismus statt.

einen soziologischen Ansatz, der einem rationalistischen Ansatz traditionell entgegen gesetzt ist (vgl. KEOHANE 1989, 160). Er betont außerdem die unpersönlichen sozialen Kräfte, sowie den Einfluss kultureller Praktiken, Normen und Werte, die sich nicht von einer kühlen Interessenkalkulation ableiten. Werte, Identitäten, Normen, Ideen und auch Rollen sind zentrale Begriffe dieser kognitiven Dimension (vgl. HARNISCH 2003, 313-360). Reflektiv seien die Ansätze nach Keohane: „... since all of them [the scholars] emphasize the importance of human reflection for the nature of institutions and ultimately for the character of world politics“ (KEOHANE 1989, 161). Während reflexive Ansätze auf ontologischer Ebene – also der Ebene über die Vorstellungen des Betrachters über das “So-Sein” von der Welt<sup>13</sup> – dem Akteurskonzept des *homo sociologicus*<sup>14</sup> zugewandt sind, werden sie auf epistemologischer Ebene<sup>15</sup> zu den *verstehenden Ansätzen* gezählt. Letztere betonen klar die Differenz der sozialen von der natürlichen Welt. Es ist eine Welt von Objekten, die nicht „vorgegeben“ ist, sondern „die durch das aktive Tun von Subjekten konstituiert und produziert wird“ (GIDDENS 1984, 197). Will der Beobachter die Handlungen nun erfassen, muss er die Regeln, Normen und jeweiligen Kontexte und verstehen, sowie Kenntnis von den Motiven und Intentionen der Akteure haben (vgl. HOLLIS/SMITH 1990, 72). So fordert der Ansatz als zentrales Motiv eine *Innenperspektive*. Als Begründung führt er an: „... action must always understood from within“ (HOLLIS/SMITH 1990, 72). Aufgabe der Sozialwissenschaften ist es nun, diese von gesellschaftlich Handelnden konstituierte Welt innerhalb ihrer eigenen Theoriekonzepte zu reinterpretieren, indem sie normale und Theoriesprache vermittelt.

Zusammenfassend lässt sich für konstruktivistisch-reflexive Ansätze demnach festhalten, dass sie von einem sozialen, regelgeleiteten Akteur ausgehen, der, eingebunden in ein Netz von Normen und Werten, seine Interessen situativ und endogen definiert. Auf der System-Ebene unterstellen reflexive Ansätze Handlungsbeschränkungen durch selbst auferlegte Normen und Regeln sowie Erwartungs- und Verhaltensstabilisierung durch Institutionen (vgl. KIRSTE 1998, 30). Damit grenzen sich konstruktivistisch-reflexive Ansätze auch in den Internationalen Beziehungen stark von rationalistischen Ansätzen ab, die von der Vorstellung geprägt sind, dass das strukturbildende Prinzip des Internationalen Systems die Anarchie, d.h. das Fehlen einer übergeordneten Rechts- und

---

<sup>13</sup> Eine ausführliche Darstellung konstruktiv-reflexiver Ansätze in der dritten Theoriedebatte findet sich bei SCHABER/ULBERT 1994, 141.

<sup>14</sup> Als Gegenstück zum *homo sociologicus* wird der individuell rational handelnde *homo oeconomicus* genannt.

<sup>15</sup> Die epistemologische Ebene bezieht sich auf Methoden und Verfahren der Erkenntnisgewinnung und auf das dahinter stehende Wissenschaftsverständnis.

Ordnungsinstanz, ist.<sup>16</sup> Hier sind die Hauptakteure Staaten, die sich durch die Institution der Souveränität konstituieren, wogegen bei reflexiven Ansätzen Staaten und andere Akteure sich freiwillig gemeinsam erarbeiteten Regeln und Normen unterwerfen. Grundlegend ist in diesem Verständnis ein gemeinsamer Pool an Interessen und Werten, der von Mitgliedern der Gesellschaft als solcher akzeptiert wird und sich in einer Reihe gemeinsamer Institutionen niederschlägt.

## 2.2 Rollentheorie in der außenpolitischen Analyse

### 2.2.1 Ursprung

Ihren Ursprung hat die Rollentheorie als außenpolitisches Analyseinstrument in den Überlegungen zur *Staatsräson*. Das Wesen der Staatsräson wird nach Meinecke verstanden als „die Maxime staatlichen Handelns, das Bewegungsgesetz des Staates“. „Sie sagt dem Staatsmann, was er tun muß, um den Staat“ - einem organischen Gebilde gleich - „in Gesundheit und Kraft zu erhalten.“ Sie gibt den Entscheidungsträgern die Wege und Ziele des staatlichen Wachstums vor und sie ist es auch, die hilft, sich selbst und die Umwelt zu erkennen und aus dieser Erkenntnis die Maximen des Handelns zu schöpfen (vgl. MEINECKE 1976, 1). Ähnlich der Rollentheorie setzt auch die Staatsräson den außenpolitischen Entscheider in den Mittelpunkt und weist ihm Mittel und Wege zu, die er zu Maximen seines Handelns in den Internationalen Beziehungen machen kann. Der Staatsmann als außenpolitischer Entscheidungsträger *muss* sogar, wenn er von der Richtigkeit seiner Erkenntnis überzeugt ist, seinen Maximen gemäß handeln, um sein Ziel zu erreichen.<sup>17</sup> Beiden Ansätzen ist darüber hinaus gemein, dass sie den Wechsel von Kontinuität und Wandel kennen. Dennoch geht die Rollentheorie als Analyseinstrument weiter als die Staatsräson. Sie liefert ein reichhaltigeres und differenzierteres Analyseinstrumentarium zur Erklärung außenpolitischer Grundorientierungen und manifesten Verhaltens, das über die deskriptiven Züge der Lehre von der Staatsräson hinausreicht (vgl. KIRSTE 1998, 35). Vor allem in der Betrachtung von Umwelteinflüssen, dem Vergleich von außenpolitischen Grundorientierungen und der Beobachtung von Akteursbeziehungen zeigt die Rollentheorie ihre Stärken gegenüber der Staatsräson.

---

<sup>16</sup> Zur Unterscheidung zwischen rationalistischen und reflexiven Theorieansätze siehe SCHABER/ULBERT 1994, 142.

<sup>17</sup> MEINECKE 1976, 1. In Übereinstimmung mit der Staatsräson zu handeln, heißt dann für die Bundesrepublik Deutschland nichts anderes, als gemäß seiner „Republikanität“ zu handeln, d.h. auf der Grundlage des durch das Grundgesetz verfassten demokratischen und sozialen Rechtsstaats. Vgl. LINK 1987, 403.

### 2.2.2 Rollentheorie und Außenpolitik

Da die Rollentheorie sich als kognitiver Ansatz mit Kommunikations-, Perzeptions- und Lernprozessen beschäftigt und Akteursverhalten aus einer Innenperspektive betrachtet, erklärt sie schon seit längerem in der Soziologie und Sozialpsychologie menschliches Verhalten im Rahmen sozialer Beziehungen (vgl. KIRSTE 1998, 30ff.). Der Begriff der sozialen Rolle bezeichnet hier „ein Bündel normativer Verhaltenserwartungen, die von einer Bezugsgruppe oder mehreren Bezugsgruppen an Inhaber bestimmter sozialer Positionen herangetragen werden“ (PEUCKERT 2003, 289). Rolle meint damit vereinfacht „das Verhalten, das vom Inhaber einer bestimmten gesellschaftlichen Stellung, z.B. einem Vater, Lehrer oder Vorgesetzten, im Umgang mit andern allgemein erwartet wird“ (GAUPP 1989, 21). Aus rollentheoretischer Sicht ließe sich somit die Forschungsanweisung wie folgt beschreiben: „Man untersuche die Erwartungen, die innerhalb eines Interaktionssystems bestehen oder entstehen, und leite daraus Erklärungen und Prognosen für das Verhalten von *Individuen* ab“ (WISWEDE 1977, 8). Dies wirft aber die Frage auf, ob ein auf das Individuum bezogenes, soziologisches Konzept der Rolle auch auf kollektive Akteure wie Staaten übertragbar ist. Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen interpersonalen, also gesellschaftlichen Rollen und internationalen, also staatlichen Rollen in den Internationalen Beziehungen. Die hervorstechendsten Unterschiede zwischen internationalen und interpersonalen Rollen liegen in der Qualität und Anzahl der Akteure und einem unterschiedlichen Charakter der Komplexität. Der Staat als internationaler Akteur kann die Last der Rollenmanifestation auf eine nahezu beliebige Anzahl von Rollenträgern verteilen und ist dadurch im Stande ein ungleich größeres Rollenvolumen<sup>18</sup> zu verkraften als die menschliche Person (vgl. GAUPP 1983, 158). „Hier (im interpersonalen Rollengeschehen) tragen viele Personen je wenige Rollen, dort (im internationalen Rollengeschehen) tragen wenige Staaten je viele Rollen.“<sup>19</sup> Angesichts der Heterogenität der internationalen Akteure, ihrer relativ geringen Anzahl und dem Konzept der nationalen Souveränität ist aber eine direkte und effektive Sanktionierung nicht-konformen Rollenverhaltens anders als zwischen Individuen nicht ohne weiteres möglich (vgl. GAUPP 1983, 120). Da der Staat darauf angewiesen ist, dass seine Rolle von Individuen getragen wird, kommt es in der internationalen Rollentheorie zu

---

<sup>18</sup> Als Rollenvolumen wird der Umfang des Rollenhaushalts einer Person bezeichnet, d.h. die Summe aller Rollen, die eine Person zu einer gegebenen Zeit auf sich vereinigt sowie der damit verbundene Umfang ihrer Belastung (vgl. LAUTMANN/BUCHHOFER 1995, 571f.).

<sup>19</sup> So die präzise Darstellung von GAUPP 1983, 158.

einer Spaltung zwischen dem Staat als Positionsinhaber<sup>20</sup> und dem Rollenträger, d.h. einem Individuum oder Kollektiv. Eine Rollenidentität – d.h. „die Zuschreibung von Attributen durch die Umwelt aufgrund einer bestimmten Rolle“ (JUNKER 1971, 17) – zwischen Positionsinhaber, Rollenträger und Sanktionsobjekt wie sie in der interpersonalen Rolle besteht, ist somit in der internationalen Rolle nicht möglich; hier ist *Positionsinhaber* und *Sanktionsobjekt* der Staat oder die nationale Gesellschaft und *Rollenträger* der Repräsentant oder eine in gemeinsamer Verantwortung handelnde Gruppe von Individuen (vgl. GAUPP 1983, 100). Da die Rollenträger austauschbar sind, muss ein hoher Bindungs- und Verpflichtungsgrad zwischen Positionsinhaber und Rollenträger bestehen und das Rollenkonzept von größerer Dauerhaftigkeit sein, als es vielleicht bei menschlichen Akteuren der Fall wäre. Letztlich werden Rollen immer von Individuen ausgeführt. Das Rollenkonzept lässt sich jedoch insofern auf gesellschaftliche Kollektive und staatlich verfasste Gesellschaften übertragen, als kollektive Rollenidentität wesentlich über gemeinsame bzw. weitgehend geteilte Sozialisation entsteht (vgl. KIRSTE 1998, 33). Kirste beschreibt den Prozess der Sozialisation wie folgt: „Überzeugungen und Werte einzelner gesellschaftlicher Gruppen und Akteure werden durch Prozesse der Vermittlung und Kompromissfindung zum gemeinsamen sozialen Faktum und damit zur gesellschaftlichen politischen Kultur. Darauf basieren kollektive Rollenkonzepte und wirken ihrererseits nachhaltig auf das Rollenverhalten der zentralen Entscheidungsträger ein“ (KIRSTE 1998, 33). Das individuelle Handeln der außenpolitischen Entscheidungsträger gibt damit auch stets die weitgehend geteilten Rollenvorstellungen eines Staates wieder, d.h. der Rollenträger (politische Elite) handelt im Einklang und für den Positionsinhaber (Staat): „The state is a social actor. It is embedded in social rules and conventions that constitute its identity and the reasons for the interests that motivate actors“ (KATZENSTEIN 1996, 23). Die Grundlage dafür liefert der Staat als sozialer Akteur: “The baseline [of the Social Actor Model, Anm. d. Verf.] ... would be formed by the broad policies of a state which are guided by and appropriate in the light of the domestic society, consensual norms and expectations ... ” (ANDREWS 1975, 534). Zwar ist der Staat eingebunden in ein internationales System, er kann aber durchaus zu einem „Individuum“ reduziert werden, wenn synchron dazu das internationale System dem sozialen System gleich gesetzt wird (vgl. SINGER/HUDSON 1987, 202).

---

<sup>20</sup> COBURN-STAEGE (1973, 51) beschreibt die (Rollen-)Position als „die relative soziale Stellung eines Individuums in der Struktur von Gruppen oder Organisationen“. Das Individuum, das diese Stellung inne hat, wird auch als Positionsinhaber bezeichnet.

### 2.2.3 Rollenkonzeptionen

Der Rollenbegriff vereinigt jedoch noch weitere Aspekte in sich, die im Einzelnen dann wieder analytisch zu trennen sind: 1) die Steuerung des Verhaltens einer Person in einer sozialen Position durch die Rollenerwartungen, 2) die Wahrnehmung und Interpretation solcher Erwartungen durch den Rollenträger, 3) die Umsetzung der Rollenerwartungen in konkretes Verhalten durch den Rollenträger, 4) die Verinnerlichung von Rollenerwartungen, sowie 5) der langfristige Einfluss von Rollenerwartungen auf den Prozess der Persönlichkeitsbildung des Rollenträgers (vgl. LAUTMANN/BUCHHOFER 1995, 567). Der Fokus der vorliegenden Arbeit richtet sich vornehmlich auf die Punkte 2 und 3, was die Diskussion der übrigen Aspekte aber nicht ausschließt. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass Rollenerwartungen nicht nur von außen an den Akteur herangetragen werden, sondern auch der Rollenträger selbst zur Wert- und Handlungsorientierung eigene Erwartungen an sich richtet. Vertreter dieser Richtung betonen in stärkerem Maße den „*ego-part*“, also die Eigendefinition des Rolleninhabers. Holsti erkennt zwar die Bedeutung externer Einflüsse der Systemebene für die außenpolitische Analyse an, hält sie jedoch in seinen Untersuchungen konstant. Die Betonung rollentheoretischer Außenpolitikanalyse liegt für ihn bewusst auf der Selbsteinschätzung des Staates und seiner Rollenträger: „Foreign policy analysis in particular, emphasizes the self-conceptions of policymakers as determinants of behavior (national interest) and generally neglects the role prescriptions of the alter – that is, of the other states in the system“ (HOLSTI 1970, 241). Dabei orientieren sich außenpolitische Entscheidungsträger in ihrem Verhalten an nationalen *Rollenkonzeptionen*. Holsti begreift diese als „... the policymakers' own definitions of the general kinds of decisions, commitments, rules and actions suitable to their state, and of the functions, if any, their state should perform on a continuing basis in the international system or in subordinate regional systems“. (HOLSTI 1970, 245f.) Dieser Ansatz besinnt sich auf die Analyse der Akteursebene und „betont, daß außenpolitische Orientierungen, und darauf aufbauend, staatliches Handeln nicht allein dem Einfluss der Erwartungen unterliegen, die von außen, also von der systemischen Ebene, an den Akteur herangetragen werden“ (KIRSTE 1998, 33). Einen externen Zugang finden dagegen Vertreter, die die Erwartungen der systemischen Ebene gegenüber dem einzelnen Akteur hervorheben. Diese von außen herangetragen fremden Erwartungen bestimmen die Vorstellungen des Staates darüber, wie er sich nach außen hin verhalten sollte. Jönsson führt in einer Untersuchung über Supermächte aus, dass die USA und die Sowjetunion nur deshalb ihre Rolle als „Supermächte“ erhielten

und sich so verhalten konnten, weil alle anderen Staaten sie als solches gesehen haben und ihnen damit die Rolle zugewiesen haben (vgl. JÖNSSON 1984, 15). Ansätze dieser Art betonen den „*alter-part*“ einer internationalen Rolle, da die Rollenzuweisung für den Akteur handlungsbestimmend ist. Definitionen zu internationale Rollen fallen angesichts dieser Dichotomie somit meist ausgewogen aus. Gaupp sieht in seiner Definition sowohl Umwelteinflüsse von außen (*alter-part*) als auch individuelle Elemente auf der Akteursebene (*ego-part*) als gewichtige Bestandteile einer internationalen Rolle:

„Internationale Rollen sind geplante – d.h. kollektiv normierte und individuell konzipierte – und von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten und anderen Akteuren in positionell verfestigten internationalen Systemen“ (GAUPP 1983, 109).

Andere Herangehensweisen trennen in der außenpolitischen Rollenanalyse zwischen der Eigendefinition des *ego-parts* (*role conception*) und den systemischen Rollenerwartungen an den *alter-part* (*role prescriptions*) (vgl. HOLSTI, 1987, 8).

Neben der Fremd- und Eigendefinition lassen sich rollentheoretische Überlegungen auch nach zwei Analysemethoden unterteilen. Der erste Ansatz versucht Situationsrollen eines Staates zu identifizieren und auszubauen. So sprechen etwa Cox und Jacobsen von vier Rollen, die Staaten in Entscheidungssituationen einnehmen können – die des *initiator*, *vetoer*, *controller* und *broker*. Die andere Herangehensweise nach Holsti sucht nach langfristigen, dauerhaften Mustern der politischen Grundeinstellung von Staaten, wie sie sich im offiziellen Regierungshandeln manifestieren (vgl. HOLSTI 1970). *Holstis Ansatz* soll in der vorliegenden Arbeit aus zweierlei Gründen Anwendung finden: Zum einen nähert er sich über ein von innen normiertes Rollenkonzept außenpolitischen Entscheidungsträger und zum anderen will er keine Situationsrollen nachweisen, sondern ein über Jahre geformtes Rollenprofil herausarbeiten, um es mit anderen Rollenkonzepten vergleichen zu können. Das Erkenntnisziel seiner rollentheoretischen Untersuchung liegt somit innerhalb der vergleichenden Außenpolitikforschung. Das kommt dem Untersuchungsziel dieser Arbeit sehr entgegen: Anhand der außenpolitischen Rhetorik deutscher Außenminister, der Bundeskanzler, der Bundespräsidenten sowie der außenpolitischen Experten der einzelnen Fraktionen im Bundestag sollen aus inneren Rollenerwartungen ein oder mehrere Rollenkonzepte nachgewiesen werden, die dem eigentlichen Verhalten gegenüber gestellt werden sollen. Zwar können Rollenerwartungen auch Bestandteil der *ego-Rolle* werden, Holsti erachtet sie aber wie als untergeordnet und konstant.

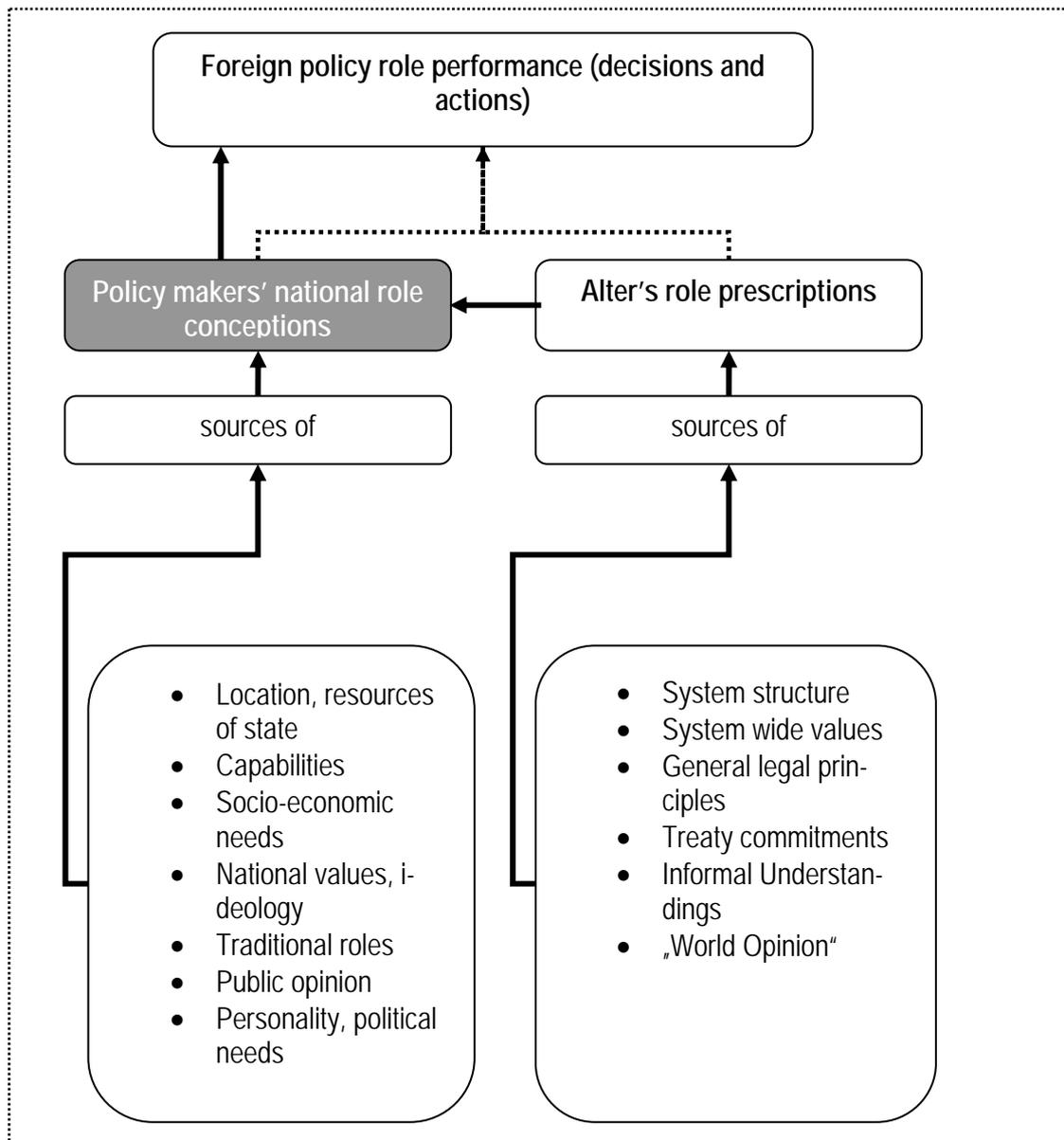


Abb. 1: Rollenkonzept auf der Grundlage von HOLSTI (1983, 11).

Die Untersuchung außenpolitischer Rhetorik und die darin enthaltenen inneren Rollenerwartungen der politischen Entscheidungsträger bewährten sich darüber hinaus in den Analysen von Wish und Le Prestre (vgl. WISH 1980, 532; LE PRESTRE 1997, 3-14). Anknüpfungspunkte zu anderen Arbeiten lassen sich des Weiteren bei Margaret Hermann finden, die auf der Entstehungsseite nationaler Rollenkonzepte nach der außenpolitischen Entscheidungsfindung fragt. Auch hier steht der Einfluss des Individuums auf der Mikro-Ebene im Vordergrund und richtet sich an sechs grundlegenden „role orientations“ aus: 1) expansionist, 2) active independent, 3) influential, 4) mediator-integrator, 5) opportunist und 6) developmental (vgl. HERMANN 1987, 126f.). „Expansionist“ erscheint schon dem Wort nach auf deutsche außenpolitische Eliten weniger

zutreffen. Das Ziel dieser Eliten ist der Zugewinn an Macht: „... gaining control over more territory, resources, or people“ (HERMANN 1987, 125). Ihre Grundüberzeugung leitet sich aus der „power of the nation“ (HERMANN 1987, 133). ab. Eine „*active independent*“ ausgerichtete Elite suche dagegen den Anschluss an die internationale Gemeinschaft, tut dies allerdings nach ihren eigenen nationalen Vorgaben: „... active independent is inclined to participate in the international community on his own terms without endangering a dependent relationship with another country“ (HERMANN 1987, 125). Für diese Eliten ist es von zentraler Bedeutung in ihrer Außenpolitik unabhängig und ungebunden zu bleiben. Eliten, die eher „*influential*“ ausgerichtet sind, zielen darauf ab, das außenpolitische Verhalten anderer Länder zu beeinflussen: „... having an impact on other nations’ foreign policy behavior – in playing a leadership role in regional and international affairs“ (HERMANN 1987, 125). Der „*mediator-integrator*“-Typus ist hingegen verstärkt an der Problemlösung und Versöhnung auf internationaler Ebene interessiert; Kompromisse als auch Mechanismen, die Kompromissen begünstigen, sind fester Bestandteil ihres Handelns (vgl. HERMANN 1987, 138). Zurückhaltender ist nach Hermann die „*opportunist role orientation*“: „Leaders ... take their cues from others, being interested in ascertaining what will receive widespread public support“ (HERMANN 1987, 138). Ihr Hauptaugenmerk liegt darauf, „taking advantages of present circumstances“ (HERMANN 1987, 125). Der sechste und letzte Typus – die „*developmental role orientation*“ – weist den außenpolitischen Eliten einen deutlich multilaterale Ausrichtung zu: „... the developmental’s interest is in continued growth and development of his nation through cultivation of useful and rewarding relations with other countries or international organizations“ (HERMANN 1987, 125). Als nützlich erweist sich hier die Verbindung zwischen dem persönlichen Rollenkonzept bzw. der Grundeinstellung der außenpolitischen Eliten und diesen verschiedenen „role orientations“. Letztere sollen ähnlich der Untersuchung von Hermann eine Aussage darüber erlauben, wie sich außenpolitische Eliten in einer Konfliktsituation für eine Strategie oder Handlung entscheiden. Nachdem die Positionen der deutschen Entscheidungsträger für die Zeit der beiden Intifadas eruiert wurden, wird in Anlehnung an Hermann versucht, die erarbeiteten Positionen den „role orientations“ zu zuordnen. Das so erarbeitete Selbstbild deutscher Nahostpolitik kann und soll jedoch nicht erklären, warum es zur Ausbildung von einem oder zwei Rollenkonzepten kommt und ob diese eher eine supranationale europäische Ausrichtung haben oder einen nationalstaatlichen deutschen Charakter tragen. Er kann allerdings auf deskriptiver Ebene beschreiben, ob sich die Rollenkonzepte

deutscher Nahostpolitik für die zwei Untersuchungszeiträume unterscheiden. Der Ansatz liefert somit wichtige Grundlagen für die Frage von Kontinuität und Wandel in einem regionalen Teilbereich deutscher Außenpolitik.

## 2.3 Qualitative Inhaltsanalyse

### 2.3.1 Grundlagen

Da die Frage des Untersuchungsinstruments, gerade auf dem schwierigen Feld der deutschen Nahostpolitik von großer Bedeutung ist, muss an dieser Stelle auf die Inhaltsanalyse der späteren Datengrundlage eingegangen werden. Von Interesse im Rahmen dieser Arbeit ist die *Art und Weise der Kommunikation* zwischen den außenpolitischen Eliten. Sie soll nach mehreren Analyseschritten im Idealfall ein klar umrissenes Rollenkonzept erkennbar werden lassen. Der qualitative Ansatz der Inhaltsanalyse stellt hier die passenden Techniken zur Verfügung, indem er erlaubt, in die großen Mengen an Primärquellen eine Struktur zu bringen und so den Boden für die folgende rollentheoretische Untersuchung zu bereiten. Ihren Ursprung hat die Inhaltsanalyse in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der amerikanischen Kommunikationswissenschaft. Anfangs war die einzige spezifische Differenz der Inhaltsanalyse zu anderen sprachanalytischen oder sprachkritischen Ansätzen „der Aspekt der Zusammenfassung mannigfaltigen aber vergleichbaren Sprachmaterials mittels statistischer Operationen“ (RITSERT 1972, 14). Diese „Quantifizierung“ von Textmaterialien machte lange Zeit die Identität der Inhaltsanalyse (content analysis) als sozialwissenschaftliche Forschungsmethode aus.<sup>21</sup> Die amerikanische Propagandaforschung des Zweiten Weltkriegs brachte die Entwicklung der Inhaltsanalyse weiter voran und beschränkte sich keineswegs nur auf Kommunikationsinhalte.<sup>22</sup> Den meisten Definitionen zur Inhaltsanalyse wurde jedoch der manifeste Inhalt der Kommunikation und eine quantitative Vorgehensweise zugrunde gelegt: „Content analysis is a research technique for the objective, systematic, and *quantitative* description of the *manifest* content of communication“ (BERELSON 1952, 18). Schon bald kam jedoch die Forderung nach einer *qualitativen* Inhaltsanalyse auf, da die „auszählenden“ quantitativen Ansätze den Kontext von Textbestandteilen, latente Sinnstrukturen und markante Einzelfälle übersehen würden (vgl. MAYRING 2002, 114; KRACAU-

---

<sup>21</sup> RITSERT 1972, 14. Wegweisend in diesem Zusammenhang war BERELSON 1952.

<sup>22</sup> „... it proved possible to codify to a considerable extent the methods employed in inferring action, but it was somewhat less feasible to characterize the methods of inferring meaning. The propaganda analyst's task of inferring the speaker's intended meaning and that of inferring action and the determinants of action are, of course, interrelated“ (GEORGE 1959, XI f.).

ER 1952, 631-642; RUST 1980). Was den Inhalt betraf, waren manche Inhaltsanalytiker weniger am manifesten, textbezogenen Inhalt der Kommunikation interessiert, als vielmehr an *latenten Gehalten*. Ritsert definiert Inhaltsanalyse als „eine Untersuchungstechnik oder ein Untersuchungsinstrument zur Analyse des ‚gesellschaftlichen‘, letztlich ‚ideologischen Gehalts‘ von Texten“ (RITSERT 1972, 9). Somit ist der Begriff des „Inhalts“ bei der sozialwissenschaftlichen Methode der Inhaltsanalyse nicht beliebig, „sondern notwendigerweise auf Kommunikationsinhalte, soweit sich diese durch geeignete Notationstechniken (z.B. Schrift) *manifest* machen lassen, beschränkt“ (MERTEN 1983, 15). Aufbauend auf dieser Datengrundlage kann Inhaltsanalyse verstanden werden „als versuchte Rekonstruktion eines (umfassenden) sozialen Prozesses“ (LISCH/KRIZ 1978, 44) und als „das zentrale Modell zur Erfassung (bzw. Konstituierung) sozialwissenschaftlicher Realität“ (LISCH/KRIZ 1978, 11). Auch wenn noch weitere Definitionen<sup>23</sup> von Inhaltsanalyse existieren, so zeichnet sich Inhaltsanalyse doch durch sechs grundlegende Punkte aus: Sie will 1) *Kommunikation*<sup>24</sup> analysieren, 2) genauer gesagt *fixierte*, in protokollierter Form vorliegende Kommunikation analysieren, 3) dabei *systematisch* vorgehen, 4) das heißt *regelgeleitet* und intersubjektiv nachprüfbar vorgehen, 5) das heißt auch *theoriegeleitet* vorgehen 6) mit dem Ziel, *Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation* zu ziehen (vgl. MAYRING 1983, 12f.). Vor allem der letzte Punkt macht deutlich, dass Inhaltsanalyse nicht ausschließlich für sich analysieren will, sondern auf Schlussfolgerungen aus bestimmten Charakteristika von Nachrichten aus ist: „Content analysis is any technique for making inferences by objectively and systematically identifying specified characteristics of messages“ (HOLSTI 1969, 14). Da diese Kommunikationsinhalte in sozialen Prozessen der Kommunikation erzeugt werden, kann man Gegenstand und Ziel der Inhaltsanalyse auch unmittelbar aus einem Kommunikationsmodell ableiten (vgl. MERTEN 1983, 15). Es beseht in seiner einfachen Form aus vier Positionen: dem *Kommunikator* (wie Sender, Adressat, Quelle, Organ), dem *Kommunikationsinhalt* (wie Aussage, Adresse Mitteilung, Nachricht), dem *Rezipienten* (wie Empfänger, Adressat, Ziel, Publikum) und der *sozialen Situation* (wie Rahmen, Umwelt, Feld, Gesamtzusammenhang).<sup>25</sup> Hieraus leiten sich wichtige Fragen für die inhaltliche Untersuchung von Kommunikationsinhalten ab. Die Analyse eines Kommu-

<sup>23</sup> Eine sehr knappe wie auch eingängige Definition liefert KRIPPENDORFF (2004, 18): „Content Analysis is a research technique for making replicable and valid inferences from Texts (or other meaningful matter) to the contexts of their use.“

<sup>24</sup> Watzlawick begreift Kommunikation als Übertragung von Symbolen (vgl. WATZLAWICK/BEAVIN/JACKSON 1969).

<sup>25</sup> MERTEN 1983, 15. Lasswell strukturiert den Kommunikationsprozess nach den Fragen: “Who says what in which channel to whom with what effect?” (so bei LASSWELL 1948).

nikationsprozesses besteht in der Regel aus den Fragen, *wer* etwas sagt (der Kommunikator), *was* gesagt wird (der Kommunikationsinhalt), *an wen* die Aussage gerichtet ist (den Rezipienten oder Empfänger) und schließlich in welchem *Umfeld* die Aussage getätigt wird (soziale Situation). Fasst man die Variablen des Kommunikators, des Rezipienten und der sozialen Situation in einem Bündel zusammen und weist ihnen den Begriff des Kontexts zu, wird klar, dass der Inhalt von diesem Variablenbündel in hohem Maße beeinflusst wird.<sup>26</sup> Merten definierte aufgrund dieses Zusammenhangs Inhaltsanalyse als „eine Methode zur Erhebung sozialer Wirklichkeit, bei der von Merkmalen eines manifesten Textes auf Merkmale eines nichtmanifesten *Kontextes* geschlossen wird“ (MERTEN 1983, 15f.). Zwar stellt sich die Frage des Kontextes bei der Analyse der Bundestagsplenarprotokolle nur in abgeschwächter Form, bei der Untersuchung des Bulletins der Bundesregierung muss jedoch verstärkt auf die Umgebung und die Empfänger geachtet werden, da diese Variablen hier sehr unterschiedlich sein können. Daneben versucht die vorliegende Arbeit ein Bild von deutscher Nahostpolitik zu zeichnen, so dass dem Kommunikationsinhalt, also der Frage nach dem „Was“, ebenfalls eine zentrale Bedeutung zukommt.

### 2.3.2 Ablaufmodell

Um allerdings aussagekräftige Schlüsse aus den Primärquellen ziehen zu können, bedarf es eines Ablaufmodells anhand dessen das Datenmaterial untersucht werden kann. Als geeignet erscheint hierfür das inhaltsanalytische Ablaufmodell von Mayring. Dabei unterscheidet Mayring drei Möglichkeiten wie man bei einer qualitativen Inhaltsanalyse vorgehen kann: Es ist erstens möglich das Textmaterial zusammenzufassen, zweitens auf eine Erklärung hin zu arbeiten und drittens Strukturen aus dem Material herauszuarbeiten (vgl. MAYRING 2003, 472f.). In Hinblick auf das Interesse dieser Magisterarbeit, das der Rolleanalyse deutscher Nahostpolitik während der Intifadas nachgehen will, verspricht eine strukturierende und ordnende Vorgehensweise den größten Erkenntnisgewinn. Das trifft umso mehr zu, als zu der Thematik keine Kategorien oder „Ankerbeispiele“ in der Literatur vorliegen, die es erlauben würden, auf dieser Grundlage Erklärungen für die Aussagen der außenpolitischen Eliten zu liefern. Eine Hilfestellung gibt hier das *Prozessmodell der induktiven Kategorienbildung*, das die Kategorien direkt aus dem Material in einem Verallgemeinerungsprozess ableitet, ohne sich auf alle Katego-

---

<sup>26</sup> RUST (1980: 8f.) sieht die Frage in welchem gesellschaftlichen Kontext die Objekte der Analyse stehen als sehr grundsätzlich an.

rien vorab festlegen zu müssen (vgl. MAYRING 1983, 74f.). Dabei knüpft es auch an den Grundgedanken der zusammenfassenden Inhaltsanalyse an, indem es das Material so reduziert, dass die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben und so ein überschaubarer Kurzttext entsteht (vgl. MAYRING 2003, 472). Im Zentrum dieser Überlegungen steht neben der Definition des Materials und der anleitenden Fragestellung die Festlegung des Abstraktionsniveaus der zu bildenden Kategorien. Auch wenn keine unveränderbaren Einteilungen zu Beginn der Analyse festgelegt werden, so muss doch dargelegt werden wie konkret oder abstrakt die Kategorien sein sollen und welche Kategorien im Vorfeld bestimmt werden können. Wie man zu den Kategorien gelangen sollte, war auch in der klassischen inhaltsanalytischen Literatur umstritten.<sup>27</sup> In der Textverarbeitung der Psychologie wandte man sich jedoch einer Kategorienentwicklung zu, die sich an systematischen Reduktionsprozessen orientierte und die Auswertungsaspekte nahe am Material entwickelte (vgl. BALLSTAEDT 1981). So geschehen, wird das Material zeilenweise durchgearbeitet mit dem Versuch relevante Textstellen unter die Kategorien zu subsumieren. Erfüllen Textstellen nicht das Selektionskriterium bestehender Kategorien, muss eine neue Kategorie gebildet werden. Nach etwa 10 bis 50 Prozent des analysierten Textmaterials – je nach Art und Umfang der Datengrundlage – werden die Kategorien einer Revision unterzogen. An diesem Punkt muss überprüft werden, ob die Kategorien der Analyse nahe kommen und ob das Selektionskriterium und das Abstraktionsniveau vernünftig gewählt worden sind (vgl. MAYRING 1983, 76). Sind Veränderungen oder Anpassungen vorzunehmen, so muss mit der Analyse des Materials nochmals begonnen werden; ansonsten durchläuft die Untersuchung das gesamte Material bis zum Ende. Die weitere Analyse kann nun verschiedene Wege gehen: Wahlweise können quantitative Analysen angefügt werden, induktiv oder deduktiv Hauptkategorien gebildet werden oder das gesamte Kategoriensystem kann im Sinne der Fragestellung interpretieren werden (vgl. MAYRING 1983, 76).

Da die Definition der Kategorien einen zentralen Schritt der qualitativen Inhaltsanalyse darstellt, müssen erste vorab entworfene Kategorien mit besonderer Achtsamkeit gewählt werden, da sie nur nach einer groben Sichtung des Materials gebildet werden. Hier besteht die Möglichkeit im laufenden Untersuchungsprozess irrtümliche Kategorien auszuschließen und durch andere zu ersetzen, so dass für die Äußerungen der außenpolitischen Eliten aus arbeitsökonomischen Gründen die grundlegenden Kategorien

---

<sup>27</sup> KRIPPENDORFF (1980: 76) nannte die Kategorienbildung eine „Kunst“: „How categories are defined ... is an art.“

vorweggenommen werden können, die erfahrungsgemäß auch im öffentlichen Diskurs eine Rolle spielen.

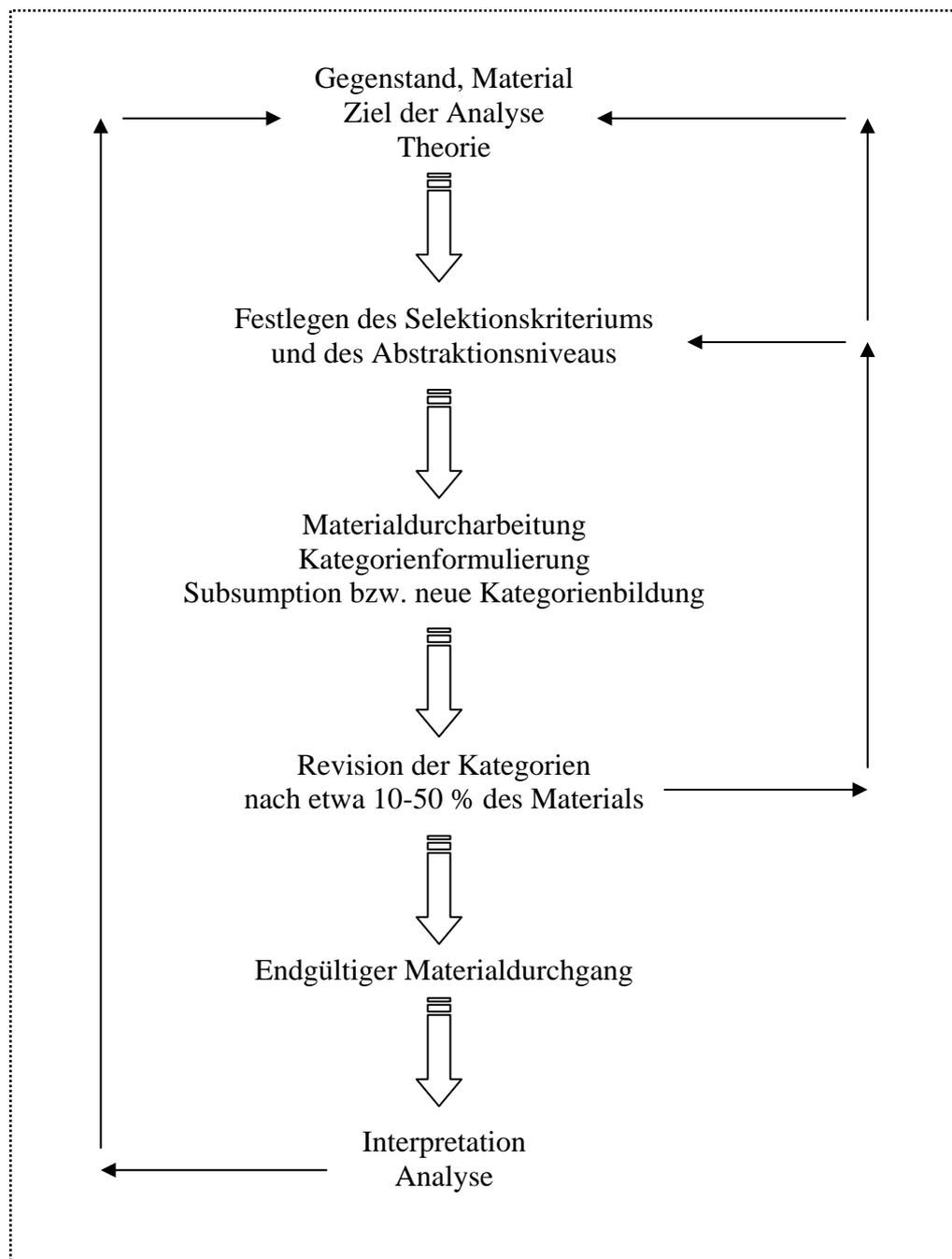


Abb. 2: Prozessmodell der induktiven Kategorienbildung nach MAYRING (1983: 75).

### 2.3.3 Kategorien

So kann angenommen werden, dass ein Bereich des Materials die Frage nach dem bewaffneten Widerstand radikaler Palästinenserorganisationen thematisiert und in diesem Zusammenhang auch der Frage nachgegangen wird, wie Terrorismus zu definieren ist.

Einen anderen Themenkreis stellen die Besatzungspolitik Israels und die Frage nach dem Rückzug aus den besetzten palästinensischen Gebieten dar. Speziell diese Thematik wird von deutschen Außenpolitikern aus historischen Gründen sehr zurückhaltend in nationalen Debatten geführt und selten nach außen kommuniziert. Obwohl von der deutschen Nahostpolitik nie in Frage gestellt, sind das Existenzrecht Israels und die damit verbundenen Sicherheitsgarantien in Diskursen anzutreffen. Im Gegenzug dazu nehmen die Selbstbestimmungsrechte des palästinensischen Volkes und die damit verbundenen Forderungen nach freien Wahlen und Staatlichkeit einen großen Platz in der außenpolitischen Rhetorik ein. Der mit Abstand größte Gegenstand nationaler wie internationaler Diskussionen über den Nahostkonflikt dürfte die Frage nach einer Möglichkeit sein, Wege hin zu einem Friedensprozess zu finden oder erste Anzeichen eines Friedens weiter zu entwickeln. Da diese Einheit mit nahezu allen anderen Kategorien in Verbindung steht, bedarf sie im weiteren Verlauf noch der Differenzierung. Die fünf Ausgangskategorien lassen sich also unter den Begriffen a) des *Terrorismus* (als Oberbegriff für den palästinensischen Widerstandes), b) der *Besatzungs- und Siedlungspolitik Israels* (d.h. offene Aussprache über eine israelischen Besatzung und Siedlungsaktivität), c) des *Existenzrechts Israels* (d.h. unbedingte Sicherheitsgarantien von deutscher und europäischer Seite für Israel), d) der *Selbstbestimmungsrechte der Palästinenser* (d.h. Anerkennung derselben in einem demokratisch verfassten palästinensischen Staat), sowie e) des *Friedensprozesses* (d.h. Forderung nach einem verstärkten deutschen und europäischen Engagement) zusammenfassen. Es ist dabei durchaus im Sinne der durchzuführenden Analyse, ein breites Spektrum an Kategorien zu erhalten, zumal damit auch ein genauerer, aussagekräftigerer Grundstock an Daten für die Rollenkonzeption zur Verfügung stünde. Das Abstraktionsniveau der zu bildenden Kategorien wird dementsprechend nicht zu hoch angesetzt, um die voneinander abweichenden Aussagen der außenpolitischen Eliten besser herausarbeiten zu können und sie in einem Kategoriensystem zu verorten. Das Abstraktionsniveau sollte so eingestellt werden, dass es von Halbsätzen bis hin zu zwei bis drei Sätzen reicht. Oberstes Ziel ist die inhaltliche Strukturierung, also die Aufgabe bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und in einem Reduktionsprozess zusammenzufassen (vgl. MAYRING 1983, 89).

Um ein Rollenkonzept für deutsche Nahostpolitik vor dem Hintergrund eines Konflikts wie der Intifada zu erarbeiten, bedarf es einer aussagekräftigen Datengrundlage. Das Bulletin der Bundesregierung als Veröffentlichungsorgan der obersten außenpoliti-

schen Elite liefert eine verwertbare Primärdatensammlung, die den überwiegenden Großteil an Reden und Verlautbarungen des Bundeskanzlers und des Außenministers enthält. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf den nahostpolitisch relevanten *Reden* der Bundeskanzler und der Außenminister, da offizielle Verlautbarungen oder Mitteilungen einen zu allgemeinen Charakter haben und wenig Substanz für eine qualitative Auswertung bereitstellen. Da eine Begrenzung auf die Analyse der Vertreter der Bundesregierung nur eingeschränkt die Kommunikation um Themen der deutschen Nahostpolitik wiedergeben würde, muss die Untersuchung auf außenpolitische Experten im Bundestag und den Bundespräsidenten ausgeweitet werden. Als einschlägige zweite Primärquelle werden die Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages herangezogen, in denen zu Sondersitzungen des Parlaments oder zu Generaldebatten die Stellungnahmen der Bundesregierung von Parlamentariern konterkariert und kommentiert werden. Ein Großteil der untersuchten Kommunikation geschieht somit im Dialog zwischen Bundestagsabgeordneten und Bundesregierung. Der Umfang dessen, was die außenpolitische Elite ausmacht, erstreckt sich somit auf Bundeskanzler, Außenminister, Bundespräsident und außenpolitische Experten der einzelnen Fraktionen. Als Kommunikatoren fließen ihre Aussagen mit einzelnen Abweichungen voll in die Analyse mit ein. Anders bei den Rezipienten ihrer Äußerungen: Hier ist sehr wohl zu unterscheiden, ob die Rede an deutsche Bundestagsabgeordnete gerichtet ist oder an Teilnehmer eines Staatsbanketts. Im ersten Fall handelt es sich um eine politische Aussprache mit eventuellen Auswirkungen auf das Regierungshandeln, während einer Aussage im zweiten Fall weniger Verbindlichkeit innewohnt, da sie allgemeiner diplomatischer Natur ist. Der hiermit stark korrespondierende Faktor des sozialen Umfelds muss also in der späteren Bewertung des Materials anhand der Fragestellung einkalkuliert werden und je nach Situation höher oder geringer eingeschätzt werden. Viel wichtiger als die Einflüsse der Kommunikatoren, ihrer Rezipienten und des sozialen Umfelds ist allerdings der Kommunikationsinhalt, also die Frage nach dem, was eigentlich kommuniziert wird. Das nachfolgende Kapitel beschäftigt sich mit den Reden während der Ersten Intifada und soll das Zusammenspiel im Kommunikationsmodell verdeutlichen mit der besonderer Würdigung dessen, was zum Nahostkonflikt gesagt wurde.

### 3 Deutschlands außenpolitische Eliten und die Erste Intifada (1987-1993)

#### 3.1 Kontinuität trotz Systemumbruch

Schon nach 30 Prozent der durchgesehenen Primärquellen zeichnete sich ab, dass die vorab formulierten Kategorien so nicht haltbar sein würden. Dies lag darin begründet, dass vor allem bei der Frage des gesicherten Existenzrechts des Staats Israels und den Selbstbestimmungsrechten des palästinensischen Volkes unter den außenpolitischen Eliten ein großes Maß an Konsens bestand. So erklärte Bundespräsident von Weizsäcker bei einem Abendessen mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak in Bonn:

„Es ist und bleibt das Ziel der Bundesrepublik Deutschland und ihrer europäischen Partner, dazu beizutragen, daß eine Lösung für den Nahen Osten gefunden wird, die das *Recht aller Staaten, einschließlich Israels, auf Existenz in gesicherten und anerkannten Grenzen* und das *Recht aller Völker, einschließlich des palästinensischen Volkes, auf Selbstbestimmung* zum Inhalt haben.“<sup>28</sup>

Ausgehend von der Anerkennung der palästinensischen Selbstbestimmungsrechte im Jahr 1974 durch die Bundesrepublik, war es schon früh das Ziel deutscher Nahostpolitik, sowohl der israelischen als auch der palästinensischen Seite eine gesicherte staatliche Existenz zu zusichern. Bundesaußenminister Genscher betonte 1990 vor der UN-Vollversammlung, es gelte im Nahen Osten, „das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Existenzrecht und der Sicherheit Israels in Einklang zu bringen“<sup>29</sup>. Diese Haltung kann als Grundkonstante deutscher Nahostpolitik der vorangegangenen Bundesregierungen und Parlamentarier erachtet werden:

„Dennoch kann diese Debatte nur dann wirklich weiterführen, wenn auch heute unmissverständlich deutlich wird, daß die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag das *Recht Israels auf Existenz in gesicherten Grenzen* bekräftigen – wie die *Vorredner das auch getan haben* – wie Sie das *Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennen, so wie wir das übrigens schon seit Jahren in allen Regierungen vertreten haben*.“<sup>30</sup>

Auch wenn die Forderungen außenpolitischer Eliten nach einem palästinensischen Staat eher selten sind, gibt es doch einen Konsens darüber, dass dies fester Bestandteil deutscher Nahostpolitik ist: „Ob die Palästinenser ihre organisatorische Identität in einem souveränen Staat, in einer Konföderation mit Jordanien oder in anderer Weise finden,

---

<sup>28</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Rede zu Ehren des ägyptischen Präsidenten Mubarak auf einem Abendessen in Bonn am 17. März 1989, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28, S. 250. Sämtliche Hervorhebungen in den Quellen des Bulletins der Bundesregierung oder den Bundesplenarprotokollen sind durch den Verfasser zum besseren Verständnis vorgenommen worden.

<sup>29</sup> Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.), Rede vor der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 1990 in New York, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 115, S. 1204.

<sup>30</sup> Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4672.

wird erst am Ende des Friedensprozesses und nicht an seinem Anfang beantwortet werden können.“<sup>31</sup> Für den Zeitraum der ersten Intifada diskutieren die außenpolitischen Eliten über die „Umrisse einer künftigen Interims-Selbstregierung für die israelisch besetzten Gebiete“<sup>32</sup>. Hier unterstützen die Parlamentarier des Bundestages und die Mitglieder der Bundesregierung „den Vorschlag demokratischer Wahlen in den besetzten Gebieten ... und hoffen, daß über die Modalitäten in absehbarer Zeit Einvernehmen erreicht werden kann“<sup>33</sup>.

Bei einem Mittagessen mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak in Bonn dankte Bundeskanzler Kohl seinem Gast dafür, dass sein mäßigender Einfluss im Nahostkonflikt, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO dazu bewogen hat, „das Lebensrecht Israels ... anzuerkennen und vor allem auch auf *terroristische Anschläge* zu verzichten“<sup>34</sup>. In diesem Zusammenhang wird häufig in Bundestagsdebatten darauf verwiesen, dass Israel mehrere Angriffskriege abwehren musste, und „bis heute ... auch dem Terror weiter ausgesetzt [ist], wie auch der letzte Anschlag auf den zivilen Bus wieder bewiesen hat“<sup>35</sup>. Auch wenn ein kleiner Teil der Opposition der Bundesregierung vorwarf, den „Terrorismusbegriff als Kampfbegriff gegen die Befreiungsbewegungen, ..., gegen die PLO, ... und andere instrumentalisiert“<sup>36</sup> zu haben, besteht doch Konsens bezüglich der Aktivisten der militanten Palästinenserorganisation Hamas<sup>37</sup>. Es sei eben „jene Organisation radikaler Fanatiker, die durch fortgesetzte Terrorakte den Friedensprozess behindern und die die eigenen palästinensischen Landsleute erpressen und schikanieren“<sup>38</sup>. Für eine wirkungsvolle Kategorienbildung eignet sich daher die Frage, ob palästinensische Selbstmordattentate als Terror gegen den Staat Israel zu gelten haben, nicht.

---

<sup>31</sup> Bundestagsabgeordneter Norbert Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4672.

<sup>32</sup> Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer (F.D.P), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12140.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 12140.

<sup>34</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Ansprache bei einem Mittagessen für den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak in Bonn am 15. März 1989, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28, S. 251.

<sup>35</sup> Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4677.

<sup>36</sup> Bundestagsabgeordnete Angelika Beer (Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 18. Januar 1990, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 188. Sitzung, S. 14605.

<sup>37</sup> Die Hamas ist eine national-religiöse Organisation in den palästinensischen Gebieten, die sich Ende 1987 mit der Intifada als Ableger der militanten palästinensischen Muslimbrüderschaft gründete, Sie verfügt über einen militanten Arm, der die Zerstörung Israels fordert und einen karitativen Arm, der soziale und medizinische Einrichtungen unterstützt. Bei den jüngsten Wahlen im Januar 2006 trat sie auch als politische Partei auf.

<sup>38</sup> Bundestagsabgeordneter Konrad Weiß (Die Grünen) Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12137 A.

Spiegel verkehrt gilt diese Feststellung auch für die Frage, ob die Siedlungspolitik Israels als Besetzung palästinensischen Gebietes zu gelten hat: „Das [der Rückzug israelischer und syrischer Truppen aus dem Libanon] wird allerdings kaum möglich sein, wenn nicht zugleich eine Lösung für das Los unzähliger Flüchtlinge, vor allem im Libanon, in Syrien, in Jordanien, aber auch für das *Schicksal der in den von Israel besetzten Gebieten lebenden Palästinensern* gefunden wird.“<sup>39</sup> Auch im Rahmen der sich abzeichnenden anschwellenden Intifada der Palästinenser gegen Israel wird klar von einer „Besetzung“ gesprochen: „Meine Damen und Herren, die heutige Debatte steht im Schatten ... fortgesetzter und eskalierender Unruhen in den *von Israel besetzten Gebieten der Westbank und des Gaza-Streifens*.“<sup>40</sup> Diese gewalttätige Entwicklung in den „besetzten Gebieten“ sehen viele auch als Folge der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern, weshalb „die Beendigung der *Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens*“<sup>41</sup> auch die Intifada beenden würde. In der Wortwahl geht die Opposition sogar darüber hinaus, indem es der Bundesregierung auffordert, „die ungeheueren Menschenrechtsverletzungen der *israelischen Besatzungsmacht* in der Westbank zur Sprache zu bringen“<sup>42</sup>. „Wenn die Besetzung Kuwaits unerträglich ist“, so die grüne Bundestagsabgeordnete Wollenberger, „dann ist auch die Besetzung, von Teilen Syriens, des Libanons, der Westbank und Gaza unerträglich.“<sup>43</sup> Eng einher mit Debatten über die Besetzung geht sehr häufig die Rechtmäßigkeit der israelischen Siedlungspolitik. In der Zeit der ersten Intifada ist sich die außenpolitische Elite einig, dass der Siedlungsbau Israels als völkerrechtswidrig anzusehen ist:

„Der von Rabin sofort verfügte teilweise Siedlungsstopp ist überall nachdrücklich begrüßt worden, auch wenn er hinter der von der internationalen Gemeinschaft seit Jahren immer wieder bekräftigten Forderung nach einem vollständigem Stop der *völkerrechtswidrigen Siedlungsaktivität* – das ist vollkommen richtig, sie war von Anfang an völkerrechtswidrig, keine dieser Aktionen ist jemals international gebilligt worden – deutlich zurückbleibt.“<sup>44</sup>

Die Bildung einer diesbezüglichen Kategorie würde demzufolge keine tiefer gehenden Erkenntnisse liefern und muss daher unterlassen werden. Dies mag auch darin begrün-

<sup>39</sup> Bundestagsabgeordneter Hans Stecken (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4668 C.

<sup>40</sup> Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4672.

<sup>41</sup> Bundestagsabgeordneter Albert Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12831 B.

<sup>42</sup> Bundestagsabgeordnete Angelika Beer (Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12835 B.

<sup>43</sup> Bundestagsabgeordnete Vera Wollenberger (Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 36 A.

<sup>44</sup> Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12140 C.

det liegen, dass es laut Bundesaußenminister Kinkel „seit Gründung unseres Landes in den wesentlichen Fragen der Nahostpolitik, also des Friedenszieles, keine wesentlichen Differenzen“<sup>45</sup> zu geben scheint. Trotz des Systemwandels stellte sich die deutsche Nahostpolitik in die Kontinuität der Vorgängerregierungen. Für die Zweite Intifada, das kann an dieser Stelle vorweg genommen werden, ergab sich ein ähnlicher Befund. Da die Rollenkonzepte beider Untersuchungszeiträume im fünften Kapitel gegenüber gestellt werden sollen, ist die Wahl vergleichbarer Kategorien von großer Bedeutung. Die Prüfung der vorweg formulierten Kategorien ist damit im vierten Kapitel ebenfalls hin-fällig geworden.

In welchen Bereichen deutscher Nahostpolitik lassen sich aber dann verwertbare Kategorien bilden, die es ermöglichen, Unterschiede in den Standpunkten außenpoliti-scher Eliten herausarbeiten? Die Begutachtung der Quellen förderte eine unterschiedli-che Auffassung darüber zutage, in welchem Umfang und wie aktiv sich deutsche Nah-ostpolitik in die Friedenslösung einbringen soll. Hier lassen sich zwei Positionen von-einander abgrenzen, die zu zwei eigenständigen Kategorien ausgebaut werden können: eine *Aktiv-Aktiv-Position* (AAP) und eine *Passiv-Aktiv-Position* (PAP). Erstere fordert für deutsche Nahostpolitik im Rahmen der EG/EU eine aktivere Rolle als bisher bei der Konfliktlösung und dem Konfliktmanagement. Dabei sollte das Engagement über dem verbindlichen Maße liegen, das Deutschland national wie multilateral aufgrund der geo-graphischen Nähe zum Nahen Osten über alle Regierungen hinweg leistet. Die AAP sieht in diesem Zusammenhang auch vor, Druck auf die Konfliktparteien auszuüben. Die zweite Position verlangt von deutscher Nahostpolitik Zurückhaltung bei nationalen Initiativen auf bilateraler wie auf multilateraler Ebene. Ein aktives Konfliktmanagement in der Gestalt von klar umrissenen Beiträgen zur Gewaltprävention oder Friedenslösung soll nur auf Anfrage von amerikanischer oder israelischer Seite angegangen werden. Die PAP richtet sich strikt nach der „Politik der Ausgewogenheit“ – pro-israelisch wie pro-palästinensisch zu sein – aus. Der Fokus deutscher Nahostpolitik sollte idealerweise auf der wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen „Konfliktnachsorge“, also einer dau-erhaften Friedenssicherung, liegen, *nachdem* die Gewalt abgeklungen ist. Von den an-fangs fünf Kategorien blieb somit lediglich eine bestehen, die wiederum in zwei separa-te Unterkategorien aufgeteilt wird. Um diesen Kategorien sinnvoll nachgehen zu kön-nen, bedarf es jedoch eines Exkurses in das Feld des Konfliktmanagements, da dies den notwendigen theoretischen Unterbau für die spätere Analyse liefert.

---

<sup>45</sup> Bundesaußenminister Klaus Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15119 B.

## 3.2 Das Wesen des Konfliktmanagements

### 3.2.1 Definition

Eine *Konfliktlösung* ist entgegen der vorherrschenden Meinung nicht das Ziel von Konfliktmanagement, vielmehr soll es in einen latenten Konflikt eingreifen, um Schlimmeres zu verhindern. Zartman führt dazu aus: „*Resolution*’ here refers to the elimination of the causes of the underlying conflict, generally with the agreement of the parties. *Management*’ refers to the elimination, neutralization, or control of the means of pursuing either the conflict or the crisis” (ZARTMAN 1985, 8). Während die Konfliktbeilegung (conflict settlement) auf die Beendigung des Konflikts unter Einsatz von Macht und Ressourcen abzielt, will Konfliktmanagement Konflikte steuern und dadurch eindämmen (vgl. HOFFMAN 1995, 287). Nicht die Gründe für den Konflikt sind Gegenstand des Konfliktmanagements, sondern die Mittel mit den er ausgetragen wird (vgl. ZARTMAN 1985, 8). Konfliktmanagement will vielmehr verstanden werden im Sinne von konflikt-spezifischen Regulierungshilfen dritter Parteien im Rahmen von Vermittlungsbemühungen sowie im Kontext unidirektionaler Maßnahmen (vgl. NEUKIRCH 2003, 1980). So wie seine Bedeutung mit der *Konfliktlösung* nicht überein zu bringen ist, reibt sie sich allerdings auch an der *Konfliktprävention*. Denn nur dort, wo die Prävention versagt hat und der Konflikt in unterschiedlicher Intensität sich Bahn bricht, kann ein *Konfliktmanagement* erst ansetzen. Die Übergänge von präventiven Maßnahmen hin zu einem deeskalierenden Management sind im Konfliktverlauf allerdings fließend und nicht immer klar voneinander zu trennen. Einen Kernbereich der Konfliktprävention stellt die *Generalprävention* dar. Sie gestattet externen Akteuren unabhängig von konkreten Konflikten im Zuge strukturell orientierter Maßnahmen, die Wahrscheinlichkeit einer gewaltsamen Konfliktaustragung in einer Gesellschaft zu reduzieren (vgl. NEUKIRCH 2003, 45). Besondere Bedeutung wird dabei der Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse bzw. der umfassenden Demokratisierung einer Gesellschaft zugemessen (vgl. MATTHIES 2000, 85). Als solches gilt auch die Arbeit politischer Stiftungen in Krisengebieten. Generalprävention ist damit „nicht auf die Entschärfung konkreter Konflikte gerichtet, sondern will vielmehr Voraussetzungen dafür schaffen, dass aus gesellschaftlichen Widersprüchen und Krisen keine Kriege und bewaffneten Konflikte entstehen“ (NEUKIRCH 2003, 46). Vorrangiges Ziel ist „die Herausbildung stabiler Gesellschaften und verlässlich stabiler Konfliktaustragungsmodi“ (MATTHIES 1998, 272). Wenn sich aber ausreichend Konfliktpotential angesammelt hat und aus anfänglichen Widersprüchen

konkrete Konflikte entstanden sind, greifen diese Instrumente nicht mehr. An diesem Abschnitt des Konfliktverlaufs greift das Mittel der *Spezialprävention* – die „preventive diplomacy“<sup>46</sup> – ein. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Konflikte daran zu hindern, eine höhere Stufe der Gewalt zu erreichen: „... keeping peaceable disputes from escalating unmanageably into sustained levels of violence and significant armed force“ (LUND 1996, 37). Als Kernbereich der zivilen Konfliktbearbeitung ist sie auf kurz- und mittelfristige Wirkung aus und „reicht mithin von der frühen Spezialprävention in der Übergangsphase von der Krise zum Konflikt bis zu dem Punkt, wo ein Krieg eskaliert“ (NEUKIRCH 2003, 55). Diese Einordnung der Spezialprävention zwischen Generalprävention und dem Beginn des Konfliktmanagements kommt auch in einer Definition von Lund zum Tragen als

„ (...) action taken in vulnerable places and times to avoid the threat or use of armed force and related forms of coercion by states or groups to settle the political disputes that can arise from the destabilizing effects of economic, social, political, and international change“ (LUND 1996, 37).

Während also die Generalprävention aus dem Oberbegriff des Konfliktmanagements heraus fällt, findet sich bei der Spezialprävention eine (wenn auch kleine) Schnittmenge mit dem Konfliktmanagement.

### 3.2.2 Vermittlungsformen

Neben der Einordnung eines Konflikts sind für die Entwicklung eines Konfliktmanagementbegriffs auch die Vermittlungsformen dritter Parteien für eine Intervention von großer Bedeutung. Die kommunikationsfördernde Strategie der *Guten Dienste* verlangt von dritten Parteien das geringste Maß an Eigeninitiative. Hier versuchen sie als neutrale Dritte auf staatlicher Ebene, den zum Stillstand gekommen Dialog zwischen den Konfliktparteien wiederherzustellen (vgl. PFAFFENHOLZ 1998, 19). Dabei ist nicht die Neutralität als solche entscheidend, sondern das Vertrauen, das die Konfliktparteien in die entsprechenden Personen oder Staaten haben (vgl. PFAFFENHOLZ 1998, 19). Neutral meint in diesem Verständnis deshalb vorwiegend Neutralität zum unmittelbaren Konfliktgeschehen. In der Praxis bestehen Gute Dienste aus der Bereitstellung einer neutralen, die bilateralen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien fördernden Plattform (vgl. SENGHAAS 1997), dem Aufzeigen eines Weg zu einem Schiedsgerichtsverfahren (vgl. PECK 1998, 236) oder das Anbieten fachlicher, verhandlungsbegleitender Bera-

---

<sup>46</sup> So die englische Bezeichnung von LUND 2003.

tung. Dritte Parteien können im weiteren Sinn ebenso im Rahmen einer „*Pendeldiplomatie*“ (NEUKIRCH 2003, 62) die Verhandlungsbereitschaft der Konfliktparteien auslösen (vgl. PECK 1998, 233; ACKERMANN 2000, 169). Die Techniken der Guten Dienste erfolgen fast immer im „stillen“ diplomatischen Bereich des politischen Alltags und können zu jedem Zeitpunkt des Friedensprozesses erfolgen (vgl. PFAFFENHOLZ 1998, 19). Bei der *Facilitation*, einer weiteren kommunikationsfördernden Strategie, verfolgt der Vermittler in erster Linie kommunikationsfördernde Strategien. Die Messkriterien für den Erfolg eines Vermittlers zeigen sich darin, inwieweit es ihm gelingt, „die Konfliktparteien zu eigenen Initiativen anzuregen und dabei möglichst wenig Verantwortung für die Behandlung der substantiellen Streitpunkte zu übernehmen“ (ROPERS 1995a, 225).

*Non-direktive Mediation* als Verfahrensstrategie baut idealerweise auf der *Facilitation* auf und erfordert ebenfalls eine neutrale Haltung der Drittpartei. Darüber hinaus geht es bei der non-direktiven Mediation um die Benennung der verantwortlichen Akteure, die Eingrenzung der umstrittenen Themen sowie um einen Vertrag, der die Parteien zur Einhaltung bestimmter Spielregeln verpflichtet (vgl. ROPERS 1995b, 226). Auch hier wird auf die Neutralität der dritten Partei großen Wert gelegt. Der Vermittler belässt es aber bei den Parteien selbst eine Lösung zu finden.

*Direktive Mediation* zeichnet sich im Gegensatz zur non-direktiven Mediation durch das aktive Eingreifen der vermittelnden Partei aus. Ziel des Mediators ist es nicht nur ein wirksames Mediationsverfahren zu ermöglichen, sondern notfalls auch Druck auszuüben, um die Positionen der Konfliktparteien aufzulockern (vgl. ROPERS 1995a, 227). Die dritte Partei versucht dadurch eine substantielle Regelung des Konflikts zu erreichen und die dem Konflikt zugrunde liegenden Widersprüche zu überwinden. Um dies zu erreichen, kann die vermittelnde Partei zu verschiedene Rahmenkonzepte bzw. Lösungsvorschläge vorlegen. Da der deutschen Nahostpolitik die Möglichkeit, Druck auf Israel und die Palästinensischen Institutionen auszuüben, aus historischen Gründen so gut wie gar nicht zur Verfügung steht, ist die direktive Mediation nur eine Option für die USA als führende Regionalmacht. Um das gesamte Spektrum des Konfliktmanagements darzustellen, seien an dieser Stelle noch die Mittel der Macht-Mediation und der Schiedsgerichtsbarkeit genannt. Macht-Mediation ist eine extreme Weiterentwicklung der direktiven Mediation erfüllt genau genommen nicht mehr das Kriterium „Mediation“. Hier soll im weitesten Sinne „die umfassende Einflussnahme seitens eines oder mehrerer Akteure verstanden werden, die auf die Deeskalation eines Konflikts abzielt und

alle diplomatischen Mittel – inklusive der Ausübung politischen Drucks – umfassen kann“ (BILLING 1995, 113). Der Rahmen innerhalb dessen deutsche und auch europäische Nahostpolitik agieren kann, beschränkt sich somit auf die Mittel der non-direktiven Mediation, Facilitation und der Guten Dienste.

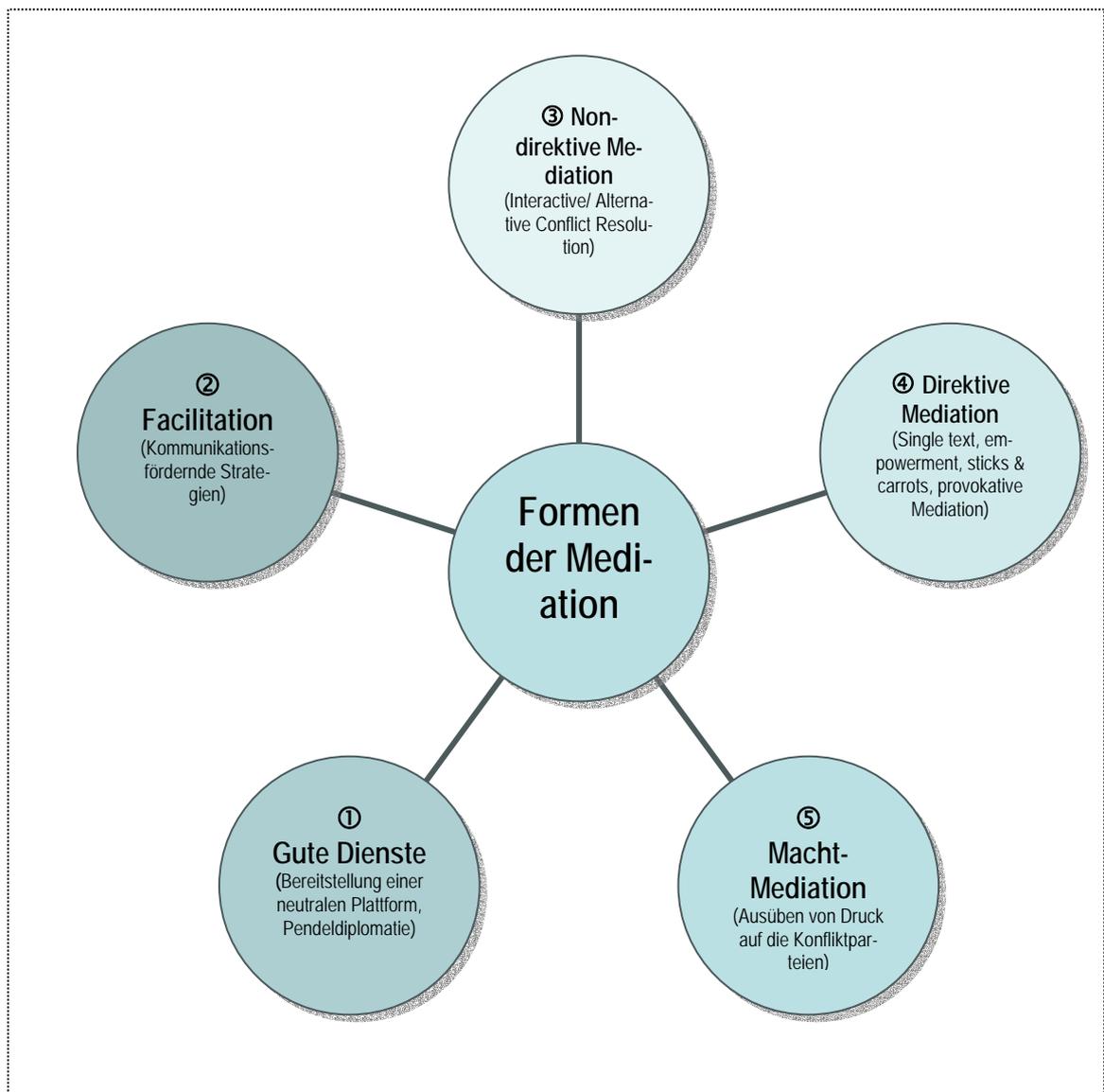


Abb. 3: Formen der Mediation als radiales Modell (eigene Darstellung).

### 3.3 Bundesrepublikanische und gesamtdeutsche Nahostpolitik zwischen der Passiv-Aktiv-Position und Aktiv-Aktiv-Position

Wenn man, wie in der vorliegenden Arbeit, von zwei Kategorien – einer aktiven (AAP) und einer eher passiven (PAP) Position – ausgeht, hat dies den Vorteil, eine Struktur in die nahöstlichen Debatten und Reden der außenpolitischen Eliten zu bringen. Andererseits zwingt es aber auch die eine oder andere schwer zu verortende Aussage in eine

Schublade, in der sie etwas sperrig wirkt. Gerade in der deutschen Nahostpolitik mit ihren doppelwertigen Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern als auch dem Staat Israel und ihrer engen Bindung an die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) sind einer selbständigen, aktiven Position während der Ersten Intifada Grenzen gesetzt. Es überrascht daher nicht, dass die PAP vor allem vor dem Ende des Ost-West-Konflikts quantitativ überwiegen. In der Zeit nach der Wiedervereinigung und vor allem nach der Madrider Friedenskonferenz im Jahr 1991 gleichen sich die Positionen nahezu aus. Ob dies auch in qualitativer Hinsicht gilt, muss die weitere Untersuchung zeigen. Eine Analyse aller AAP und PAP in Kapitel 3.4 soll anschließend klären, von welcher Position deutsche Nahostpolitik eher geprägt ist.

### 3.3.1 Bulletin der Bundesregierung (1987-1993)

Im Beisein des israelischen Staatspräsidenten Chaim Herzog beschrieb Bundespräsident Weizsäcker die Bereitschaft Deutschlands an der Lösung des Nahostkonflikts mitzuwirken mit den Worten: „Was in unseren Kräften steht, wollen wir tun, um Wege zur Verständigung zu ebnen und Friedensbemühungen zu ermutigen.“<sup>47</sup> Angesichts der repräsentativen Funktion Weizäckers und einem israelischen Adressaten ist diese PAP verständlich vorsichtig. Dementsprechend gehen auch die Lösungsmöglichkeiten nicht über den Konsens einer internationalen Nahostkonferenz und der Unterstützung konstruktiver Vorschläge hinaus.<sup>48</sup> Auf gleiche Weise äußerte sich Bundeskanzler Kohl gegenüber dem israelischen Präsidenten, indem er deutsche und europäische Beiträge von der Zustimmung Israels abhängig machte:

„Sie [die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft] haben sich auch bereit erklärt, eine konstruktive Rolle hinsichtlich dieser [internationalen Friedens-]Konferenz zu übernehmen wenn dies gewünscht wird. Wir wollen und können in einem Dialog mit unseren Freunden erfahren, was sie für möglich halten, um dann aussichtsreiche Ansätze zu fördern.“<sup>49</sup>

Die Bereitschaft aus dem Gefühl der Verantwortung mehr zu leisten, scheint bei manchen „Vertretern“ der PAP durchaus gegeben zu sein, unterliegt aber externen Einschränkungen. So formulierte Staatsminister Schäfer vor einer deutschen Botschafterkonferenz über die Handlungsmöglichkeiten und die Verantwortung im Nahostkonflikt:

---

<sup>47</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Rede anlässlich eines Abendessens zu Ehren von Staatspräsident Chaim Herzog in Bonn am 06. April 1987 in Brühl, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35, S. 290.

<sup>48</sup> Vgl. von Weizsäcker, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35, S. 290.

<sup>49</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Rede anlässlich eines Mittagessens zu Ehren des israelischen Staatspräsidenten am 7. April 1987 in Bonn, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35, S. 293.

„Wir möchten dabei helfen – und wir tun es ja auch mit unseren, allerdings beschränkten, Möglichkeiten aus friedenspolitischer Verantwortung. Es ist Aufgabe der Europäer als ihrer Nachbarn, politische Verantwortung bei der Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten zu übernehmen.“<sup>50</sup>

Der „Verantwortung“ ein Gesicht zu geben, wäre allerdings nicht Aufgabe deutscher und europäischer Außenpolitik, da es „nicht unsere, sondern der Beteiligten Sache [ist], über Art und Zusammensetzung einer internationalen Nahost-Konferenz zu befinden“<sup>51</sup>. Schäfer macht im weiteren Verlauf seiner Rede deutlich, dass ein eigenständiges Konfliktmanagement weder gewollt noch möglich erscheint: „Wir wollen nirgendwo machtpolitischen Einfluß, und wir wollen auch *keine Schiedsrichterrolle* spielen.“<sup>52</sup> Die Ambivalenz der PAP wird kurz darauf überdeutlich, als Schäfer dessen ungeachtet die Verantwortung Deutschlands bei der Konfliktlösung unterstreicht:

„Wir müssen uns aber als ein Land, das in der Europäischen Gemeinschaft und in der ganzen Welt durch seinen bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss eine wichtige Rolle spielt, auch unserer Verantwortung stellen, zur Lösung der Probleme und Konflikte in der islamischen Welt beizutragen, wenn gleich sie letztlich von den daran Beteiligten gelöst werden müssen.“

Das passive Element der PAP, hier die beschränkten Möglichkeiten bei der Konfliktlösung, und das aktive Element, hier die gleich bleibend hohe Verantwortung für einen Beitrag zur Konfliktlösung, kommen in dieser Aussage besonders deutlich zum Tragen. „Was in unseren Kräften steht, wollen wir tun“<sup>53</sup>, lautet meist die gängige Formel, wenn der Umfang deutschen Engagements genannt werden sollte. Dies geht allerdings nicht über eine Unterstützung einer „internationalen Nahost-Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen“<sup>54</sup> hinaus. Auch als die Intifada bereits im Gange ist, stehen für die PAP der deutschen Nahostpolitik das Engagement bei den Erklärungen der zwölf europäischen Außenminister und die Unterstützung internationaler Friedenspläne im Vordergrund:

„Diese Erklärungen [der zwölf europäischen Außenminister] gehen zu einem wesentlichen Teil auf deutsche Initiative zurück. Wir unterstützen auch alle Bemühungen, vor allem die

---

<sup>50</sup> Staatsminister Helmut Schäfer (F.D.P.), Rede zu Ehren der Botschafter der Nah- und Mittelostregion am 15. September 1987 in Bonn, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 89, S. 767.

<sup>51</sup> Schäfer (F.D.P.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 89, S. 768.

<sup>52</sup> Schäfer (F.D.P.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 89, S. 768.

<sup>53</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Rede anlässlich eines Mittagessens zu Ehren des libanesischen Präsidenten Scheich Amine Gemayel in Bonn am 24. November 1987, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 135, S. 1146; ähnlich auch Bundeskanzler Helmut Kohl, Rede beim Empfang anlässlich der XII. Deutsch-Israelischen Konferenz in Bonn am 11. April 1989, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 36, S. 311.

<sup>54</sup> von Weizsäcker, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 135, S. 1146; vgl. auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Rede anlässlich eines Mittagessens zu Ehren des ägyptischen Präsidenten Mubarak in Bonn am 24. November 1987, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28, S. 250.

wichtige Initiative von Außenminister Shultz, um solche Verhandlungen in Gang zu bringen.“<sup>55</sup>

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts und dem Bekanntwerden von geheimen Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO in Oslo konnte die PAP nahezu unverändert in den Bulletinquellen wieder gefunden werden. Besonders deutlich kommt in dieser Zeit zum Ausdruck, dass Deutschland eine „Verpflichtung“ gegenüber den Staaten der Nahostregion habe: „Wir alle Empfinden die Verpflichtung, uns trotz ständiger Rückschläge beharrlich weiter für eine Verständigung zwischen den Konfliktparteien einzusetzen.“<sup>56</sup> Erst der Zweite Golfkrieg im Frühjahr 1991 und die Aussicht auf eine internationale Nahost-Friedenskonferenz in Madrid im Herbst desselben Jahres gaben der deutschen Nahostpolitik die Möglichkeit den aktiven Teil der PAP mit Inhalt zu füllen, indem sie sich dem laufenden Friedensprozess anschloss:

„Die Bundesregierung wird sich – zusammen mit ihren europäischen Partnern – am Aufbau einer solchen [Nahost-]Friedensordnung beteiligen. Die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens, mit dessen Völkern uns jahrhundertealte Beziehungen verbinden, ist für uns Deutsche von lebenswichtigem Interesse.“<sup>57</sup>

Als das Oslo-I-Abkommen im September 1993 zwischen dem israelischen Ministerpräsidenten Rabin und PLO-Chef Arafat in Washington offiziell unterzeichnet worden ist, gibt es seitens der deutschen Bundesregierung ein zaghaftes Angebot, sich im europäischen Rahmen an der Friedenssicherung zu beteiligen und im Sinne einer regionalen Generalprävention aktiv zu werden. Außenminister Genscher bekundet dies vor der Generalversammlung der UNO knapp zwei Wochen später:

„Um den Frieden dauerhaft abzusichern, braucht die Region auch ein Programm zur umfassenden Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der Rüstungswettlauf im Nahen Osten muß zu einem Ende kommen. Auch dabei kann Europa Rat und Hilfe anbieten.“<sup>58</sup>

Ganz wie es der PAP entspricht – eine Generalprävention setzt erst ein, wenn die Gewalt abgeklungen ist – folgen nun auch greifbare nahostpolitische Konzepte der Bundesregierung und eine aktive Gestaltung der Konfliktnachsorge. Für die geringe Bedeut-

---

<sup>55</sup> Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P), Rede anlässlich eines Abendessens zu Ehren des saudischen Außenministers Prinz Saud Al Faisal bin Abdulaziz Al Saud am 17. März 1988 in Bonn-Bad Godesberg, Nr. 42, S. 347; ähnlich auch Bundeskanzler Helmut Kohl, Rede anlässlich eines Mittagessens zu Ehren des ägyptischen Präsidenten Mubarak in Bonn am 15. März 1989, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28, S. 251.

<sup>56</sup> Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Rede anlässlich eines Abendessens zu Ehren des tunesischen Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali in Brühl am 16. Juli 1990, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 94, S. 806; nahezu identisch auch von Weizsäcker, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35, S. 304.

<sup>57</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Erklärung auf der Bundespressekonferenz in Bonn am 28. Februar 1991 zu den „Herausforderungen und Chancen der Außen- und Innenpolitik“, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 21, S. 141.

<sup>58</sup> Bundesaußenminister Klaus Kinkel (F.D.P), Rede vor der 48. UN-Generalversammlung der UNO in New York, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 79, S. 915.

samkeit der deutschen Initiative spricht der Vortrag von Staatsminister Repnik auf einer Fachkonferenz. Hier richtet sich der Fokus deutscher Nahostpolitik nicht wie die Jahre zuvor auf eine unverbindliche generelle Ebene, sondern er orientiert sich an erreichbaren Maßnahmen:

„Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat eigens für die Region ein entwicklungspolitisches Konzept erarbeitet. Es zeigt Ansätze für einen deutschen Beitrag zur Verringerung der Spannungen der Länder untereinander und innerhalb der Länder.“<sup>59</sup>

Auf diese Weise will die Bundesregierung und mit ihr die deutsche Nahostpolitik „mit eigenen entwicklungspolitischen Beiträgen den Diskussionsprozess in den multilateralen Friedensverhandlungen ... [mitgestalten] und die regionale Zusammenarbeit intensiver ... fördern“<sup>60</sup>. Aufgrund des aktiven eigenmotivierten Ansatzes könnte die Aussage des Staatssekretärs Repnik durchaus einer AAP entsprechen. Da jedoch die Erste Intifada mit dem Friedensplan zwischen Israel und der PLO offiziell als beendet gilt und die beschlossenen entwicklungspolitischen Maßnahmen nicht mehr dem Konfliktmanagement zu zurechnen sind, kann die Quelle nur am Rande in die Bewertung einfließen.

### 3.3.2 Plenarprotokolle des Bundestages (1987-1993)

#### 3.3.2.1 Bundesrepublikanische Rhetorik während des Ost-West-Konflikts

Da auch in den Bundestagsdebatten die Bindung der Bundesregierung an die Erklärungen im Rahmen der EPZ sehr hoch war, betont Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Regierungserklärung die konzeptionelle Nähe zu den europäischen Partnern: „Bei der immer dringlich werdenden Suche nach friedlichen Konfliktlösungen [im Nahen Osten] arbeiten wir mit unseren Partnern in Europa und den Vereinigten Staaten eng zusammen.“<sup>61</sup> Der abermalige Verweis auf die europäische Forderung nach einer internationalen Friedenskonferenz zeigt die PAP der Bundesregierung: „Am 23. Februar dieses Jahres haben sich die EG-Außenminister mit ihrer gemeinsamen Erklärung für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz ausgesprochen und sich bereit erklärt, dabei eine hilfreiche Rolle zu übernehmen.“<sup>62</sup> Sowohl der Kommunikationsinhalt, hier eine Regie-

---

<sup>59</sup> Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Hans-Peter Repnik (CDU), Vortrag vor dem Seminar „Mittelmeer und Sicherheit“ der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 28. September 1993 in Bonn, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 79, S. 917.

<sup>60</sup> Repnik (CDU), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 79, S. 919.

<sup>61</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 18. März 1987, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 4. Sitzung, S. 72 C.

<sup>62</sup> Kohl (CDU), Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 18. März 1987, S. 72 C.

nungserklärung, als auch der Rahmen, hier der Deutsche Bundestag, geben der PAP einen hohen Stellwert, da sie an so zentraler Stelle als die offizielle nahostpolitische Linie der Bundesregierung angesehen werden kann. Dass diese Position innerhalb der außenpolitischen Eliten nicht unbedingt allgemeine Gültigkeit hat, zeigt die Debatte im Deutschen Bundestag über Waffenexporte in den Nahen und Mittleren Osten. Die Opposition kritisiert die Position der Bundesregierung und wirft ihr vor, doppelte Standards im Nahostkonflikt anzulegen. Hieraus entwickelte die Abgeordnete Eid (Die Grünen) eine Forderung nach einem verstärkten, friedlichen Engagement:

„Die Beteuerung der Bundesregierung, für eine friedliche Regelung im Nahen Osten einzutreten, wird durch die geplanten Lieferungen an Saudi-Arabien unglaubwürdig. (...) Ich fordere Sie auf, sich stattdessen an der Entwicklung einer friedlichen Lösung zu beteiligen, die sowohl die Rechte des palästinensischen als auch des jüdischen Volkes berücksichtigt.“<sup>63</sup>

Zwar ist in dem Beitrag der grünen Abgeordneten in der Tat eine Forderung nach einem verstärkten Engagement zu finden, ihre Aussage zielte aber vielmehr auf eine ausgeglichene Nahostpolitik ab als auf ein konkretes Konfliktmanagement. Dies wird umso deutlicher als im weiteren Verlauf der Debatte der SPD-Abgeordnete Koschnick nicht den Umfang deutscher Nahostpolitik kritisiert, sondern die Gewichtung derselben: „Sorgen Sie für Klarheit, tragen Sie zur Friedensfindung und Friedenssicherung im Nahen Osten bei, nicht durch Rüstungsexporte, sondern durch wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation!“<sup>64</sup> Diese Form der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit lässt sich allerdings unter das Instrument der Generalprävention subsumieren und kann damit nicht als Konfliktmanagement begriffen werden. Die Beiträge aus dieser Bundestagsdebatte können demzufolge ebenso der PAP zugerechnet werden.

Die Ausschreitungen in den ersten Monaten der Intifada ließen die Parlamentarier nicht unbeeindruckt und so waren sowohl von Seiten der Regierungsparteien als auch der Oppositionsparteien Stimmen zu hören, die nach einem verstärktem Engagement deutscher Außenpolitik im Nahostkonflikt verlangten. Angesichts der bedrohlichen und instabilen Lage in den palästinensischen Gebieten regte der CDU-Abgeordnete Stercken für die deutsche Nahostpolitik an, erkennbare Wege einer Verhandlungslösung aufzuzeigen:

---

<sup>63</sup> Bundestagsabgeordnete Uschi Eid (Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 7. Mai 1987, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 10. Sitzung, S. 591 C und D.

<sup>64</sup> Bundestagsabgeordneter Hans Koschnick (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 7. Mai 1987, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 10. Sitzung, S. 598 B.

„Auf eine solche Zielsetzung [der Verhandlung und Zusammenarbeit] sollten sich alle unsere Beiträge konzentrieren. Mit nassforschenden Erklärungen ist niemandem geholfen, am allerwenigsten denen, deren Leiden wir beenden möchten.“<sup>65</sup>

In der Frage, wer dieser Verantwortung nachkommen soll, nennt er ganz klar die Europäische Gemeinschaft, die in der Sache eine Vorbildfunktion habe:

„Wir [die Europäische Gemeinschaft] haben gezeigt, daß man Frieden nicht herbeireden oder nur einen Friedensvertrag unterschreiben muß, sondern daß dieser Frieden die Organisation von Zusammenarbeit ist. Daher ist die Gemeinschaft wie kein anderer Gesprächspartner dazu befähigt, Empfehlungen zu erläutern, die nicht einen Kirchhofsfrieden im Nahen Osten entstehen lassen, sondern die den Umgang miteinander konstruktiv mit Leben erfüllen.“<sup>66</sup>

Laut Stercken sollte somit auch die deutsche Nahostpolitik ein Mehr an Engagement leisten. Dieser Appell hin zu einer Aktivierung bestehender Bemühungen von deutscher Seite ist durchaus als ein AAP zu sehen. Angesichts der schnellen Abfolge von Gewalt und Gegengewalt in der Region äußerte der SPD-Abgeordnete Gansel daraufhin kurzzeitig Bedenken aufgrund der historischen Erblast Deutschlands:

„Sind wir Deutsche zu solchen wechselseitigen Beschreibungen [von Terror und Gegenterror] berechtigt? Müssen oder dürfen wir für die israelische oder für die palästinensische Seite Partei ergreifen? Ist eine Nahostpolitik der Bundesregierung überhaupt zu legitimieren?“<sup>67</sup>

Die Antwort Gansels auf seine eigenen Fragen fällt überraschend aus, da Beiträge von deutscher Seite gerade *aufgrund* der Vergangenheit als Verpflichtung für eine aktive deutsche Nahostpolitik begriffen werden und nicht in die Verantwortung der EPZ abgegeben werden sollten:

„Es gibt bei uns die Tendenz, diese Frage zu umgehen, indem die Formulierung von Nahostpolitik in die Gremien der Europäischen Gemeinschaft verlagert wird. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns von der Last der Geschichte nicht befreien können. Wir können sogar für die Politik frei werden, indem wir uns zu der Last bekennen.“<sup>68</sup>

Die Ausgewogenheit der Positionen innerhalb der deutschen Nahostpolitik sei laut Gansel dadurch nicht angegriffen. Die deutsche Nahostpolitik sei nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung eine Politik, die weder anti-israelisch noch anti-palästinensisch sei, sondern pro-israelisch *und* pro-palästinensisch.<sup>69</sup> Aus dieser Prämisse heraus formuliert Gansel die Aufforderung an die außenpolitischen Eliten weniger zu

---

<sup>65</sup> Bundestagsabgeordneter Hans Stercken (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4668f.

<sup>66</sup> Stercken (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4669 C.

<sup>67</sup> Bundestagsabgeordneter Norbert Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4670 D.

<sup>68</sup> Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4670 D.

<sup>69</sup> Vgl. Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4671 C.

verurteilen und mehr zu helfen.<sup>70</sup> Obwohl er in seinen weiteren Ausführungen keine genauen Angaben zu Art und Umfang der Hilfe macht, hält er seinen Aufruf zu einer aktiveren Nahostpolitik aufrecht: „Unsere Aufgabe ist es nicht, den vielen Nahostplänen einen weiteren hinzuzufügen. Vielleicht können wir dazu beitragen, daß Selbstvertrauen und Vertrauen wachsen ...“<sup>71</sup> Da Konfliktmanagement nicht zwingend die Ausarbeitung und Implementierung von Friedensplänen vorsieht, muss dies nicht als eine Absage an ein aktives Konfliktmanagement verstanden werden, somit können auch die Aussagen Gansels vor dem Hintergrund einer AAP gesehen werden. Eine Politik der Ausgewogenheit zwischen Israel und den Palästinensern, normalerweise eine Vorbedingung der PAP, steht einer Kritikfähigkeit israelischen Handelns in der Rede Gansels nicht im Weg:

„Israel muß wissen, daß wir seinem Recht auf staatliche Existenz und sichere Grenzen fest verbunden sind. Aber durch brennende Autoreifen, durch Streiks und selbst durch Steinwürfe palästinensischer Jugendlicher wird die Sicherheit Israels nicht gefährdet. Eine Armee, die gegen solchen Widerstand eingesetzt wird, kann nicht militärisch siegen, sie kann politisch verlieren.“<sup>72</sup>

In der Frage wieviel Kritik deutscher Nahostpolitik gegenüber der israelischen Außenpolitik zusteht, wird allerdings auch die Isolierungspolitik einzelner arabischer Länder aufgegriffen. Dies findet sich verstärkt in der PAP der Bundesabgeordneten Hildgard Hamm-Brücher, die von deutscher und europäischer Seite fordert, darauf hinzuwirken, „daß die arabische Seite endlich von ihrem dreifachen Nein gegen das Existenzrecht Israels Abstand nimmt“<sup>73</sup>. Was die damals aktuelle Reaktion auf die Intifada angeht, so ist diese PAP einer AAP sehr ähnlich, da Hamm-Brücher es als das „erste und wichtigste Ziel deutscher und europäischer Nahostpolitik“ erklärt, „diesen Teufelskreis [aus Gewalt und Gegengewalt] zu durchbrechen“<sup>74</sup>. Im gleichen Moment schränkt sie jedoch ein, dass dies „in engster Kooperation und Abstimmung mit den amerikanischen Bemühungen“<sup>75</sup> geschehen müsse. An konkreter Hilfe, so Hamm-Brücher, könne deutsche und europäische Außenpolitik die Gemäßigten, also die zu Verhandlungen bereiten Politiker auf beiden Seiten, unterstützen. Dies könne dadurch geschehen, dass „mit vereinten westlichen Kräften“ der europäisch-arabische Dialog gefördert werde.<sup>76</sup> Eine Forde-

<sup>70</sup> Vgl. Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4671 D.

<sup>71</sup> Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4671 D.

<sup>72</sup> Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4671 D.

<sup>73</sup> Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4673 C.

<sup>74</sup> Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4673 C.

<sup>75</sup> Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4673 C.

<sup>76</sup> Vgl. Hamm-Brücher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4673 C.

nung zu einer aktiven eigenständigen Initiative ist diese Aussage trotz des Aufrufs zu einem Ende der Gewalt dennoch nicht. Problematisch ist es auch, dort einer Aussage eine AAP zuzuweisen, wo die Bundesregierung auf ihr geleistetes Engagement im Nahostkonflikt verweist oder sich auf eine zukünftige Teilnahme am Friedensprozess bezieht. So bei Bundesaußenminister Genscher, der im Rahmen einer Aussprache zur Lage im Nahen Osten im Bundestag ein Resümee zur deutschen Nahostpolitik zieht:

„Unseren Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft nutzen wir für eine aktive Rolle bei der friedlichen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts und für eine Verbesserung der Lage in den besetzten Gebieten. Wir haben das am 8. Februar 1988 hier in Bonn getan, wo wir auch erneut eine internationale Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen unterstützt haben.“<sup>77</sup>

Wenn gleich das aktive Unterstützen einer internationalen Konferenz zu einer Form des Konfliktmanagements gezählt werden kann, so greift dies nicht über das vorangegangene Engagement deutscher Nahostpolitik hinaus. Letzten Endes gehen die Vorschläge Deutschlands und der EG, so Genscher, in die amerikanischen Vermittlungsbemühungen in der Region ein.<sup>78</sup> Die PAP der Bundesregierung schließt andererseits einen Appell nach einer besonderen Verantwortung Deutschlands für die Region nicht aus: „Europa kann bei der Suche nach Lösungen eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen das auch. Ich denke, daß gerade die Bundesrepublik Deutschland ... hier ihre Verantwortung erkennen muß.“<sup>79</sup> Aussagen an anderen Stellen in Genschers Rede lassen aber den Schluss zu, dass die Verantwortung vornehmlich auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik gesehen wird: „Wir versuchen mit den Instrumenten unserer Entwicklungspolitik, den Palästinensern verbesserte Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Wir werden unsere Kontakte fortsetzen, um zur Friedenslösung beizutragen.“<sup>80</sup> Obwohl Vertreter der SPD-Fraktion naturgemäß eine Gegenmeinung als Opposition aufbauen müssten, schließen sich ihre Aussagen denen des Außenministers in Teilen dem Inhalt nach an. Auch die Bundestagsvizepräsidentin Renger stellt fest, dass das Problem der palästinensischen Araber gelöst werden müsse und die deutsche Nahostpolitik „aus einfacher schlichter Menschlichkeit“ unterstützend helfen müsse.<sup>81</sup> Konfliktlösung bedeute aber für Renger auch von bloßen Deklarationen wegzukommen und praktische Schritte einzuleiten, indem den kompromissbereiten Kräften in Israel und bei den Palästinensern Mut gemacht

<sup>77</sup> Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4675 D.

<sup>78</sup> Vgl. Genscher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. S. 4675 D.

<sup>79</sup> Genscher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. S. 4676 C.

<sup>80</sup> Genscher (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. S. 4676 B.

<sup>81</sup> Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4677 D.

wird und die beiden Parteien auch in geeigneter Weise außenpolitisch unterstützt werden.<sup>82</sup> Dem Umfang und den aktiven Gestaltungsmöglichkeiten eines deutschen Engagements setzt sie indes enge Grenzen: „Sicher sollten wir Deutschen uns nicht einbilden, hier [bei der Einleitung praktischer Schritte] Vorreiter sein zu können. Ähnliches gilt für die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit, deren Parlament ... leider bereits abgeschlossene Handelsvereinbarungen [mit Israel] abgelehnt hat.“<sup>83</sup> Damit lässt sich auch hier eine PAP ausmachen, da zum einen aktives Handeln deutscher Nahostpolitik auf die *Lösung* des Konflikts zielt und zum anderen die Anregung oder Initialisierung eigenständiger Schritte weder von deutscher noch von europäischer Seite möglich erscheint. Der Verknüpfung der zwei gegensätzliche Forderungen an die deutsche Nahostpolitik – Verpflichtung zum Handeln einerseits und den historischen wie internationalen Restriktionen andererseits – stimmen auch Vertreter der CDU/CSU-Fraktion zu. Die Bundestagsabgeordnete Geiger fasst die ambivalente Ausgangslage Deutschlands kurze Zeit später an gleicher Stelle so zusammen:

„Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben aus moralischen und politischen Gründen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu einer Friedensregelung im Nahen Osten beizutragen. Daß wir dies nicht allein, sondern mit unseren EG-Partnern und vor allem auch in Absprache mit den USA tun, ist selbstverständlich.“<sup>84</sup>

Auch wenn Geiger dem nachfolgen lässt, „eine einfühlsame deutsche Politik in Nahost“ kann der schrittweisen Befriedung ganz sicher dienlich sein<sup>85</sup>, sind Ansätze für eine AAP nicht erkennbar. In einem anderen Beitrag des grünen Abgeordneten Schily während der nahostpolitischen Aussprache im Bundestag wird zwar ein Konfliktmanagement im Rahmen einer internationalen Konferenz gefordert. Eine Handlungsanleitung für die Nahostpolitik der Bundesrepublik leitet man daraus jedoch nicht ab:

„Eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO ... darf nicht länger hinausgezögert werden. Eine umfassende Lösung kann nicht am Anfang der Verhandlungen stehen. (...) Es kommt darauf an Übergänge zu finden.“<sup>86</sup>

Dies wird – das zeigen immer mehr Quellen – auch vierzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg im historischen Erbe bzw. einer besonderen Verantwortung deutscher Außenpolitik im Umgang mit dem Nahostkonflikt gesehen: „Sie [die besondere Verant-

---

<sup>82</sup> Renger (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4678 B.

<sup>83</sup> Renger (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4678 B.

<sup>84</sup> Bundestagsabgeordnete Michaela Geiger (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4679 C.

<sup>85</sup> Geiger (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4679 D.

<sup>86</sup> Bundestagsabgeordnete Otto Schily (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4681 C.

wortung] ist geschichtlicher Fakt, ein Fakt, der uns allen, ob jung oder alt, eine besondere Zurückhaltung im Israel/Palästina-Konflikt auferlegt ... .<sup>87</sup> Die Zurückhaltung ist dabei nicht nur das Ergebnis von Erwartungen, die die außenpolitische Elite an sich selber richtet, sondern anscheinend auch die Anpassung an Erwartungen von israelischer Seite aus: „Ich [Bulmahn] weiß aus meiner persönlichen Erfahrung, wie misstrauisch und sensibel Israelis ... auf eine derartige Einmischung aus Deutschland reagieren.“<sup>88</sup> Dies mag das passive Moment in der PAP erklären. Ihm gegenüber steht die von Bulmahn an gleicher Stelle formulierte generelle Bereitschaft im Nahostkonflikt aktiv zu werden: „Wir alle wollen auf dem Weg zum Frieden helfen.“<sup>89</sup> Dass das nicht ohne die Beachtung der sensiblen deutsch-israelischen Beziehungen geht, zeigt eine Debatte im Bundestag über den möglichen Verkauf von Tornado-Kampfflugzeugen an Jordanien. Der Abgeordnete Gansel sieht vor diesem Hintergrund die Möglichkeiten deutscher Nahostpolitik in der Region als sehr gering an: „Noch wichtiger wäre es, wenn sie [die israelische Regierung] die von Arafat geführte PLO endlich als Gesprächspartner für einen Friedensdialog akzeptierte. Diese Bitte an Israel kann unser Beitrag zum Frieden sein.“<sup>90</sup> Dabei muss sich deutsche Nahostpolitik laut Gansel an dem unveränderlichen Maßstab messen lassen, ob sie den Staat Israel einer Gefahr aussetzt: „Die deutsche Politik ist im Nahen Osten nicht dazu befugt, irgendetwas zu tun, was die Sicherheit Israels gefährden könnte.“<sup>91</sup> Was dies für die Möglichkeiten eines deutschen und auch europäischen Konfliktmanagements bedeutet, bleibt unklar. In einer späteren Debatte, die die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage zum Gegenstand hat, übt die Opposition weniger Zurückhaltung und fordert klar eine aktivere Beteiligung der Bundesrepublik in der Region. Ausgangspunkt für diese Forderung, so der Bundestagsabgeordnete Osswald, sind die hohen Erwartungen der EG-Mitgliedsländer an die deutsche Nahostpolitik:

„In vielen Gesprächen mit den anderen europäischen Kollegen wird immer wieder deutlich, daß man sich darüber wundert, wie wenig Impulse von den Deutschen im Bereich der Nahostpolitik ausgehen. Schließlich ist bekannt, daß die Deutschen im Nahen Osten traditionell einen guten Ruf haben und daß die Bundesrepublik mit fast allen Ländern dieser Region einen regen wirtschaftlichen Austausch hat.“<sup>92</sup>

---

<sup>87</sup> Bundestagsabgeordnete Edelgard Bulmahn (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, 11. Wahlperiode, 69. Sitzung, S. 4682 A.

<sup>88</sup> Bulmahn (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4682 C.

<sup>89</sup> Bulmahn (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4682 C.

<sup>90</sup> Bundestagsabgeordneter Norbert Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 123. Sitzung, S. 9061 D.

<sup>91</sup> Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 1989, S. 9061 D.

<sup>92</sup> Bundestagsabgeordneter Albert Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12830 D.

Als Grund für die abwartende Vorgehensweise deutscher Nahostpolitik entlang der EPZ-Erklärungen erscheinen Osswald, wie seinen Vorrednern auch, die historischen Rahmenbedingungen verantwortlich zu sein:

„Die praktizierte Zurückhaltung [in der deutschen Nahostpolitik] ist insofern auch ein Stück unserer Vergangenheitsbewältigung. Daher beschränkt sich die deutsche Nahostpolitik darauf, sich den eher allgemeinen europäischen Stellungnahmen anzuschließen. (...) Dazu kann man nur sagen: Dies ist richtig. Dies kostet nichts, und dies tut niemandem weh.“<sup>93</sup>

Anders als die Bundesregierung akzeptiert er Geschichte jedoch nicht als Rechtfertigung für eine passive deutsche Außenpolitik, sondern formuliert gerade aufgrund der historischen Gegebenheiten einen Ansatz für eine aktivere Nahostpolitik der Bundesrepublik innerhalb der EG:

„Ich meine allerdings, daß unser Engagement in diesem Abstimmungsprozess [innerhalb der EPZ] durchaus etwas deutlicher sein könnte. Gerade wir Deutschen mit unserer historischen Verantwortung sollten uns nicht nur vornehm zurückhalten. Gerade wir mit unserem besonderen Verhältnis zu Israel sollten verstärkt darauf hinwirken, daß das Blutvergießen eine Ende nimmt und ein dauerhafter Friede entstehen kann.“<sup>94</sup>

Was er unter einem stärkerem Engagement verstanden wissen will, nennt er kurze Zeit später in seiner Rede: „Wir alle sollten solche Friedensbemühungen<sup>95</sup> begrüßen und nach Kräften unterstützen. Lippenbekenntnisse zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ... reichen auf Dauer nicht aus.“<sup>96</sup> Entsprechend den AAP-Merkmalen beinhaltet die Position Osswalds im Vergleich zur Bundesregierung einen höheren Anspruch an die Kritikfähigkeit Israels sowie einen klaren Appell für ein verstärktes Engagement Deutschlands innerhalb der europäischen Nahostpolitik. Die Dringlichkeit einer nationalen Initiative sieht Osswald dabei nicht und schränkt damit den Handlungsspielraum der Bundesrepublik ganz klar auf die europäische Ebene ein:

„Ich bin der Meinung, daß sich die Deutschen weder überschätzen sollten, noch daß sie in irgendeiner Weise eine europäische Führungsrolle anstreben sollten. Andererseits erlaubt es das Gewicht, das die Bundesrepublik in Europa nun einmal hat ... nicht, daß wir uns mit einer reinen Zuschauerrolle begnügen.“<sup>97</sup>

---

<sup>93</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12831 A.

<sup>94</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12831 B.

<sup>95</sup> Osswald bezieht sich hier auf die auf europäische Initiative entstandene Wiener Konferenz der „European Study Group Middle East“. Dort wurde von hochrangigen Israelis und Palästinensern ein minimaler Konsens verabschiedet, in dem beide Seiten die Notwendigkeit eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten und die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz mit Beteiligung der PLO bekräftigten.

<sup>96</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12831 D.

<sup>97</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12833 D.

Die Betonung eines aktiveren Elements in der deutschen Nahostpolitik wird jedoch dadurch nicht geschmälert, zumal die bisherige Politik der Bundesregierung laut Osswald ihre Position bisher nicht gefunden hat und dadurch eher passiv agiert:

„Bisher haben wir die uns gebührende Rolle in einer europäischen Friedenspolitik für den nahöstlichen Mittelmeerraum noch nicht richtig gefunden. Halten wir uns weiterhin vornehm zurück und singen dabei fleißig das gesamteuropäische Lied von der Friedensverantwortung für diese Region und machen daneben kräftig Geschäfte mit Waffen, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir in eine gefährliche Nähe zu Bismarck gestellt werden, der einmal gesagt hat: ‚Es liegt im deutschen Interesse, daß die orientalische Wunde offen bleibt‘.“<sup>98</sup>

An dem AAP-Charakter der Aussage Osswalds kann kein Zweifel aufkommen, auch weil er zum Schluss ganz klar betonte, dass er seine Rede als „ein Plädoyer für eine aktivere deutsche Rolle in einer friedensstiftenden europäischen Nahostpolitik“<sup>99</sup> verstanden wissen wollte. Der Kontrast der „Soll-Position“ der Opposition im Vergleich zur „Ist-Position“ der Bundesregierung wird deutlich, wenn seitens der Staatsministerin im Auswärtigen Amt Adam-Schwaetzer lediglich der Status quo zum Engagement im Nahostkonflikt angeführt wird:

„Nach wie vor ist es das Ziel europäischer und deutscher Politik, das Ende von Gewalt und Blutvergießen und ein friedliches Zusammenleben der Staaten am östlichen Rand des Mittelmeers in anerkannten, respektierten und sicheren Grenzen herzustellen. Dazu kann am besten eine internationale Friedenskonferenz unter Teilnahme aller am Konflikt Beteiligten unter dem Schirm der Vereinten Nationen dienen.“<sup>100</sup>

Der Verweis auf internationale Initiativen zusammen mit dem Bekenntnis zur friedlichen Konfliktlösung untermauert hier die PAP der Bundesregierung, zumal ein Beitrag von deutscher Seite nicht genannt wird. Genau diesen Beitrag fordern aber Vertreter der Opposition von der Bundesregierung ein: „Wir drängen die Bundesregierung, in diesen Fragen die Initiative zu einer internationalen Friedenskonferenz im Nahen Osten selbst zu ergreifen.“<sup>101</sup> Die Notwendigkeit für diese Forderung sieht die Opposition vor dem Hintergrund einer arabischen Welt. Bei einem Scheitern der Verhandlungen würde der islamische Fundamentalismus weiter um sich greifen. Die Bundesregierung müsse demzufolge mehr Druck auf Israel ausüben, um den Boden für Verhandlungen zu bereiten: „Deshalb müssen die Bundesregierung und die EG die israelische Regierung drängen, direkte Kontakte mit den Palästinensern, die durch die PLO vertreten werden, nicht

<sup>98</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12833 D.

<sup>99</sup> Osswald (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1989, S. 12833 D.

<sup>100</sup> Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12837 B.

<sup>101</sup> Bundestagsabgeordneter Robert Antretter (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12841 D.

länger zu vermeiden. Deshalb muss auch auf eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts hingearbeitet werden ...<sup>102</sup> Der SPD-Abgeordnete Antretter wiederholt an dieser Stelle erneut die AAP seiner Vorredner aus der Opposition, indem er neben einer aktiveren Beteiligung deutscher Nahostpolitik die Bereitschaft fordert, die israelische Außenpolitik stärker als bisher zu hinterfragen und auch offen zu kritisieren. Dem halten Vertreter der Bundesregierung jedoch entgegen, dass es weit schwieriger sei, den Ausgleich zwischen dem Existenzrecht der Palästinenser einerseits und dem Sicherheitsbedürfnis der Israelis andererseits zu finden. Infolgedessen hält sich auch der Einfluss der Bundesrepublik bei Verhandlungen in Grenzen:

„Es ist ebenso schwierig, Lösungen zu finden, denn es geht auf der einen Seite um souveräne Staaten und auf der anderen Seite um Bevölkerungsgruppen, die danach streben. *Hier kann die Bundesrepublik nicht einfach irgend so ein Ding hinhauen, und das Problem ist gelöst, sondern hier muß meine ich, der mühsame Prozess des Dialogs stattfinden.*“<sup>103</sup>

Die Positionen lassen sich somit in dieser Debatte mit Ausnahmen auf bestimmte Fraktionen verteilen: Die Opposition aus SPD und den Grünen stehen einer AAP mit Einschränkungen in der Nahostfrage nahe, während die CDU/CSU und mit ihr der Koalitionspartner F.D.P. bis auf wenige Ausnahmen eher einer PAP zugeneigt sind.

### 3.3.2.2 Gesamtdeutsche Rhetorik nach dem Ost-West-Konflikt

Da die Monate zwischen der Umbruchphase in der Sowjetunion Ende 1989 und dem Ende des Ost-West-Konflikts im Jahr 1990 die Aufmerksamkeit der außenpolitischen Eliten auf sich zogen, ist für diesen Zeitraum keine nennenswerte Debatte über den Nahostkonflikt geführt worden. Der zweite Golfkrieg im Frühjahr 1991 verlangte aber jedoch, den Nahostkonflikt wieder auf die Tagesordnung zu setzen, zumal der irakische Präsident Saddam Hussein den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait und den anschließenden Kampf gegen eine internationale Koalition mit dem Schicksal des palästinensischen Volkes verbunden hatte. Ähnlich wie in vorangegangenen Debatten fragt die Opposition an, warum diese Verbindung zwischen den beiden Konflikten nicht für einen Vorstoß in Richtung tragfähiger Lösungsversuche genutzt werden könne:

„Wem das [die zeitnahe Bewältigung des Golfkriegs und des Nahostkonflikts] nicht passt, weil er darin ein Eingehen auf Saddam Husseins nachträglich konstruierte ‚linkage‘, also Zusammenfügung unterschiedlicher Probleme, zwischen Kuwait und Palästina befürchtet, verkennet die Lage und vergisst zudem, daß zur Palästinenser-Frage bereits 1980 ... auf dem

<sup>102</sup> Antretter (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, S. 12841 D.

<sup>103</sup> Bundestagsabgeordneter Heinrich Lummer (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 11. Wahlperiode, 171. Sitzung, S. 12842 C.

EG-Gipfel in Venedig durch die Außenminister eine europäische Initiative versprochen worden war. (...) *Nun hatten wir gehofft, es können sich neue Chancen zur Lösung auch der zentralen Nahostprobleme bieten.*<sup>104</sup>

Einwände, dass die Invasion irakischer Truppen in Kuwait alle Kräfte binde, lässt die Opposition in der Gestalt des SPD-Abgeordneten Brandt nicht gelten: „Ich sehe keinen Grund, warum man wegen der akuten Krise Problemverdrängung betreiben sollte.“<sup>105</sup> Brandt belässt es aber nicht bei der bloßen Kritik und schlägt darüber hinaus vor, von deutscher und europäischer Seite die Bildung eines regionalen Systems ähnlich der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) anzuregen:

„Die vernünftige Schlussfolgerung daraus [aus dem Nahostkonflikt und Waffenverkäufen in die Region], daß nämlich für den Nahen und Mittleren Osten ein dem KSZE-, ein dem Helsinki-Prozess vergleichbarer Prozess recht bald begonnen werden sollte, wird mittlerweile von vielen Seiten geteilt. *Daß Europa hierzu über dringend erforderliche, höchst restriktive Waffenexportkontrollen hinaus seinen Beitrag leisten sollte, liegt auf der Hand.*“<sup>106</sup>

In ihren Forderungen nach einem verstärkten deutschen und europäischen Engagement lassen die außenpolitischen Eliten der SPD-Fraktion damit auch nach dem Systemumbruch eine Kontinuität in ihrer AAP erkennen, wenn gleich die Intensität der Forderungen nachgelassen hat. Erhalten bleibt indessen der Appell an die Bundesregierung, Elemente eines Konfliktmanagements zu ergreifen und im Rahmen der europäischen Nahostpolitik umzusetzen. In einer darauf folgenden Debatte bekennt sich Bundeskanzler Kohl zu einem „umfassenden [wirtschaftlichen] Entwicklungsplan für den Nahen und Mittleren Osten“, lässt aber einen politischen Rahmen für den Nahostkonflikt außen vor: „Aber jeder weiß, wirtschaftliche Hilfe ist erst dann sinnvoll, wenn die politischen Fragen befriedigend gelöst sind. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind bereit, unseren Beitrag auf diesem Weg zu leisten.“<sup>107</sup> Die Aussage Kohls über die generelle Bereitschaft Deutschlands helfen zu wollen, zeigt in nahezu wortgleicher Formulierung die PAP der vorangegangenen Legislaturperiode, da sie auf einen Impuls von außen setzt. Einen solchen Anlass bietet zu dieser Zeit eine Friedensinitiative für den Nahen Osten, die durch den französischen Staatspräsidenten François Mitterand initiiert wird. Auch wenn der französische Entwurf keine ausdrückliche Erwähnung in den Reden der Bundesregierung findet, zeigt sich die Opposition mit der Bundesregierung einig in der Unterstützung des Plans: „Die französische Friedensinitiative – ich freue mich über die

<sup>104</sup> Bundestagsabgeordneter Willy Brandt (SPD) Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 27 D.

<sup>105</sup> Brandt (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 1991, S. 28 A.

<sup>106</sup> Brandt (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Januar 1991, S. 28 B.

<sup>107</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 3. Sitzung, S. 47 C.

Übereinstimmung in der Beurteilung – bietet dafür [für eine stabile Friedensordnung] eine gute Grundlage.“<sup>108</sup> In der Unterstützung für den französischen Vorschlag geht jedoch die Haltung der Opposition über den formalen Beistand hinaus:

„Das gilt insbesondere auch für die in dieser Initiative vorgesehene internationale Nahostkonferenz, die eine ähnlich konstruktive Rolle spielen könnte, wie für Europa die KSZE-Konferenz in Helsinki. Der Plan François Mitterands muß auf der Tagesordnung bleiben.“<sup>109</sup>

Zwar gehe es zunächst und vor allem darum, dass die Kriegshandlungen unterbrochen und sodann beendet werden, so der Fraktionsvorsitzende Vogel, „es geht aber auch darum, den Weg zu einer stabilen Friedensordnung im Nahen Osten zu ebnen“<sup>110</sup>. In der Frage eines aktiven Konfliktmanagements und einer darauf aufbauenden Konfliktnachsorge vertritt die Opposition damit eine klare AAP, wenn auch sie nicht mehr so weit entfernt von der PAP der Bundesregierung scheint wie noch in der letzten Legislaturperiode. Vertreter der F.D.P. wie der Abgeordnete Graf Lambsdorff, kommen den Stimmen aus der Opposition sehr nahe, wenn sie eine neue Initiative der europäischen Nahostpolitik fordern und Versäumnisse im Konfliktmanagement einräumen:

„Wir regen an, daß von dort [dem Zusammentreffen der Außenminister von EG und Westeuropäischer Union WEU] aus erneut eine Initiative unternommen wird. Sie muß ... die Bereitschaft wiederholen ... eine internationale Sicherheitskonferenz einzuberufen, die sich mit den Problemen des Nahen Ostens ... beschäftigt. Dieses Thema ist zu lange nicht behandelt und nicht entschieden worden.“<sup>111</sup>

Auch Bundeskanzler Kohl schließt sich zwei Wochen später diesen Formulierungen an, in dem er in nächster Zeit eine europäische Wirtschaftsinitiative für die Region in Aussicht stellt und bei den politischen Fragen zur Eile mahnt:

„Wir werden zur gegebenen Zeit – ich hoffe, daß dies bald sein kann – zunächst mit unseren Partnern in der Gemeinschaft die Möglichkeit eines umfassenden Entwicklungsplanes für den Nahen und Mittleren Osten erörtern. Zunächst brauchen wir jedoch eine umfassende Lösung der politischen Fragen. Dies duldet keinen Aufschub, wenn wir nicht in Gefahr laufen wollen, daß der Nahe und Mittlere Osten von einer Krise in die nächste gerät.“<sup>112</sup>

Die Aussagen Kohls stehen im Kontrast zu seiner früheren deutlich erkennbaren PAP, da hier Ansätze eines aktiven Elements zu erkennen sind, die deutlich einen Anschluss an die AAP der Opposition suchen. Eine Konkretisierung dessen, was deutsche Nahost-

<sup>108</sup> Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 3. Sitzung, S. 48 D.

<sup>109</sup> Vogel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, S. 48 C.

<sup>110</sup> Vogel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, S. 48 C.

<sup>111</sup> Bundestagsabgeordneter Otto Graf Lambsdorff (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 3. Sitzung, S. 51 C.

<sup>112</sup> Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 5. Sitzung, S. 69 B.

politik zu leisten bereit ist, bleibt Kohl allerdings schuldig und bekundet die Bereitschaft helfen zu wollen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, zum Aufbau einer Friedensordnung wie auch zur Entwicklung der Region ihren Beitrag zu leisten.“<sup>113</sup> Obwohl die PAP der Bundesregierung erhalten bleibt, ist doch ein *Trend zur Konvergenz der Positionen* zu beobachten. Hans-Jochen Vogels Rede im Anschluss zeigte diese Nähe, indem er im Namen der SPD lediglich Unterstützung für einen internationalen Prozess fordert: „Zweitens fordern wir die Hilfe dafür, daß ein internationaler Prozess in Gang kommt, der in etwa dem KSZE-Prozess entspricht.“ Einschränkend muss allein angemerkt werden, dass die Debatte Lösungen für die gesamte Nahost-Region diskutierte und Detailfragen zum Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ausklammerte.

Die im Oktober 1991 begonnenen Verhandlungen im Rahmen der Madrider Friedenskonferenz verliehen der deutschen Nahostpolitik wieder mehr Dynamik und ließen die unterschiedlichen Positionen innerhalb der außenpolitischen Eliten besser zutage treten. In einer breit angelegten Nahost-Debatte zu den Verhandlungen über eine Friedenslösung im Nahen Osten und den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten sind die Positionen allerdings nicht klar verteilt. Der CDU-Abgeordnete Stercken moniert als Mitglied der Regierungsfraktion das fehlende Engagement deutscher Außenpolitik in der Region, das wegkommen müsse von einer bloßen Rhetorik:

„Wird unsere Politik nicht über das verbale Zeugnis hinauslangen, dann werden wir nicht viel bewirken, allenfalls ein Alibi nachweisen. Mehr Einsatz und mehr Identifikation scheinen mir erforderlich, wenn wir zu tragfähigen und verantwortbaren Kompromissen ermuntern. Alte Leerformeln reichen dazu nicht aus ...“<sup>114</sup>

Trotz der allgemein gehaltenen Ermahnung an die Bundesregierung geht doch seine Aussage über eine PAP hinaus und unterstützt damit die AAP der Opposition. In eine ähnliche Richtung zielt der Redebeitrag des F.D.P.-Abgeordneten Feldmann, der die Sicherheit Deutschlands auf das Engste verbunden sieht mit der Sicherheit im Nahen Osten.<sup>115</sup> „Deshalb müssen sich die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten“, so Feldmanns Aufruf zu einer aktiveren deutschen Europapolitik, „stärker für den Frieden in der Nahostregion einsetzen“ und „die EG muß durch konstruktive Vorschläge zur Lösung des Nahostkonflikts beitragen“.<sup>116</sup> Auch in Bezug auf die Frage, in wel-

<sup>113</sup> Kohl (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17. Januar 1991, S. 69 C.

<sup>114</sup> Bundestagsabgeordneter Hans Stercken (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12133 D.

<sup>115</sup> Vgl. Bundestagsabgeordneter Olaf Feldmann (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12136 A.

<sup>116</sup> Feldmann (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12136 A.

chem Maße Israel von Deutschland und der EG kritisiert werden kann, geht Feldmann weiter als es die PAP vorsehen würde: „Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, im Rahmen der EPZ und in direktem Kontakt mit der israelischen Regierung auf die Einstellung der israelischen Siedlungsaktivitäten und die Beachtung der UN-Resolution 799<sup>117</sup> hinzuwirken.“<sup>118</sup> Die betont aktive Note dieser AAP kommt damit nicht nur in dem Aufruf zu mehr Gestaltungskraft deutscher wie europäischer Nahostpolitik zum Ausdruck, sondern auch in einer für CDU und F.D.P. ungewohnten Kritikfähigkeit gegenüber Israel. Dementsprechend nahe kommen diese Ausführungen von Stercken und Feldmann auch den Appellen der Opposition an die Bundesregierung. Der Abgeordnete Konrad Weiß vom Bündnis 90/Die Grünen geht in seinen Forderungen allerdings weiter und verwirft die diskutierten Anträge zu den israelischen Siedlungen in Gaza und im Westjordanland als zu unverbindlich und vage:

„Der vorliegende Antrag aber vermeidet eine klare Stellungnahme, so als versuche das deutsche Parlament, sich hinter UN-Resolutionen und EG-Erklärungen zu verstecken. Ich glaube nicht, daß dieses Lavieren den Friedensprozess in irgendeiner Weise befördert und für Israelis oder Palästinenser hilfreich ist. Es wäre besser gewesen, auf einen derartigen Antrag zu verzichten.“<sup>119</sup>

Die Kritik an der deutschen Nahostpolitik der letzten Jahre wird hier zwar zum Ausdruck gebracht, auf die Nennung eines ausführlichen Konfliktmanagements wird in den Ausführungen aber verzichtet. Auch die entschiedensten Vertreter innerhalb der AAP, das Bündnis aus PDS und Linke Liste, bleiben die Beschreibung eines Handlungsfeldes für ihre deutsche Nahostpolitik schuldig. Ihre Unzufriedenheit über die passive Haltung der Bundesregierung und ihre abwartende Position in der israelischen Siedlungsfrage bringen sie von allen anderen Vertreter der AAP am klarsten zum Ausdruck:

„Namens der Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste fordere ich die Bundesregierung auf, die Abgeordneten, die deutsche und internationale Öffentlichkeit darüber aufzuklären, was sie in den letzten Jahren im Rahmen der EG und auf bilateraler Ebene im Sinne der zitierten Erklärungen effektiv unternommen hat, damit der Konflikt einer Lösung näher rückt, und warum sie neuerdings allein auf eine Einstellung der israelischen Siedlungspolitik hinwirken will und über die selbst nach Meinung der EG völkerrechtswidrigen Siedlungen vergangener Jahrzehnte, die den Friedensprozess im Nahen Osten ernsthaft behindern, keine Silbe mehr verliert, ja, sie sieht in der Siedlungspolitik lediglich die Gefahr der Belastung des Friedensprozesses.“<sup>120</sup>

---

<sup>117</sup> Die UN-Resolution 799 des Sicherheitsrats verurteilt die Vertreibung von Palästinensern aus den seit 1967 israelisch besetzten Gebieten und sie wendet sich gegen die Stationierung von israelischen Truppen im Nord-Libanon.

<sup>118</sup> Feldmann (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12136 A.

<sup>119</sup> Bundestagsabgeordneter Konrad Weiß (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12137 C.

<sup>120</sup> Bundestagsabgeordnete Ursula Fischer (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12138 B.

Die Grundlage für ihre Forderung sehen sie, wie schon andere Vertreter der AAP auch, in der historischen Verantwortung Deutschlands und der aktuellen Entwicklungen in der Region. In wieweit die Position von PDS/Linke Liste auch einen Appell an die Bundesregierung beinhaltet, mit Instrumenten des Konfliktmanagements aktiv zu werden, ist unklar. Es bleibt bei einer Aufforderung an die Bundesregierung, „sich für die sofortige Einstellung aller Handlungen einzusetzen, die den Friedensprozess im Nahen Osten ernsthaft gefährden“<sup>121</sup>. In ihrer Haltung zum israelischen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten ist PDS/Linke Liste unmissverständlich: Man könne nicht die Gewaltpolitik der israelischen Regierung tolerieren und den Kampf gegen sie als Terrorismus im Allgemeinen verunglimpfen.<sup>122</sup> Die Doppelmoral der Bundesregierung müsse an dieser Stelle aufhören.<sup>123</sup> So ungenau sie damit in der Frage einer konkreten Nahostpolitik bleibt, so vehement vertritt sie auf der anderen Seite eine von historischen Zwängen befreite Kritikfähigkeit am israelischen Siedlungsbau. An der Zuordnung von PDS/Linke Liste zur AAP ändert dies nichts, sie nimmt lediglich im Rahmen der AAP eine aktivere Position ein. Wie groß die Diskrepanz zur Bundesregierung ist, macht der Redebeitrag von Staatsminister Schäfer deutlich, Deutschland sei besonders gefordert bei den wirtschaftlich geprägten Themen wie die regionale Zusammenarbeit im Nahen Osten.<sup>124</sup> Schließlich habe sich die Bundesregierung dafür eingesetzt, die multilateralen Verhandlungen über genau diese Fragen zu einem Schwerpunkt der europäischen Mitwirkung zu machen: „Sie [die Bundesregierung] hat sich von der Überzeugung leiten lassen, daß Europa ... bei Fragen wie Rüstungskontrolle und regionale Sicherheit, regionale wirtschaftliche Entwicklung ... substantielle Beiträge leisten kann.“<sup>125</sup> Als konkrete Maßnahme schlägt Schäfer als Vertreter der Bundesregierung vor, eine Arbeitsgruppe zur gleichen Thematik in Deutschland auszurichten:

„Wir könnten uns vorstellen, daß z.B. die multilaterale Arbeitsgruppe ‚Regionale wirtschaftliche Entwicklung‘, wie von uns vorgeschlagen wurde, in Deutschland tagt. Das würden zugleich die ersten Verhandlungen im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses auf deutschem Boden sein.“<sup>126</sup>

Auf dem Gebiet der politischen Möglichkeiten knüpft Schäfer aber wieder an die Formulierungen der alten PAP an: „Minister Kinkel hat in der letzten Woche der Amerika-

<sup>121</sup> Fischer (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12138 C.

<sup>122</sup> Vgl. Fischer (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12138 C.

<sup>123</sup> Vgl. Fischer (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12138 C.

<sup>124</sup> Vgl. Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 140. Sitzung, S. 12139 D.

<sup>125</sup> Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12140 A.

<sup>126</sup> Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12141 A.

nischen Regierung in Washington zugesichert, daß wir unsererseits zusammen mit unseren europäischen Partnern *nach Kräften daran beitragen wollen*.“<sup>127</sup> Mit dieser Haltung zeigt die Bundesregierung zwar vermehrte Aktivität in ihrer Nahostpolitik, bleibt aber ihrer PAP vor allem in den politischen Gestaltungsmöglichkeiten treu. Auch weil sie die AAP-Forderung nach einer verstärkten Israelkritik mit dem Hinweis ablehnt, diesem bereits nachgekommen zu sein: „Im gleiche Sinne bleibt Israel – und wir weisen heute nicht zum ersten Mal darauf hin – die Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und die Bestimmungen der Genfer Konvention zu beachten.“<sup>128</sup>

Als Ende August 1993 Geheimverhandlungen zwischen Israel und der PLO in Oslo bekannt werden und zwei Wochen darauf in Washington das „Oslo-I-Abkommen“ zwischen den Konfliktparteien unterzeichnet wird, wirkt sich dies auch auf den Gegensatz zwischen PAP und AAP innerhalb der außenpolitischen Eliten aus. Da eine politische Einflussnahme auf den Konflikt seitens Deutschlands und der EG auf ein Minimum reduziert ist, nähern sich auch die Formulierungen der unterschiedlichen Positionen an. Es überrascht daher nicht, wenn Außenminister Kinkel sagt, die „gemeinsame europäische, aber auch Hilfe durch die deutsche Außenpolitik sind gefragt“ und das „weiterhin politisch und natürlich auch wirtschaftlich“<sup>129</sup>. „Eine Umkehr des Friedensprozesses im Nahen Osten“, so Kinkel, „darf es nicht mehr geben, und die Bundesregierung wird auch weiterhin ihren Beitrag zum Friedenswerk im Nahen Osten leisten.“<sup>130</sup> Anders als in den vorangegangenen Jahren soll dieser Beitrag laut Kinkel in einem Zehn-Punkte-Plan der Bundesregierung bestehen, der sowohl den verstärkten Austausch mit allen arabischen Staaten einschließlich Israel vorsieht als auch die wirtschaftliche Unterstützung der Region sicher stellen soll. Die Reaktion der CDU/CSU-Fraktion fällt diesmal überwiegend wohlwollend aus; der Abgeordnete Lamers stimmt den Bemühungen der Bundesregierung zu: „Ich freue mich sehr, daß die Europäische Gemeinschaft sehr unmittelbar gehandelt hat, Herr [Außen-]Minister. Das war in Ordnung; das war gut so.“<sup>131</sup> Wenngleich Lamers zum weiteren Engagement mahnt, ist doch der Konsens in der Richtung deutscher Nahostpolitik offensichtlich:

„Aber jetzt muß es ein dauerhaftes und konkretes Engagement geben. Ich freue mich, daß Sie in Ihren zehn Punkten zu erkennen geben, daß die Bundesregierung konkrete Vorstel-

<sup>127</sup> Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12141 A.

<sup>128</sup> Schäfer (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1993, S. 12141 A.

<sup>129</sup> Bundesaußenminister Klaus Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15118 A.

<sup>130</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, S. 15119 B.

<sup>131</sup> Bundestagsabgeordneter Karl Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15122 A.

lungen hat, wie denn unser deutscher und der europäische Beitrag zur Festigung des Friedens aussehen soll.“<sup>132</sup>

Sogar der Ton der PDS ist angesichts der Entwicklungen sehr gemäßigt und schließt sich in seiner Richtung den Worten des Abgeordneten Lamers an: „Jetzt gilt es, einen Friedensprozess nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich ohne Zaudern und auch in dem Maße zu befördern, wie es hier unabdingbar geworden ist.“<sup>133</sup> Deutsche Außenpolitik, so der allgemeine Appell von Hans Modrow, solle in diesem Moment „ausgewogen, aber auch konsequent“<sup>134</sup> handeln. Weite Teile der Opposition teilen diese Haltung und richten wie der grüne Abgeordnete Weiß höchstens etwas konkretere Erwartungen an die Bundesregierung:

„Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie nun alles in ihrer Kraft stehende tut, die friedenswilligen Kräfte in Israel und bei den Palästinensern zu fördern und daß sie die Verwaltung der autonomen Gebiete bei der Vorbereitung und Durchführung demokratischer Wahlen intensiv unterstützt.“<sup>135</sup>

Die Zäsur im Verhältnis von PAP und AAP wird umso deutlicher, als Weiß im Nachhinein seine Enttäuschung über das mangelnde Engagement deutscher Nahostpolitik ausdrückt: „Das Bündnis 90/Die Grünen<sup>136</sup> bedauert außerordentlich, daß die Bundesregierung keinen erkennbaren Beitrag zum Zustandekommen des Abkommens zwischen Israel und der PLO geleistet hat.“<sup>137</sup> Aus der Sicht der grünen Opposition war also die PAP der Bundesregierung von ihrer AAP klar voneinander abzugrenzen. Das Bekanntwerden der israelisch-palästinensischen Verhandlungen erlaubte es der Bundesregierung ihre PAP zu verlassen. Erst als Israel und die PLO mit dem Oslo-I-Abkommen einen Frieden beschlossen hatten und die Intifada damit offiziell beendet worden war, legte die Bundesregierung im Rahmen der EG ein Konzept für die Region vor. Die Ventilfunktion der Friedensverhandlungen stützt auch der Beitrag des Abgeordneten Schmidt aus der CDU/CSU-Fraktion, der weniger Versäumnisse deutscher Nahostpolitik als die der europäischen Außenpolitik in der Region anspricht „Ich meine, daß Israel und seine arabischen Nachbarn es eigentlich verdient gehabt hätten, daß entscheidende Anstöße

---

<sup>132</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, S. 15122 B.

<sup>133</sup> Bundestagsabgeordneter Hans Modrow (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15125 A.

<sup>134</sup> Modrow (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, S. 15125 A.

<sup>135</sup> Bundestagsabgeordneter Konrad Weiß, (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15126 A.

<sup>136</sup> Im Mai 1993 haben sich die 1980 gegründeten westdeutschen Grünen und der 1991 entstandene Zusammenschluss der DDR-Bürgerbewegung, das Bündnis 90, sich zu zur neuen Partei Bündnis 90/Die Grünen zusammengeschlossen.

<sup>137</sup> Weiß (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, S. 15125 D.

für den Friedensprozess auch aus Europa gekommen wären.“<sup>138</sup> Dies schließt zwar eine Kritik an der PAP im Konfliktmanagement der Bundesregierung ein, lenkt aber den Fokus der Beurteilung auf eine fehlende stabile und funktionierende Struktur innerhalb der EG:

„Ich darf an dieser Stelle auch einmal sagen, daß seit der Venediger Erklärung vielleicht einige Worte zu wenig darüber geäußert worden sind, wie er Prozess im Nahen Osten konstruktiv begleitet werden könnte. Wir gelangen wieder an den Punkt, wo wir feststellen müssen, daß die bisherige Form der außenpolitischen Zusammenarbeit in Europa nicht ausreichend ist.“<sup>139</sup>

Von allen Vertretern der AAP in dieser Bundestagsdebatte arbeitete Schmidt hier noch am deutlichsten den Gegensatz zur alten PAP heraus, da sein Beitrag auch für die Zukunft eine engagiertere europäische Nahostpolitik mit starker deutscher Beteiligung fordert. Das kann auch nicht darüber hinweg täuschen, dass die erkennbare Trennschärfe von AAP und PAP, so wie sie während der Intifada bestand, nicht mehr gegeben ist.

### 3.4 Analyse: Wohlwollende Vernachlässigung?

Die Untersuchung des ersten Auswertungsteils entlang der Ersten Intifada weißt rückblickend keine einheitliche Linie auf. Es fällt auf, dass sich die Positionen der AAP und PAP mitunter über alle Fraktionen im Bundestag hinweg verteilen, während aber im Bulletin ausschließlich AAPs zu finden sind und die Plenarprotokolle beide Positionen aufweisen. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang der Aspekt des Kontexts, also die Verknüpfung von Kommunikator, Rezipient und dem sozialen Umfeld. Während sich die Kommunikatoren und ihre Positionen im Bulletin in unterschiedlichen Kontexten beweisen müssen, bleiben Rezipienten und soziales Umfeld in den Plenarprotokollen für die Kommunikatoren konstant. Der Kommunikationsinhalt rückt dadurch in den Bundestagsdebatten viel stärker in den Vordergrund als es in den Beiträgen des Bulletins der Fall war und gerät damit auch stärker in Kritik der „Gegenseite“. Die Bundesregierung scheint sich in der Außendarstellung in der Pflicht zu fühlen, nur ein international konsensfähiges Bild deutscher Nahostpolitik entlang einer PAP zu präsentieren, das folgerichtig allzu geschäftige Initiativen zu vermeiden versucht und eine handlungsbereite aber abwartende Haltung ausdrücken soll. Das lässt den Schluss zu, dass das Selbstbild deutscher Nahostpolitik, das „nach außen“ kommuniziert wird, die

<sup>138</sup> Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, S. 15127 A.

<sup>139</sup> Schmidt (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23. September 1993, S. 15127 A.

offizielle Linie deutscher Nahostpolitik darstellt, da sie von der Bundesregierung einheitlich so dem Ausland vorgetragen wird. Die PAP verfügt auf diese Weise über eine starke Position innerhalb der außenpolitischen Elite. In der „inneren“ parlamentarischen Debatte hingegen steht der PAP eine AAP gegenüber, wobei Letztere in quantitativer Hinsicht nahezu mit der PAP gleichziehen kann. Die qualitative Auswertung zeigt hingegen, dass die Zuordnung und die Gewichtung der AAP im Laufe des Untersuchungszeitraums einem Wandel unterliegen. Während zu der Zeit des Ost-West-Konflikts die PAP v.a. in den Aussprachen zum Nahen Osten mehrheitlich der Bundesregierung bzw. den Regierungsfractionen und die AAP der Opposition zugerechnet werden kann, erodiert die klare Front der AAP. Es konnte gezeigt werden, dass die Vertreter der AAP sich konsequent auf die PAP zubewegen und umgekehrt. Dieser Prozess, der mit der Madrider Nahostkonferenz deutlich an Kraft gewinnt, erreicht mit dem Zustandekommen des Oslo-I-Abkommens seinen Höhepunkt, als die Positionen kaum mehr voneinander zu trennen waren. Obwohl die AAP mitunter vehement vorgetragen wird und das auch von Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion (siehe die Beiträge von Stercken)<sup>140</sup>, scheint doch die PAP in den Debatten insgesamt ein Übergewicht zu haben. Dies hat mehrere Gründe: Zum einen wird die in der AAP geforderte vermehrte Kritikfähigkeit Deutschlands an Israel selbst von manchen AAP-Vertreter nicht durchgehend mitgetragen. Der SPD-Abgeordnete Gansel weißt trotz seines Appells zu mehr Engagement in der Region darauf hin, dass deutsche Nahostpolitik an einer unbedingten Politik der Ausgewogenheit zwischen Israelis und Palästinensern ausgerichtet sein müsse.<sup>141</sup> Ein Zweites ist, dass eine rein nationale Initiative im Nahostkonflikt von deutscher Seite bis auf den SPD-Abgeordneten Antretter<sup>142</sup> nicht vertreten wurde und dies damit das aktive Element der AAP weiter schwächt. Die Forderung nach einem verstärkten Engagement deutscher Außenpolitik im Rahmen der EPZ wurde davon unabhängig vorangetrieben. Ein weiterer Punkt ist der zu selten explizit vorgetragene Verweis auf Methoden des Konfliktmanagements. In vielen Reden der AAP-Vertreter beschränkt man sich auf die Einrichtung einer Friedenskonferenz oder auch wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für die Region. Fragt man nun also nach der dominierenden Position innerhalb der außenpolitischen Eliten, so muss der PAP der Vortritt eingeräumt werden, da ihr neben der „Au-

<sup>140</sup> Vgl. die ausführlichen AAP-Beiträge des CDU-Abgeordneten Hans Stercken auf S. 43f. sowie S. 54.

<sup>141</sup> Vgl. den Beitrag des SPD-Abgeordneten Gansel auf S. 44, in dem er eine Politik fordert, die weder anti-israelisch noch anti-palästinensisch sei, sondern pro-israelisch *und* pro-palästinensisch sein solle. Vgl. Norbert Gansel (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. März 1988, S. 4671 C.

<sup>142</sup> Vgl. die Forderung des SPD-Abgeordneten Antretters an die Bundesregierung auf S. 50, die Initiative bei einer internationalen Friedenskonferenz zu ergreifen. Robert Antretter (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Oktober 1989, S. 12841 D.

ßendarstellung“ auch in der innerparlamentarischen Debatte der solidere Standpunkt zukommt.

Die so ermittelte PAP lässt sich nun an folgenden Eckpunkten festmachen: Die Forderungen der meisten Eliten gehen dahin, dass sie nationale Initiativen deutscher Nahostpolitik ablehnen und multilateralen Initiativen auf europäischer Ebene offen gegenüber stehen, wenn sie diese auch nicht immer explizit einfordern. Maßnahmen eines Konfliktmanagements oder die Anregung derselben werden aus Rücksicht auf die Regionalmächte USA und Sowjetunion bzw. Russland unterlassen und falls doch, nur in enger Kooperation mit der UNO, den USA und den Konfliktparteien. Entschieden gegen eine verstärkte Kritikfähigkeit Israels spricht sich außerdem eine große Mehrheit der Parlamentarier aus, da dies die Politik der Ausgewogenheit, einer „pro-palästinensischen“ wie „pro-israelischen“ deutschen Nahostpolitik, gefährden werde und darüber hinaus die „besonderen Beziehungen“ zu Israel in Frage stelle.

Welcher „role orientation“ nach Hermann ließe sich also die erarbeitete PAP nun zuordnen? Die für die Zeit zurückhaltende und abwartende Rhetorik der außenpolitischen Eliten schließt die „role orientation“ des „expansionist“, des „independent“ und des „influential“ vorneweg aus, da diese Typen ein Handlungspotential deutscher Außenpolitik voraussetzten, das so nicht realisierbar wäre. Obwohl in fast allen Beiträgen über die Fraktionen hinweg Ansätze eines „mediator-integrator“ erkennbar sind, können sie keinen prägnanten Eindruck im Selbstbild deutscher Nahostpolitik hinterlassen; zu schwach sind die Beiträge im Bundestag, die ein echtes Konfliktmanagement fordern. Gemessen an der Fixierung der Bundesregierung auf internationale Konferenzen erscheint ein „opportunist“-Typus durchaus berechtigt. Dagegen spricht jedoch, dass Mitglieder der Regierungsfractionen mit einer PAP diesen Punkt größtenteils nicht unterstützen, eine „opportunistische“ Orientierung der PAP so nicht tragfähig wäre. Eine breite Basis finden die außenpolitischen Eliten letztendlich in der sechsten und letzten „role orientation“, der „developmental“. Diese zeigt sich in der erkennbaren Vorliebe deutscher Nahostpolitik für eine „cultivation of useful and rewarding relations with other countries“, die sich in der Balance zwischen amerikanischen, israelischen und palästinensisch-arabischen Interessen bemerkbar macht. Um internationale Partner nicht zu verprellen, legt die PAP ihren Schwerpunkt auf Maßnahmen zur Friedenssicherung, die nach einem Ende der Gewalt als Konfliktnachsorge zum Einsatz kommen. Die Position der außenpolitischen Eliten auf dem Feld des Konfliktmanagements könnte damit auch als „wohlwollende Vernachlässigung“ bezeichnet werden. Eine Analyse deutscher

Nahostpolitik während der Zweiten Intifada wird nun zeigen, ob der Rollenkonzeption einer „developmental“ geprägten Elite ein unterschiedlicher Typ gegenüber gestellt werden kann.

## 4 Deutschlands außenpolitische Eliten und die Zweite Intifada

### 4.1 Deutsche Nahostpolitik zwischen der Passiv-Aktiv-Position und Aktiv-Aktiv-Position

Ähnlich dem ersten Auswertungsteil überwiegt auch bei der Untersuchung entlang der Zweiten Intifada die PAP unter den außenpolitischen Eliten in quantitativer Hinsicht. Die Rahmenbedingungen der beiden Untersuchungszeiträume sind jedoch nur schwer miteinander zu vergleichen. Schon früh in der Analyse, genau ein Jahr nach Ausbruch der zweiten Intifada, bilden die Anschläge des 11. September 2001 einen Einschnitt in den Internationalen Beziehungen, der die deutsche und europäische Nahostpolitik mehr als bisher dazu zwingt, im Nahostkonflikt die Kooperation mit den USA zu suchen. Gleichzeitig steigt der Regelungsbedarf im Nahostkonflikt durch die Kriege in Afghanistan und dem Irak, da die Selbstmordanschläge militanter Palästinenserorganisationen von Israel in Verbindung zu den Anschlägen des Terrornetzwerks Al-Qaida gesetzt werden. Der daraus entstehende Teufelskreislauf aus israelischen Militäraktionen und palästinensischen Aufständen und Attentaten verleiht der Zweiten Intifada eine noch größere Intensität als zur Zeit der Unruhen von 1987 bis 1993. Wie sich hier die außenpolitischen Eliten bei der Bewertung der Intifada und ihrer Lösung zwischen PAP und AAP positionieren, soll abschließend in Kapitel 4.2 untersucht werden.

#### 4.1.1 Bulletin der Bundesregierung (2000-2005)

Knapp vier Wochen nach dem Ausbruch der Intifada hält sich Bundeskanzler Schröder in einer Rede in Damaskus äußerst reserviert, was einen möglichen Beitrag Deutschlands oder Europas für ein Abklingen der palästinensischen Unruhen angeht. Im Rahmen eines Abendessens mit dem syrischen Präsidenten belässt er es bei einem Aufruf zur Mäßigung: „Die Spirale der Gewalt muss gestoppt werden. (...) Der Gesprächsfaden und die Gesprächskontakte müssen unter allen Umständen und auch auf allen Ebe-

nen erhalten bleiben.“<sup>143</sup> Auch zwei Monate nach dem 11. September 2001 lässt sich in den PAP-Formulierungen der Bundesregierung eine Kontinuität erkennen. Vor der UN-Generalversammlung ruft Außenminister Fischer zur Einhaltung eines amerikanischen Friedensplans für die Region auf, ohne deutsche oder europäische Initiativen zu nennen:

„Im Sinne der Mitchell-Empfehlungen, des von allen Seiten akzeptierten Fahrplans, rufen wir Israelis und Palästinenser dazu auf, die Gewalt und Konfrontation sofort und dauerhaft zu beenden, die vereinbarten, direkten Gespräche unverzüglich wieder aufzunehmen und die geschlossenen Waffenstillstandsvereinbarungen ernsthaft umzusetzen.“<sup>144</sup>

Rezipienten als auch das soziale Umfeld der Aussage müssen hier berücksichtigt werden, da die Umgebung der Vollversammlung aufgrund der großen internationalen Aufmerksamkeit meist nur zur Äußerung von unbestrittenen Allgemeinplätzen genutzt wird. Anders verhält es sich bei öffentlichen Reden im Inland, wenn auch ohne allzu große Unterschiede. So sieht Bundeskanzler Schröder anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe die Bedeutung der Europäischen Union hinter den USA und den Vereinten Nationen: „Die weltpolitischen Akteure sind in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch die Vereinten Nationen. Der dritte Akteur ist die Europäische Union.“<sup>145</sup> Nur das Zusammenspiel dieser Akteure zusammen mit Russland sichere nach Ansicht Schröders die Beilegung des Nahostkonflikts, weshalb die Bemühungen auf das Funktionieren des Quartetts gelegt werden müssten: „Sie [USA, UNO, EU und Russland] müssen dazu gebracht werden, beisammen zu bleiben, wenn es um die Implementierung einer solchen Lösung geht, die schwierig genug wird.“<sup>146</sup> Vor einen möglichen Beitrag Deutschlands setzt Schröder die „besondere historische Beziehung zwischen Israel und Deutschland“<sup>147</sup>, da die Deutschen wüssten, „dass es auch Folgen hat für das, was man kann oder nicht kann“<sup>148</sup>. Worin das besteht, lässt er offen. Die stark multilaterale Ausrichtung Schröders lässt jedoch die PAP der Bundesregierung erkennen. Dies bedeutet allerdings keine völlige Unterordnung unter die amerikanische Suprematie im Nahen Osten, zumal die Europäische Union parallel einen eigenen „Fahrplan“ neben den USA entwickelte. Bekundungen der deutschen Regierung, die auf ei-

---

<sup>143</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede anlässlich eines Abendessens gegeben vom Präsidenten der Arabischen Republik Syrien am 30. Oktober 2000 in Damaskus, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 72-2 vom 1. November 2000. Da das Bulletin mit dem Jahrgang 1996 nur noch in elektronischer Form verfügbar ist, muss auf Seitenangaben verzichtet werden.

<sup>144</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 12. November 2001 in New York, Nr. 82-1 vom 12. November 2001.

<sup>145</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede anlässlich der Eröffnung der Hannover-Messe am 14. April 2002, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 28-3 vom 14. April 2002.

<sup>146</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung Nr. 28-3 vom 14. April 2002.

<sup>147</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung Nr. 28-3 vom 14. April 2002.

<sup>148</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung Nr. 28-3 vom 14. April 2002.

nen konkreten Beitrag europäischer Nahostpolitik hinweisen, bleiben aber weiter aus. Fischer formuliert diese Position ein Jahr nach dem 11. September folgendermaßen: „Die Europäische Union hat einen Fahrplan zur Erreichung dieses Ziels erarbeitet. (...) Gemeinsam mit unseren EU-Partnern sind wir bereit, hierzu einen maßgeblichen Beitrag zu leisten.“<sup>149</sup> Die deutsche Nahostpolitik zeigt hier deutlich aktivere Züge als zu Beginn der Intifada. Ihre neutrale PAP, die ihr Streben danach ausrichtet, die Mitglieder des Nahost-Quartetts (USA, EU, UNO und Russland) zur Zusammenarbeit zu mahnen, bleibt sie aber im weiteren Verlauf treu. Auf einer Nahostreise im Jahr 2003 vertritt Schröder diese Haltung auch in der Region selber und verbindet sie sogar mit der Forderung, auf die Konfliktparteien Druck auszuüben, falls die Verpflichtungen der „Roadmap“<sup>150</sup> nicht erfüllt würden:

„Wir Deutschen setzen große Hoffnungen auf die ‚Road Map‘. Beide Parteien sind gegenüber dem so genannten Nahost-Quartett ... Verpflichtungen eingegangen. *Wir müssen auf beide Seiten politischen Druck ausüben, damit diese Verpflichtungen auch eingehalten werden, und zwar ohne Abstriche.* Auf diesem Weg sollte man miteinander arbeiten.“<sup>151</sup>

Diese weitgehende Forderung nach einem aktivem Engagement Deutschlands und der EU im Rahmen des Quartetts wiederholt Schröder auf seiner Nahostreise nicht mehr. Es bleibt bei Bekenntnissen auf die Konfliktparteien mäßigend einzuwirken: „Wir [Deutschland und Ägypten] arbeiten gemeinsam dafür, dass Israelis und Palästinenser aus dem Teufelskreis der Gewalt herausfinden, damit zwei Staaten ... in sicheren Grenzen und friedlicher Nachbarschaft leben können.“<sup>152</sup> Die Wahl Mahmut Abbas' zum palästinensischen Ministerpräsidenten und die zeitgleiche Veröffentlichung der Roadmap im Ende April 2003 regt allerdings die amerikanische und mit ihr die deutsche Nahostpolitik zur Ausarbeitung von Lösungsmöglichkeiten an. Ihr Schwerpunkt liegt aber nicht im *Konfliktmanagement*, sondern der wirtschaftlichen Stabilisierung des Nahen Ostens ähnlich einer Generalprävention. In einer Rede in Chicago geht Schröder auf Vorschläge von Außenminister Fischer ein, die dieser auf der Münchner Sicherheitskonferenz äußert:

---

<sup>149</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor der 57. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 14. September 2002 in New York, Nr. 74-1 vom 14. September 2002.

<sup>150</sup> Der Plan basierte auf der Madrider Konferenz, dem Grundsatz „Land für Frieden“, den Resolutionen 242, 338 und 1397 des UN-Sicherheitsrats, weiteren Vereinbarungen, sowie der Initiative des Kronprinzen Abdullah von Saudi-Arabien. Die offizielle Schreibweise lautet „Roadmap“.

<sup>151</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor der Riad Chamber of Commerce and Industry in Riad am 6. Oktober 2003, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 84-2 vom 7. Oktober 2003.

<sup>152</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede zur Eröffnung der Deutschen Universität in Kairo am 5. Oktober 2003, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 84-1 vom 7. Oktober 2003.

„Er hat die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Komponente – etwa durch die Schaffung einer großen Freihandelszone – in dieser Region hingewiesen. Mir liegt daran, dass wir den notwendigen Prozess der Reformen, der Demokratisierung und Stabilisierung in dieser Krisenregion gemeinsam mit den Partnern in der Region selbst auf den Weg bringen.“<sup>153</sup>

Die PAP der Bundesregierung setzt wie in der Zeit der Ersten Intifada auch auf Initiativen der amerikanischen Außenpolitik. Sie wird als Folge nur auf äußere Anreize aktiv. Zusagen Schröders für weitere Schritte bleiben hinter allgemeinen Aussagen zurück: „Wir werden weiterhin verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, um diese Lösung [des Nahostkonflikts] zu erreichen.“<sup>154</sup> Die Aussichten dafür schwinden jedoch in den darauf folgenden Monaten durch eine Abfolge von palästinensischen Selbstmordattentaten und „gezielten Tötungen“<sup>155</sup> der israelischen Armee. In dem Maße wie die Umsetzung der Roadmap ins Stocken gerät, reduzieren sich auch die Möglichkeiten Deutschlands und der EU, auf den Konflikt über das Nahost-Quartett Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund mahnt Schröder, den allgemein akzeptierten Konsens über die Roadmap als Programmgrundlage und das Nahost-Quartett als Akteur wieder zu aktivieren: „Wir müssen zurück zu dem, was die Roadmap vorsieht, und zwar in fairen Debatten im Quartett, also innerhalb dessen, was zwischen Amerika, den Europäern, den Russen und den Vereinten Nationen vereinbart ist.“<sup>156</sup> Dass der Beitrag der EU und mit ihr der Deutschlands in der Runde dabei eher gering ist, zeigen die Ausführungen Schröders im Anschluss: „Hierbei spielen insbesondere auch die Europäer eine Rolle, und ich bin guter Hoffnung, dass wir diese Rolle auch ausfüllen können.“<sup>157</sup> Der erste Satz könnte durchaus als eine Forderung nach einem stärkeren deutschen und europäischen Engagement verstanden werden, in seiner Aussage im zweiten Satz zur Rolle Europas blieb Schröder jedoch beim Status quo, so dass das passive Element der PAP erhalten bleibt. Ihre breit aufgestellte multilaterale Position bekräftigt die Bundesregierung in der Folgezeit: „Wir brauchen wirksame und möglichst breit abgesicherte internationale Konzepte, Regelwerke, aber auch funktionierende Institutionen“<sup>158</sup>, so Schröder in Berlin auf einem Symposium der Hertie School of Governance. Das gehe nur in

<sup>153</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Chicago Council on Foreign Relations in Chicago am 26. Februar 2004, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 17-1 vom 27. Februar 2004.

<sup>154</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 17-1 vom 27. Februar 2004.

<sup>155</sup> Die israelische Regierung unter Ministerpräsident Ariel Scharon rief im Sommer 2003 eine „Politik der gezielten Tötungen“ aus als Reaktion auf die andauernden Selbstmordattentate militanter Palästinensergruppen.

<sup>156</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede zur Eröffnung der Hannover-Messe am 18. April 2004 in Hannover, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35-1 vom 20. April 2004.

<sup>157</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 35-1 vom 20. April 2004.

<sup>158</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede auf dem Ersten Internationalen Symposium der Hertie School of Governance am 22. April 2004 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 36-2 vom 22. April 2004.

internationaler Partnerschaft, an dessen Spitze für die deutsche Nahostpolitik die Vereinten Nationen stehen: „Für uns als Deutsche sind dabei [im Konflikt um Israel und Palästina] starke und handlungsfähige Vereinte Nationen zentral.“<sup>159</sup> Die Betonung der Vereinten Nationen als *die* zentrale internationale Organisation in der Weltpolitik muss hier vor dem Hintergrund amerikanischer Invasionspläne für den Irak gesehen werden. Der drohende Krieg hatte die internationale Aufmerksamkeit einschließlich Deutschlands und der EU auf den Mittleren Osten konzentriert und die Konfliktbearbeitung im Nahen Osten in den Hintergrund gerückt. So moniert Bundespräsident Rau auf einer internationalen Nahost-Konferenz das Fehlen einer aktiven amerikanischen Nahostpolitik innerhalb des Quartetts. Kurz darauf ruft er die europäische Außenpolitik dazu auf, trotz der Zurückhaltung der USA, ein größeres Maß an Engagement aufzubringen:

„Es ist richtig, dass ein Mitglied ... [im Quartett], die erste Geige spielen muss. Das ist aber nicht das Recht auf eigene Melodien. (...) Ich wünschte mir größere Bereitschaft auf amerikanischer Seite zu praktischer Kooperation. Ich wünschte mir aber auch mehr Entschlossenheit auf europäischer Seite, sich nicht mit Alleingängen abzufinden. In Akaba war übrigens kein Europäer dabei ...“<sup>160</sup>

Mit diesem Aufruf stellt Rau das Engagement deutscher und europäischer Nahostpolitik in den Dienst des Quartetts, da nur das Zusammenwirken der vier Mitglieder den maximalen Nutzen entfaltet. Eine eigenständige Rolle für Europa oder Deutschlands sieht er dabei nicht vor: „Wenn das Quartett stets gemeinsam auftritt, dann kann es nicht zu unterschätzenden Einfluss auf den Lauf der Dinge nehmen.“<sup>161</sup> Gemessen an den Merkmalen der AAP erfüllt die Forderung Raus einen Großteil der Kriterien. Sie scheidet allerdings daran, dass sie es bei der Wiederbelebung des Ausgangszustands in der internationalen Konfliktlösung belässt. Von einer passiveren Position aus kommuniziert Außenminister Fischer, der aufgrund des angekündigten Rückzugs Israels aus dem Gaza-Streifen, ein allgemeines Engagement der EU und Deutschlands in Aussicht stellt:

„Wenn die West-Bank eingeschlossen ist [in den ‚Disengagement-Plan‘ von Ministerpräsident Scharon] und auf palästinensischer Seite Ernst gemacht wird mit der Sicherheit und mit einer effizienten Verwaltungsstruktur, dann bietet der Gaza-Rückzug eine große Chance. Deswegen ist die Europäische Union wie die Bundesrepublik hier bereit, sich mit Nachdruck zu engagieren, gemeinsam mit unseren Partnern in der Region.“<sup>162</sup>

<sup>159</sup> Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 36-2 vom 22. April 2004.

<sup>160</sup> Bundespräsident Johannes Rau, Rede zur Eröffnung der internationalen Konferenz „Which Way ahead – Mapping the Road to Peace in the Middle East“ am 9. Juni 2004 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung, Nr.59-2 vom 9. Juni 2004.

<sup>161</sup> Rau, Bulletin der Bundesregierung, Nr.59-2 vom 9. Juni 2004.

<sup>162</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede zur Eröffnung der Botschafterkonferenz in Berlin am 6. September 2004, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 80-2 vom 11. September 2004.

Die Zurückhaltung der deutschen und europäischen Nahostpolitik wird in der Rede Fischers klar an bestimmten äußeren Bedingungen ersichtlich, die eintreten oder in Aussicht stehen müssen, damit Deutschland und die EU gestaltend in den Konflikt eingreifen können. Die Aussagen von Bundeskanzler Schröder reduzieren sich in der Folge auf Appelle an die Konfliktparteien zur Mäßigung: „Aus dem Teufelskreis der Gewalt müssen Israelis und Palästinenser herausfinden. Dabei wissen wir: Der Konflikt kann nicht militärisch, sondern nur politisch gelöst werden.“<sup>163</sup> Auch wenn ein Engagement seitens der EU und Deutschlands für notwendig erachtet wird, kommen doch die Ausführungen Schröders Ende 2004 nicht über allgemeine Bekundungen hinaus. Deutschland dürfe in seinen Bemühungen um eine Lösung des Nahostkonflikts nicht nachlassen, lautet die Formel auf einem Algerienbesuch Schröders.<sup>164</sup> Insbesondere Europa sei in diesem Zusammenhang dazu aufgerufen, dabei eine wichtige Rolle zu spielen.<sup>165</sup> In Anbetracht der instabilen Lage im Nahen Osten durch den Tod Arafats und das darauf entstandene Machtvakuum liegt das Primat des Handelns im Herbst 2004 ohnehin bei den Konfliktparteien Israel und der palästinensischen Regierung. Die Rhetorik als auch die Handlungsmöglichkeiten der deutschen Nahostpolitik zeigen erst mit der Wahl Mahmut Abbas zum palästinensischen Ministerpräsidenten wieder aktivere Elemente. Auf einer internationalen Nahostkonferenz im März 2005 schlägt Außenminister Fischer umfassende wirtschaftliche Aufbauhilfe für die palästinensische Infrastruktur vor und sichert die aktive Mithilfe Deutschlands dabei zu:

„Wir [das Nahost-Quartett] sollten darüber nachdenken, eine Person zu benennen, die die Reformen im ökonomischen und gesellschaftlichen Bereich [der palästinensischen Gebiete] für das Quartett koordiniert. Die Europäische Union könnte hier mit ihrer langjährigen Erfahrungen einen zentralen Beitrag leisten (...) Bei der Bewältigung dieser Herausforderung wird die internationale Gemeinschaft und mein Land Sie [die palästinensische Regierung] auch weiterhin nach Kräften unterstützen.“<sup>166</sup>

Diese Belebung der deutschen und europäischen Nahostpolitik war allerdings, wie in den Monaten zuvor, veränderten politischen Verhältnissen zu zuschreiben, so dass die Haltung der Bundesregierung letztendlich nie über das aktive Niveau einer PAP hinauskommt. Inwieweit die Debatte innerhalb der außenpolitischen Eliten dieser Entwicklung folgt, muss die Auswertung der Plenarprotokolle für die Zeit zeigen.

---

<sup>163</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede zur Eröffnung der 56. Frankfurter Buchmesse in Frankfurt/Main am 5. Oktober 2004, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 88-3 vom 5. Oktober 2004.

<sup>164</sup> Vgl. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede auf dem deutsch-algerischen Wirtschaftsforum in Algier am 16. Oktober, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 91-2 vom 16. Oktober 2004.

<sup>165</sup> Vgl. Schröder (SPD), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 91-2 vom 16. Oktober 2004.

<sup>166</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede auf der Nahost-Konferenz in London am 1. März 2005, Bulletin der Bundesregierung, Nr.16-1 vom 1. Februar 2005.

#### 4.1.2 Plenarprotokolle des Bundestags (2000-2005)

##### 4.1.2.1 Vor dem 11. September 2001

Vier Wochen nach dem Ausbruch der Unruhen in den Palästinensergebieten kommt der Bundestag zusammen, um über die Lage im Nahen Osten zu diskutieren. Im Vergleich zu Nahost-Debatten während der Ersten Intifada wird erstaunlich deutlich die Siedlungspolitik Israels als ein Hinderungsgrund für Erfolg versprechendes Konfliktmanagement diskutiert. Der CDU-Abgeordnete Karl Lamers nennt zwar neben der Israel-Kritik stets auch die Verfehlungen der palästinensischen Seite, er verteidigt aber dennoch deutlich die europäische Kritik auf dem EU-Gipfel in Berlin: „Es ist daher richtig, dass der EU-Gipfel in Berlin die Siedlungspolitik Israels ausdrücklich kritisiert hat (...) Wir können nicht übersehen, dass diese Siedlungspolitik von den Palästinensern als permanente Aggression empfunden wird.“<sup>167</sup> Wie schwierig trotz allem die Formulierung direkter und ehrlicher Kritik an Israel ist, zeigt der Versuch das Gesagte zu relativieren: „Es muss hinterfragt werden, ob das israelische Vorgehen wirklich immer angemessen ist. Die Israelis müssen das selber tun. Ich sage das mit großer Vorsicht. Aber ich meine dies deutlicher, als ich es hier sage; um dies einmal hinzuzufügen.“<sup>168</sup> Seiner Kritik an Israel lässt Lamers einen Appell an die europäische Nahostpolitik folgen, die amerikanische Position in der Region zu stärken und darüber hinaus ein selbstständiges Engagement zu zeigen: „Wir müssen ein Interesse daran haben, dass die amerikanische Position gegenüber den Konfliktparteien stark ist. (...) Deswegen sollte die Europäische Union Vermittlungsbemühungen unterstützen, die die Amerikaner unternehmen, und sich selber engagieren.“<sup>169</sup> Das hier eingeforderte Engagement der EU und Deutschlands solle sich nach Lamers allerdings ausschließlich auf die aktive Unterstützung der amerikanischen Bemühungen richten und keine eigenen Strategien entwickeln:

„Ich will nicht sagen, dass sie [die EU] eigene, zusätzliche und unkoordinierte – dies vor allen Dingen schon gar nicht – Vermittlungsbemühungen unternehmen sollte. Herr Außenminister, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass wir, Deutschland, das auf gar keinen Fall allein tun sollten.“<sup>170</sup>

Ihr anfangs klarer AAP-Charakter wird der Aussage Lamers damit genommen, auch wenn im Folgenden die Bedeutung eines europäischen Engagements nochmals hervorgehoben wird: „Wir können diesen Prozess aber nicht unterstützen, wenn wir ihn nicht

---

<sup>167</sup> Bundestagsabgeordneter Karl Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12094 A.

<sup>168</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12094 D.

<sup>169</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12094f.

<sup>170</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12095 A.

mitgestalten. Europa hat in dieser Region ganz vitale politische Interessen.“<sup>171</sup> Auch das Engagement der deutschen Nahostpolitik wird von Lamers nicht so aktiv gesehen wie es die Kriterien einer AAP voraussetzen würden:

„Der Bundesregierung kommt innerhalb des europäischen Engagements eine besondere Verantwortung zu. Bilateral, im Verbund mit den EU-Partnern und in Absprache mit den USA, sollte das Gespräch nicht nur mit Israel, sondern auch mit der arabischen Welt intensiver geführt werden, um einer Entfremdung zwischen ihr und dem Westen vorzubeugen, um den Dialog zwischen Palästinensern und Israelis sowie die für eine Friedenslösung notwendige Kompromissbereitschaft und Vertrauensbasis zu fördern.“<sup>172</sup>

Einerseits unterstützt die Aussage zwar einen aktiveren Kurs deutscher Nahostpolitik, sie setzt der Forderung nach mehr Engagement allerdings klare Grenzen, die innerhalb des üblichen Handlungsrahmens liegen. Direkter geht der grüne Abgeordnete Sterzing in seiner Rede auf diese Thematik ein, indem er unvermittelt nach einer Rolle für die deutsche und europäische Diplomatie in der Region fragt: „Darüber hinaus müssen wir uns fragen, welche Rolle wir spielen können. Es muss ein Weg zwischen der Hybris einer deutschen Vermittlerrolle in der Region und einer bloßen Statistenrolle der EU geben. Ich glaube, es gibt einen solchen Weg.“<sup>173</sup> Die Berliner Erklärung der EU aus dem Jahr 1999 habe, so Sterzing, eben diesen Weg gewiesen. In einem zweiten Schritt fordert nun der grüne Abgeordnete ein stärkeres Engagement Deutschlands in der europäischen Nahostpolitik, das einem aktiven wenn auch behutsamen Konfliktmanagement sehr nahe kommt:

„Wir sollen und können diesen Prozess [der Berliner Erklärung] nicht nur ökonomisch unterstützen, sondern können auch diplomatisch-politisch im Hintergrund tätig werden, um die Sprachlosigkeit der Konfliktparteien zu überwinden, um Wege aufzuzeigen, wie man – sicherlich langsam – von der Konfrontation zu einer konstruktiven Atmosphäre zurückkehren kann.“<sup>174</sup>

Obwohl Sterzing als Mitglied einer Regierungsfraktion die anstehende Nahost-Reise des Bundeskanzlers schon als einen Schritt in die richtige Richtung sieht, gehen doch seine Ausführungen über den Status quo deutscher Nahostpolitik hinaus. Sie erfüllen damit durchaus die Kriterien der AAP. Konkreter äußert sich die F.D.P.-Fraktion in ihrer Forderung nach einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO). Dabei ist sich jedoch Klaus Kinkel in seiner Rede wohl bewusst, dass die Spielräume deutscher und auch europäischer Nahostpolitik im Konfliktmanagement

<sup>171</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12095 A.

<sup>172</sup> Lamers (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12095 B.

<sup>173</sup> Bundestagsabgeordneter Christian Sterzing (Bündnis90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12096 A.

<sup>174</sup> Sterzing (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12096 A.

mäßig sind: „Die Einwirkungsmöglichkeiten von außen – wir alle wissen das – sind sehr begrenzt. Allein mit bilateralen Vermittlungsversuchen kommen wir offensichtlich nicht, jedenfalls nicht dauerhaft, weiter.“<sup>175</sup> Dennoch sei es an der Zeit, „zumindest den Versuch zu machen, mit einer Initiative für die Errichtung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten ein neues Kapitel aufzuschlagen“<sup>176</sup>. Dass dieses Unterfangen gerade von der europäischen Außenpolitik voran getragen werden soll, stehe dabei aufgrund ihrer Einflussmöglichkeiten in der Region außer Zweifel: „Die Initiative für die Einrichtung einer solchen Konferenz müsste von der Europäischen Union ausgehen. Sie hat gute Kontakte zu allen Beteiligten; sie will und sollte sich stärker und aktiver einbringen.“<sup>177</sup> Innerhalb der europäischen Außenpolitik solle Deutschland den Prozess so in Gang setzen, indem es zusammen mit Frankreich eine Vorreiterrolle übernimmt: „Hier können wir Europäer der Welt zeigen, dass wir es mit unserer gemeinsamen außenpolitischen Verantwortung ernst meinen. Die Bundesregierung sollte in Abstimmung mit der französischen Präsidentschaft den Anstoß geben.“<sup>178</sup> Stärker noch als in der Rede Sterzings ist in den Ausführungen Kinkels die aktive Beteiligung eines verstärkten deutschen Engagements im Rahmen der EU erkennbar. Dem AAP-Charakter der Aussage tut es dabei keinen Abbruch, wenn Kinkel gegen Ende einen nationalen Vorstoß verwirft:

„Es ist für uns Deutsche schwierig, einen Beitrag zu leisten. Auf bilateraler Ebene und im europäischen Rahmen ist es einfacher, einen der KSZE entsprechenden Beitrag zu leisten. Es wäre der richtige Ansatz, wenn eine entsprechende Initiative von uns ausgehen würde.“<sup>179</sup>

Obwohl dieser Antrag der F.D.P.-Fraktion Kritik, wenn nicht sogar Ablehnung, seitens Israel erfahren würde, hält sie dennoch an ihrer AAP fest: „Diese Forderung [nach einem europäischen Engagement] wird von arabischer Seite deutlich erhoben; die Israelis haben – das wissen wir – eine andere Auffassung.“<sup>180</sup> Deutlich nebeneinander stellt der PDS-Abgeordnete Gehrke seine Verurteilung der israelischen Besatzungspolitik sowie die Forderung nach einer eigenständigen Position Europas im Nahostkonflikt. Seine Kritik an Israel formuliert er von allen Rednern am deutlichsten: „Ich kritisiere die Politik Israels, weil ich glaube, dass sie keinen Frieden schafft. Im Gegenteil sie gebiert

---

<sup>175</sup> Bundestagsabgeordneter Klaus Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12096 C.

<sup>176</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12096 C.

<sup>177</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12097 A.

<sup>178</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12097 B.

<sup>179</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12097 B.

<sup>180</sup> Kinkel (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12097 A.

leider neue Gewalt und, wie ich befürchte, auch neue Kriege.“<sup>181</sup> Als direkte Folge müsse nun auf Israel eingewirkt werden, die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats zu befolgen, wobei auf einen Appell an die Bundesregierung verzichtet wird:

„Um der eigenen Sicherheit Israels und des Rechts der Palästinenser willen muss man fordern, dass die Resolutionen der Vereinten Nationen nicht nur anerkannt, sondern befolgt werden. Weder Israel noch ein anderer Staat hat das Recht, mit Beschlüssen der UNO nach Gutdünken umzugehen.“<sup>182</sup>

Angesichts dieser Lage in der Region sei Europa als Vermittler im Konflikt gefragt, auch weil die europäischen Bemühungen um eine Beilegung im Nahen Osten eine hohe Akzeptanz fänden.<sup>183</sup> Damit ist die Aufgabe für die deutsche und europäische Nahostpolitik aus der Sicht Gehrkes offensichtlich: „Europa und damit Deutschland darf sich um diese Herausforderung nicht herumdrücken oder herumreden. Europa kann dazu beitragen, dass der Friedensprozess im Nahen Osten wieder aufgenommen wird.“ Und dies will Gehrke nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten der Entwicklungshilfe verstanden wissen, sondern auch als eine eigene europäische und deutsche Haltung im Konfliktmanagement: „Jetzt aber ist vor allem politische Einmischung mit erkennbaren eigenen Positionen und deutlichen Forderungen nötig.“<sup>184</sup> Im Gegensatz zur AAP Sterzings und Kinkels vertritt Gehrke seine aktiv-aktive Position konsequent in allen Punkten. Als Mitglied der kleinsten Oppositionspartei ist seine Aussage jedoch selbst innerhalb der AAP in ihrer Nachdrücklichkeit nicht mehrheitsfähig. Vertreter der Regierungsfraktion wie der SPD-Abgeordnete Moosbauer halten hingegen den KSZE-Prozess für wenig sinnvoll und verweisen stattdessen auf die etablierte Europäisch-Mediterrane Partnerschaft:

„Ich weiß nicht, Herr Kollege Kinkel, ob ein KSZE-Prozess oder ein vergleichbarer Prozess im Nahen Osten möglich sein wird; denn wir haben andere Voraussetzungen. (...) Wir haben mit dem euro-mediterranen Dialog eine KSZE-Prozess vergleichbare Struktur. Wenn wir hier unsere Anstrengungen verstärken, könnte das zielführend sein.“<sup>185</sup>

Statt eines Konfliktmanagements von deutscher und europäischer Seite sieht die PAP Moosbauers vor, sich bei den Konfliktursachen wie der Wasserfrage zu engagieren und damit im Hintergrund tätig zu werden: „Wenn wir dazu beitragen können, Konfliktursachen zu entschärfen und damit eine Lösung für beide Seiten akzeptabel oder akzeptabler

---

<sup>181</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12098 A.

<sup>182</sup> Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12098 B.

<sup>183</sup> Vgl. Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12098 B.

<sup>184</sup> Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12098 B.

<sup>185</sup> Bundestagsabgeordneter Christoph Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12099 B.

zu machen, dann sollten wir das zun. Ich denke hier vor allem an den Bereich Wasser.“<sup>186</sup> Dabei gäbe es neben technischen auch politische Lösungen, die die deutsche Nahostpolitik dann unterstützen könnte. Welche dies sein würden, ließ Moosbauer offen. Dass sich deutsche Nahostpolitik auch aktiv auf politischer Ebene an Vermittlungsbemühungen beteilige, zeige die Nahost-Reise des Bundeskanzlers trotz einer angespannten Lage: „Die deutsche Bundesregierung zeigt damit vor allem, dass sie eine konstruktive Kraft in der Nahost-Politik sein will und auch sein wird.“<sup>187</sup> Die Position Moosbauers geht somit kaum über bereits Vorhandenes voraus. Ungewöhnlich deutlich für einen Vertreter der CDU/CSU-Fraktion lehnt hingegen der Abgeordnete Schmidt eine Vermittlerrolle Europas ab und das obwohl der israelische Ministerpräsident Barak diese Möglichkeit in Betracht zog: „Was allerdings das Ansinnen von Herrn Barak betrifft ... dass nämlich Europa Vermittler spielen solle, so ist das ein Schuh, den wir uns nicht anziehen sollten. Wir eignen uns nicht als Vermittler auf der Ebene der Friedensstiftung.“<sup>188</sup> In der Frage, wie eine mögliche Rolle europäischer Generalprävention aussehen könnte, schlägt Schmidt ähnlich wie Moosbauer die Einbindung der Konfliktparteien in eine überregionalen Strukturen vor:

„Wir eignen uns allerdings – auch aufgrund unserer eigenen Interessenlage – sehr gut zu dem Versuch einer Integration dieser Region in einer Zone, die sich durch wirtschaftliche Stabilität und Prosperität entwickelt und in der durchaus eine politische und möglicherweise irgendwann eine Beteiligung im Bereich der Friedenserhaltung notwendig ist. Aber wir sollten nicht versuchen, im Sinne der Streitschlichtung als Vermittler aufzutreten.“<sup>189</sup>

So nahe Schmidt mit seinen Vorschlägen und Forderungen an die Aussagen Moosbauers anschließt, so sehr geht er auch in der Intensität über die PAP Moosbauers hinaus und steht dadurch im starken Kontrast zu den übrigen Vertretern der Oppositionsfraktionen. Außenminister Fischer zeigt als letzter Redner die Position der Bundesregierung auf, die sich an den eigenen politischen Möglichkeiten messen lassen müsse:

„Insofern wird die Bundesregierung alles tun, um dazu [zur Gewaltdeeskalation] beizutragen – mehr als beitragen können wir nicht; allerdings können wir *im Rahmen unserer Möglichkeiten* dazu beitragen –, *eingebunden in die europäischen Strukturen, in die transatlantischen Strukturen, auch in die Anstrengungen der Vereinten Nationen*, dass beide Seiten die Gewalt reduzieren ...“<sup>190</sup>

---

<sup>186</sup> Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12099 C.

<sup>187</sup> Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12099 D.

<sup>188</sup> Bundestagsabgeordneter Christian Schmidt (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12100 C.

<sup>189</sup> Schmidt (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12100 C.

<sup>190</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, S. 12101 B.

Die Wortwahl Fischers gleicht in ihren Grundzügen den Ausführungen der Regierung Kohl während der Ersten Intifada, als sie ihre Bereitschaft zum Engagement zwar bekundet, jedoch stets auf die begrenzten Möglichkeiten hinweist und eine nationale Rolle Deutschlands ablehnt: „Wir wollen und können keine eigenständige Rolle spielen. (...) Auf der anderen Seite können wir aber entscheidend zu einer positiven Entwicklung beitragen.“<sup>191</sup> Der aktive Teil dieser PAP reicht jedoch nicht aus, um den von der F.D.P.-Fraktion eingebrachten Vorschlag einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten zu unterstützen, da Fischer die regionalen Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sieht. Das einzige Instrument der Kooperation für deutsche und europäische Nahostpolitik ist seiner Ansicht nach die Europäisch-Mediterrane Partnerschaft: „Der einzig bestehende kooperative Regionalprozess ... wurde durch die euro-mediterrane Konferenz eingeleitet, die von der EU mit den wichtigsten Anrainerstaaten gerade und auch unter Einschluss des arabischen Raumes in Barcelona organisiert wurde.“<sup>192</sup> Die PAP Fischers wird ebenfalls dadurch bestärkt, dass er sich strikt gegen jede Art von Druck auf Israel verwahrt: „Ich betone nochmals: Ich sehe überhaupt keinen Sinn darin, in Israel ein Gefühl der Isolation zu produzieren. Diesen Grundsatz müssen wir bei allem, was wir tun, bedenken.“<sup>193</sup> Damit bezieht der Außenminister und mit ihm die Bundesregierung sowohl in der Frage des deutschen und europäischen Engagements im Nahostkonflikt als auch bei der Kritikfähigkeit Israels eine deutliche PAP.

Ein ähnliches Bild bietet sich in einer zweiten Nahost-Debatte Ende des Jahres 2000. Der PDS-Abgeordnete Gehrke wiederholt seinen Appell an die Bundesregierung ihren Einfluss in der EU und in der Region geltend zu machen: „Wer Frieden will, muss für Frieden Einfluss nehmen. Das fordere ich vom Deutschen Bundestag, von der Bundesregierung und von der Europäischen Union.“<sup>194</sup> Im besonderen Maße will Gehrke seinen Aufruf an ein stärkeres deutsches Engagement innerhalb der europäischen Nahostpolitik gerichtet sehen: „Viele europäische Staaten sind bereit, deutlicher Position zu beziehen, die Bundesrepublik aber blockiert eine noch aktivere Nahostpolitik der Europäischen Union.“<sup>195</sup> Eine aktivere deutsche Nahostpolitik ist für Gehrke eng mit einer offenen Kritik gegenüber der israelischen Siedlungsbau und Besatzungspolitik verbun-

---

<sup>191</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12102 A.

<sup>192</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12102 A.

<sup>193</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. Oktober 2000, S. 12102 B.

<sup>194</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 141. Sitzung, S. 13847 B.

<sup>195</sup> Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13848 A.

den, die nicht hinter einer falsch verstandenen historischen Verantwortung für Israel zurückstehen dürfe:

„Aus meiner Sicht leisten wir Israel einen schlechten Dienst, wenn wir der Regierung und den Menschen in dieser gefährlichen Situation das verweigern, was wir ihnen gerade geben müssen: Solidarität durch Wahrhaftigkeit. Aus deutscher Schuld darf keine Sprachlosigkeit entstehen. Bescheidenheit ja, aber keine Sprachlosigkeit! Wir müssen vielmehr Mitverantwortung übernehmen.“<sup>196</sup>

Auch die Frage, was das für die deutsche Nahostpolitik konkret bedeutet, bleibt Gehrke als Vertreter einer AAP nicht schuldig: „Die deutsche Politik muss die Courage aufbringen, in diese Richtung Druck auf Israel auszuüben.“<sup>197</sup> In dieser direkten und deutlichen Israelkritik haben Gehrke und die PDS allerdings keine Unterstützung aus dem Plenum des Bundestages. Der F.D.P.-Abgeordnete Irmer schloss sich zwar der Forderung nach einem stärkeren Engagement Deutschlands an, verteidigte jedoch den Vorschlag seiner Fraktion, eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZNO) ins Leben zu rufen:

„Ich fordere die Bundesregierung auf, auf dem europäischen Gipfel in Nizza die Gelegenheit zu nutzen, den Europäern vorzuschlagen, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten einzuberufen (...) Einer solchen Verantwortung müssen wir uns stellen und der können wir uns am besten dadurch stellen, dass wir aktiv zu einer Friedenslösung beitragen.“<sup>198</sup>

Die Kritik Fischers an den Plänen der F.D.P. seien, so Irmer, bürokratische Einwände und ließen jede Vision vermissen. Dies zeigt doch, dass die AAP von PDS und F.D.P. im Kontrast steht zur Position der Bundesregierung und auch der CDU/CSU. So lehnt der CDU/CSU-Abgeordnete Hörster die Position der PDS als „absolut untauglich“ ab, „denn dieser Antrag ist so einseitig, dass es sich Israel von vorneherein verbeten würde uns als Vermittler zu akzeptieren“<sup>199</sup>. Auch den F.D.P.-Antrag einer KSZNO lehne er „bei aller Sympathie“ ab, da es keinen realistischen Anknüpfungspunkt für eine derartige Konferenz gebe.<sup>200</sup> Entsprechend der PAP schließt sich Hörster der Position der Bundesregierung an, da dies auch der Kontinuität deutscher Nahostpolitik entspreche:

„Ich finde, dass die Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Europäischen Union bisher eine kluge und gute Rolle im Nahostkonflikt gespielt hat. Das sage ich ausdrücklich als

<sup>196</sup> Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13847 D.

<sup>197</sup> Gehrke (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13847 D.

<sup>198</sup> Bundestagsabgeordneter Ulrich Irmer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 141. Sitzung, S. 13848f.

<sup>199</sup> Bundestagsabgeordneter Joachim Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 141. Sitzung, S. 13849 B.

<sup>200</sup> Vgl. Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13849 D.

Oppositionspolitiker, zumal es im Vergleich zur Nahostpolitik früherer Bundesregierungen, wenn man genau hinschaut, keinen Bruch gibt.<sup>201</sup>

Eine Dichotomie, die den Regierungsfractionen eine PAP zuweist, während die Oppositionsfractionen geschlossen eine AAP vertreten, lässt sich damit auch für den zweiten Auswertungsteil nicht feststellen. Hierzu pflichtet Hörster zu sehr den Ausführungen der Bundesregierung bei, die sich auf die bereits vorhandenen außenpolitischen Instrumente beruft und den USA eine uneingeschränkte Verhandlungsvormacht einräumt:

„In der gegenwärtigen Situation bleibt uns in der Europäischen Union daher nichts anderes übrig, als *mit den vorhandenen diplomatischen Möglichkeiten durch Unterstützung der Vereinigten Staaten* und durch bilaterale, möglichst nicht auf offenem Markt ausgetragene Gespräche auf die Parteien einzuwirken, zunächst einmal den Ausbruch der Gewalt zurückzudrängen und wieder zu einigermaßen normalen Verhältnissen zu kommen.“<sup>202</sup>

Die Zurückhaltung in der deutschen Nahostpolitik erklärt Hörster auch mit dem Fehlen eines übergeordneten Leitmotivs: „Das Kernproblem für uns Deutsche ist, eine Leitlinie zu finden, mit deren Hilfe wir im Nahostkonflikt überhaupt vermittelnd tätig werden können.“<sup>203</sup> Das mag die Aussage von Staatsminister Volmer erklären, dass ein Vertrauensverlust zwischen den Konfliktparteien eine europäische Vermittlung verhindere: „Das größte Problem ist zurzeit das mangelnde Vertrauen; denn ohne den Willen beider Seiten des Konflikts können weder amerikanische noch russische noch europäische Vermittler einen wesentlichen Fortschritt erreichen.“<sup>204</sup> Eine für die PAP der Bundesregierung ungewöhnliche Israel-Kritik ist der direkte Appell an die israelische Regierung, ihr Siedlungsprogramm einzustellen: „Die Bundesregierung fordert die israelische Regierung auf: Stoppen Sie den Siedlungsbau! Überdenken Sie die Siedlungspolitik insgesamt!“<sup>205</sup> Die von der Opposition scheinbar übernommene Aussage schwächt zwar die PAP der Bundesregierung, ihren passiven Charakter behält sie allerdings.

#### 4.1.2.2 Die Nachwehen des 11. Septembers

Die Terroranschläge des 11. Septembers 2001 übersteht die PAP relativ unbeschadet. Bundeskanzler Schröder verleiht zwar seinen Worten Nachdruck, indem er im Rahmen der internationalen Terrorbekämpfung eine Lösung im Nahostkonflikt fordert. Bei kon-

<sup>201</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13849 C.

<sup>202</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13850 B.

<sup>203</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13849 B.

<sup>204</sup> Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Volmer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 141. Sitzung, S. 13850 D.

<sup>205</sup> Ludger Volmer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13851 B.

kreten Initiativen verweist er im Nachhinein aber auf die Vermittlungsbemühungen von Außenminister Fischer:

„Vor allem müssen wir jetzt mit vereinten Anstrengungen alles daransetzen, den Durchbruch zum Frieden im Nahen Osten zu erreichen (...) Sein beherztes Engagement [von Außenminister Fischer] ist der beste Beweis für unsere Bereitschaft, den Konfliktparteien auf ihrem Weg zum Frieden aktiv beizustehen.“<sup>206</sup>

Die Vermittlungstätigkeit des Außenministers sieht die F.D.P.-Fraktion dagegen als unzureichenden Beitrag der Konfliktlösung an angesichts der veränderten geopolitischen Sicherheitslage: „Jeder ungelöste regionale Konflikt trägt den Keim in sich auch bei uns Unglück zu säen.“<sup>207</sup> Daraus leitet der Fraktionsvorsitzende Westerwelle eine klare Handlungsanweisung für die deutsche Nahostpolitik ab, die nur in einer aktiveren Rolle bei der Konfliktlösung bestehen kann: „Deswegen müssen wir auch und gerade jetzt in diesen Zeiten eine globale politische Verantwortung wahrnehmen, wenn es um die Konfliktlösung im Nahen Osten geht.“<sup>208</sup> Der bereits vor einem Jahr diskutierte Vorschlag einer KSZNO bleibt aus der Sicht der F.D.P. eine gangbare Möglichkeit, im Sinne eines Konfliktmanagements über die europäische Nahostpolitik tätig zu werden. Ihrer Linie der AAP folgend fordern sie die Bundesregierung auf, eine Initiative auf europäischer Ebene anzustoßen: „Wir erneuern hier unseren Vorschlag [einer KSZNO] und appellieren an Sie als Bundeskanzler und an den Außenminister, diesen Vorschlag in der Europäischen Union einzubringen.“<sup>209</sup> Angesichts der bis zu diesem Zeitpunkt erfolgreichen Vermittlungsmission von Außenminister Fischer stehen die politischen Schlichtungsbemühungen Fischers bei den Regierungsfractionen im Vordergrund ihrer Reden: „Ich freue mich, dass es ihm [Außenminister Fischer], gemeinsam mit den Europäischen Partnern gerade jetzt gelungen ist, einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu vereinbaren.“<sup>210</sup> Im Gegensatz zu anderen Nahostreisen ist Fischers „Pendeldiplomatie“ in der Tat als geglücktes Konfliktmanagement zu sehen. Dem kurzfristigen Vermittlungserfolg waren aber keine Forderungen hin zu verstärkten Schlichtungsofferten vorausgegangen, so dass die PAP der Bundesregierung davon unberührt bleibt. Das zeigen die Aussichten der grünen Bundestagsabgeordneten Kerstin Müller, die als nächsten Schritt eine Ausrichtung der Konfliktparteien am amerikanischen Mit-

<sup>206</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 187. Sitzung, S. 18302f..

<sup>207</sup> Bundestagsabgeordneter Guido Westerwelle (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 187. Sitzung, S. 18310 D.

<sup>208</sup> Westerwelle (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, S. 18311 A.

<sup>209</sup> Westerwelle (F.D.P.), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, S. 18311 A.

<sup>210</sup> Bundestagsabgeordnete Kerstin Müller (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 187. Sitzung, S. 18313 D.

chellplan fordert: „Beide Seiten müssen jetzt zügig und ohne Wenn und Aber auf der Grundlage des international anerkannten Mitchellplans den Weg zurück, zu friedlichen Verhandlungen führen.“<sup>211</sup> Es sei, so Staatsminister Volmer, auch das Bestreben der Bundesregierung, Israelis und Palästinenser auf der Grundlage eben dieses Mitchellplans zu weiteren Gesprächen bewegen.<sup>212</sup> Dies sei umso wichtiger, betont Fischer drei Wochen später, als die Lösung des Nahostkonflikts von ganz entscheidender Bedeutung für den Kampf gegen den Terrorismus sein werde.<sup>213</sup> Dennoch relativiert Bundeskanzler Schröder in der darauf folgenden Debatte die Einflussmöglichkeiten deutscher Außenpolitik. „Wir würden“, so Schröder, „die Möglichkeiten Deutschlands ... falsch einschätzen, weil wir sie überschätzten, wenn wir glaubten, dass dieser Konflikt allein durch unsere oder durch gemeinsame europäische Anstrengungen zu lösen wäre.“<sup>214</sup> Vielmehr sei es nämlich an den USA als Führungsnation in der Antiterrorcoalition die Initiative zu ergreifen, so dass sich Deutschland im Rahmen des Nahost-Quartetts beteiligen könne: „Wir müssen im Nahostprozess vorankommen. Wir setzen darauf, dass unsere amerikanischen Partner im Rahmen dieser Antiterrorcoalition erneut die Führung übernehmen und zwar auf der Grundlage gemeinsamer Positionen.“<sup>215</sup> Nach der kurzweiligen aktiven Pendeldiplomatie Fischers scheint dies nun die differenzierte PAP der Bundesregierung zu sein. Die Annahme bestätigt sich in einer Rede Schröders, in der er zwar die Bereitschaft zur Deeskalation in der Region bekräftigt, das Grundgerüst deutscher Nahostpolitik aber in der engen Partnerschaft des Nahost-Quartetts verortet:

„Der Gewalt der Kontrahenten werden wir mit noch intensiveren Bemühungen begegnen, um zu einem Ende der Gewalt und der Rückkehr zu einem Prozess des gerechten Verhandlungsfriedens beizutragen. Wir, die Deutschen, tun dies im Rahmen der Europäischen Union. Wir tun dies gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch gemeinsam mit anderen internationalen Verhandlungspartnern.“<sup>216</sup>

Als der saudische Kronprinz Abdullah im Februar 2002 versucht durch einen neuen Friedensplan den zunehmend gewaltsamen Konflikt zu beenden, schließt sich die Bun-

---

<sup>211</sup> Müller (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, S. 18314 A.

<sup>212</sup> Staatsminister im Auswärtigen Amt Ludger Volmer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 187. Sitzung, S. 18322 A.

<sup>213</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. Oktober 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 192. Sitzung, S. 18694 D.

<sup>214</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 198. Sitzung, S. 19286 B.

<sup>215</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. November 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 198. Sitzung, S. 19295 D.

<sup>216</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 12. Dezember 2001, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 207. Sitzung, S. 20439 B.

desregierung diesem Vorhaben an. Schröder bekräftigt daraufhin im Bundestag nochmals die enge Einbindung deutscher Nahostpolitik in das Nahost-Quartett:

„Gleichwohl müssen auch wir die Chance, die sich ergeben hat, ergreifen. Diese Chance besteht darin, dass die Vereinigten Staaten, die Vereinten Nationen und die Europäische Union miteinander und auf der Basis der genannten Konzepte dafür sorgen, dass es zu einer friedlichen Entwicklung im Nahen Osten kommt.“<sup>217</sup>

In diesem Zusammenhang glaubt Schröder sich auf einen Konsens unter den Parlamentariern stützen zu können. Er geht davon aus, dass Deutschland und die EU einen Beitrag zur Schlichtung im Nahostkonflikt beisteuern können, jedoch keine Vorreiterfunktion dabei übernehmen sollten:

„Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen in diesem Haus eine Interesse daran haben, ... dass wir – ungeachtet der Auseinandersetzungen über Details – zu der Auffassung kommen werden, dass Europas und auch Deutschlands Rolle in diesem Prozess zwar wichtig und hilfreich sein kann, bei der Lösung des Konflikts aber nicht dominieren wird.“<sup>218</sup>

Die Haltung der Bundesregierung in der Nahostfrage richtet sich damit verstärkt an den multilateralen Strukturen aus und setzt auf die Aktivität externer, außereuropäischer Akteure. Sie orientiert sich auf diese Weise eng an einer PAP, die Schröder stellvertretend für die Bundesregierung an den außenpolitischen Eliten als offizielle Linie in der Nahostpolitik kommuniziert. Die CDU/CSU-Fraktion schließt sich dem Standpunkt der Regierung in ihrer Gesamtheit an, fügt aber ihre Erwartung an eine aktive Politik Deutschlands und der EU in der Region hinzu: „Wir alle sind über die Lage im Nahen und Mittleren Osten besorgt und wünschen, dass die Europäische Union in dieser Region eine aktive politische Rolle spielt, damit er Frieden dort auf Dauer gesichert werden kann.“<sup>219</sup> Sogar die FDP-Fraktion<sup>220</sup> lobt ausdrücklich die Beschlussfassung der Regierung zum Nahen Osten und die von Deutschland gestützte einheitliche Haltung innerhalb der EU: „Der Punkt an dem ich die Bundesregierung loben muss, betrifft die Beschlussfassung zum Nahen Osten, die ich inhaltlich voll billige, die richtig ist und wo mit einer klaren europäischen Stimme gesprochen wird.“<sup>221</sup> Die Kritikfähigkeit Israels wird vom Fraktionsvorsitzenden Gerhard allerdings beanstandet. Gerade als Freund

<sup>217</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 227. Sitzung, S. 22446 C.

<sup>218</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22446 C.

<sup>219</sup> Bundestagsabgeordneter Friedrich Merz (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 227. Sitzung, S. 22446f..

<sup>220</sup> Die Freie Demokratische Partei änderte im Jahr 2001 die Schreibweise ihrer Initialen von F.D.P. zu FDP auf dem in diesem Jahr stattfindenden Parteitag.

<sup>221</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 227. Sitzung, S. 22454f..

Israels müsse Deutschland auch sagen dürfen, dass Israel seine Siedlungspolitik ändern müsse und dass es keine außergesetzlichen Arten von Hinrichtungen mehr geben könne.<sup>222</sup> In seiner Ausführung geht Gerhard aber nicht über die Aussagen von Staatsminister Volmer hinaus. Beanstandung findet Gerhard aber an dem aktuellen europäisch-amerikanischen Verhältnis, das an einem Übergewicht der USA und einer Zurückhaltung der EU leide und dadurch europäische Gestaltungskraft verloren ginge: „Die Europäische Union muss die außenpolitische Fähigkeit und Kraft haben, eine gemeinsame Position [im Nahostkonflikt] zu entwickeln und dies den Vereinigten Staaten mitzuteilen.“<sup>223</sup> Deutsche Nahostpolitik könne bei der Konfliktlösung ruhig deutlicher seine außenpolitischen Interessen vertreten. Relativierend fügt Gerhard im Anschluss hinzu: „Wir wollen uns hier nicht größer machen, als wir sind. Wir sollten uns aber auch nicht kleiner machen.“<sup>224</sup> Obwohl sich Gerhard zu Beginn seiner Rede mit dem Handeln der Regierung größtenteils zufrieden zeigt, überwiegt doch letztendlich die Kritik an der Regierung. So wandelt sich im weiteren Verlauf die Position des FDP-Fraktionsvorsitzenden von einer PAP hin zu einer AAP. Die Position der FDP wird kurz darauf vom SPD-Abgeordneten Moosbauer aufgenommen und als ungerechtfertigt und aktionistisch zurückgewiesen:

„Meine Damen und Herren, viele kritisieren ... der europäische Einfluss auf den politischen Prozess im Nahen Osten sei im Vergleich zum Einfluss der USA gering. Diesen Leuten muss gesagt werden, dass Nahostpolitik kein Schönheitswettbewerb ist und dass es hier nicht um ein Wettrennen um Friedensnobelpreise geht.“<sup>225</sup>

Gerade aus der Kooperation der EU zusammen mit den amerikanischen Plänen erwachse die Bedeutung der europäischen Nahostpolitik: „Nicht in der Konkurrenz zur amerikanischen Nahostdiplomatie, nein, gerade in Ergänzung zur amerikanischen Diplomatie macht eine europäische Stimme Sinn.“<sup>226</sup> „Denn im Ziel“, so Moosbauer an die Kritiker gerichtet, „sind wir uns ja einig: Nur wenn die USA, die Europäer, Russland und die Vereinten Nationen geschlossen auftreten, wird ein bedeutender Beitrag zur Lösung des Konflikts auch möglich sein.“<sup>227</sup> Damit grenzt Moosbauer die PAP der Regierung gegen die AAP der Kritiker ab, auch wenn er sich in der gleichen Rede aufgrund der geogra-

<sup>222</sup> Vgl. Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22455 A.

<sup>223</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22455 D.

<sup>224</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22455 D.

<sup>225</sup> Bundestagsabgeordneter Christoph Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 227. Sitzung, S. 22466 D.

<sup>226</sup> Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22466 D.

<sup>227</sup> Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 21. März 2002, S. 22466 D.

phischen Nähe Europas zum Nahen Osten zum weiteren Engagement in der Region bekennt.

Auch in Debatten von großer Bedeutung wahrt die Bundesregierung ihre PAP. In einer eigens einberufenen Regierungserklärung zur Lage im Nahen Osten unterstreicht Bundeskanzler Schröder die Ausrichtung deutscher Nahostpolitik auf international akzeptierte Friedenspläne:

„Der vorrangige Ziel aller internationalen Bemühungen ist es gegenwärtig, einen tragfähigen Waffenstillstand, den Rückzug der israelischen Truppen gemäß den Resolutionen 1402 und 1403 des Weltsicherheitsrates sowie die Rückkehr zu einer politischen Perspektive zu erreichen. Die Bundesregierung unterstützt gemeinsam mit ihren europäischen Partnern nachdrücklich alle internationalen Friedensbemühungen.“<sup>228</sup>

Dieses Vorgehen sei auch deshalb geboten, da die Konfliktparteien auf der Außenministerkonferenz der EU und der Mittelmeerränder deutlich erklärt hätten, dass sie ein gemeinsames Vorgehen Europas und der Vereinigten Staaten wünschten.<sup>229</sup> Folgerichtig sei es auch zu begrüßen, dass eine internationale Konferenz einberufen werde, an der neben dem Nahost-Quartett auch die Konfliktparteien teilnahmen.<sup>230</sup> Eine Überraschung bietet die Aussage Schröders zur Kritikfähigkeit israelischer Politik, die er nicht wie früher unangetastet wissen will: „Als Freunde Israels haben wir aber auch das Recht und die Pflicht unsere Stimme offen und gelegentlich auch öffentlich zu erheben.“<sup>231</sup> Nicht nur in diesem Punkt rückt die Bundesregierung von ihrer PAP leicht ab, sondern auch in der Ausarbeitung eines „Ideenpapiers“<sup>232</sup>, das unter der Leitung von Außenminister Fischer entstanden ist.

„Genau auf dieser Basis [der Beschlusslage des Weltsicherheitsrats] und parallel dazu hat der Bundesaußenminister ein Ideenpapier entwickelt, das den Weg zu einem Waffenstillstand mit einer politischen Lösungsperspektive aufzeigt. Seine international anerkannte Bemühungen verdienen, so denke ich, die Unterstützung des gesamten Hohen Hauses.“<sup>233</sup>

Es wird als Beitrag Deutschlands gewertet, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen, da man sich dem Konflikt nicht entziehen könne: „Wir Deutschen können, selbst wenn wir wollten, dabei nicht abseits stehen, schon deshalb nicht, weil

---

<sup>228</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23114 B.

<sup>229</sup> Vgl. Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23114 C.

<sup>230</sup> Vgl. Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23115 C.

<sup>231</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23115 A.

<sup>232</sup> Das Ideenpapier verbindet Elemente bestehender Nahost-Friedensvorschläge, darunter des Mitchell-Plans und auch der kurz zuvor vorgelegten Friedensinitiative der Arabischen Liga. Es traf bei den Außenministern der Europäischen Union auf ein positives Echo und floss in die Haltung der EU bei den Beratungen des Nahost-Quartetts im September 2002 ein.

<sup>233</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23115 B.

wir selbst betroffen sind.“<sup>234</sup> Ein eindeutiger Positionswechsel wird damit nicht vollzogen. In der gleichen Rede relativiert Schröder die Möglichkeiten deutscher Nahostpolitik: „Dabei [bei der Konfliktbeilegung] werden wir von Fall zu Fall über den Umfang unserer Beteiligung nach dem Gesichtspunkt entscheiden, was wir leisten können und was wir sinnvoll leisten sollten.“<sup>235</sup> Letztendlich setzten doch die historischen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber dem Staat Israel klare Grenzen: „Dass dabei auch besondere historische Sensibilitäten beachtet werden müssen, habe ich immer wieder betont und dabei bleibt es auch.“<sup>236</sup> Obwohl sich schließlich Schröder und mit ihm die Bundesregierung in einzelnen Punkten einer AAP öffnet, überwiegt doch die PAP der vorangegangenen Monate. Auch die CDU/CSU-Fraktion bleibt nicht immer bei ihrer regierungsnahen PAP. Angesichts des Wahlkampfs versucht der bayrische Ministerpräsident und Herausforderer Edmund Stoiber eine AAP-Gegenposition aufzubauen, indem er dem Ideenpapier Fischers vorwirft, es habe eine einheitliche europäische Haltung innerhalb der EU und die notwendige Abstimmung mit den USA verhindert: „Leider hat der Fischer-Friedensplan, der jetzt vom Bundeskanzler sozusagen zu einer Wegskizze herabgestuft wird, dazu keinen politischen Beitrag geleistet. Besser wäre es gewesen, wenn er ihn in die Beratungen der Europäischen Union eingebracht und mit den USA abgestimmt hätte.“<sup>237</sup> Das anschließende Bekenntnis Stoibers, ein Verfechter einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu sein, erscheint indessen alles andere als eine AAP. Dem kommt ein Vorwurf Stoibers an die Regierung etwas entgegen, eine gemeinsame europäische Friedensstrategie sei im Sommer 2000 anlässlich der Euro-mediterranen Partnerschaft verpasst worden:

„Doch seinerzeit wurde der arabisch-israelische Friedensprozess bis zum Abschluss eines umfassenden Friedens aus der gemeinsamen Strategie herausgenommen. Ausgerechnet dort, wo die Stabilität einer gesamten Region auf dem Spiel steht, haben sich die europäischen Regierungen einschließlich der Bundesregierung der Vielstimmigkeit verschrieben.“<sup>238</sup>

Dennoch ist festzustellen, dass der PAP-Anteil in den Aussagen Stoibers nicht durch die Kritik an der Bundesregierung aufgewogen werden kann, so dass die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten einer PAP zugerechnet werden muss. Auf den Vorwurf Stoibers, Fischer habe das Ideenpapier nicht engagiert genug in die Diskussion um eine eu-

<sup>234</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23116 B.

<sup>235</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23116 A.

<sup>236</sup> Schröder (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23116 A.

<sup>237</sup> Ministerpräsident von Bayern Edmund Stoiber (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23119 D.

<sup>238</sup> Stoiber (CSU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23119 D.

ropäische Nahostpolitik eingebracht, reagiert der Außenminister abweisend. Er erkenne keine generellen Differenzen und vermutet hinter dem Angriff ein wahltaktisches Manöver:

„Wir haben ein Ideenpapier entwickelt. ‚Ideenpapier‘ deswegen, weil wir unsere Ideen in die Europäische Union einbringen wollten. (...) Wir haben vorher auch mit der amerikanischen Seite intern diskutiert. Ihren Versuch, Herr Ministerpräsident Stoiber, hier Differenzen aufzubauen, verstehe ich nur als innenpolitisches Bemühen, in dieser Debatte zwischen ihrer und unserer Position Abstand zu schaffen.“<sup>239</sup>

Auch der Vorwurf, die europäische Nahostpolitik nicht aktiv genug vorangetrieben zu haben, rechnet Fischer dem Wahlkampf zu, in dem man versuche müsse, Dissense herauszustellen.<sup>240</sup> Als Gegenbeispiel nennt Fischer die Arbeit von deutschen wie europäischen Geheimdienstmitarbeitern, so genannten Monitoren, die in den Konfliktherden beobachtend tätig sind: „Die Beteiligung der Europäer und der Deutschen hat sich im Bereich des Monitoring schon als sehr wichtig erwiesen. (...) Die Arbeit der Geheimdienstmitarbeiter ... wurde von Ministerpräsident Sharon mir gegenüber mehrmals gelobt.“<sup>241</sup> Als Gemeinsamkeit zu der Position Stoibers erkennt Fischer jedoch, dass die deutschen Nahostpolitik in ihrer internationale Ausrichtung breit aufgestellt ist und die amerikanische Suprematie als gegeben akzeptiert wird: „Die Rolle der internationalen Gemeinschaft, vor allen Dingen des so genannten Quartetts ... wird ebenfalls als zentraler Punkt angesehen. Angeführt wird die internationale Gemeinschaft ohne jeden Zweifel von den USA, die die entscheidende Rolle spielen.“<sup>242</sup> Trotz der Differenzen zwischen der CDU/CSU-Fraktion und der Bundesregierung lässt sich damit für beide Seiten eine PAP annehmen, innerhalb der sie leicht auseinander liegen. Selbst der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhard bemerkt, dass es in der deutschen Nahostpolitik einen großen Konsens gäbe, was die Ziele bei der Konfliktlösung angehe: „Man sollte vielmehr einmal sagen, dass die Zielrichtung deutscher Politik gegenüber Israel in Bezug auf die Lösung dieses Konflikts im Großen und Ganzen stimmt. Es gibt dazu keine ernsthafte Alternative.“<sup>243</sup> Was die Wahl der Mittel betrifft, weicht die FDP-Fraktion von der Position der Bundesregierung in einigen Punkten ab. Um auf einen Frieden hinzuwirken, verlangt Gerhard von Israel ein Einlenken in der Besatzungsfrage:

<sup>239</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23122 B.

<sup>240</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23123 B.

<sup>241</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23123 B.

<sup>242</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23121 C.

<sup>243</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23124 B.

„Es wird dort am Ende nur Frieden geben, wenn die Palästinenser einen Staat bekommen, der nicht so löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Deshalb muss die israelische Regierung zusammen mit dem israelischen Volk die Tabuschwelle im Hinblick auf die Siedlungspolitik durchbrechen, die Siedlungen zurücknehmen und die Panzer aus diesen Gebieten zurückziehen.“<sup>244</sup>

Da die beiden Konfliktparteien aufgrund ihrer tiefen Zerstrittenheit einmal getroffene Vereinbarungen nur schwer halten könnten, müsse von internationaler Seite Druck ausgeübt werden: „Deshalb muss internationaler Druck aufgebaut werden und muss am Ende eines solchen Prozesses und einer solchen Lösung eine internationale Sicherheitsgarantie stehen.“<sup>245</sup> Auf der anderen Seite kommt Gerhard der Regierung sehr entgegen, indem er die Grundlagenarbeit Fischers lobt und bei allen Forderungen nach einer stärkeren europäischen Nahostpolitik, die Entscheidungskompetenz der USA betont: „Ich will Sie ermuntern, auf einem Weg zu bleiben, der ein stärkeres europäisches Engagement beinhaltet. Natürlich wird der Schlüssel zur Lösung bei den Vereinigten Staaten bleiben.“<sup>246</sup> Letztlich seien allerdings auch die USA mit ihrer Rolle überfordert: „Aber auch die einzig übrig gebliebene Supermacht spürt in diesen Tagen ... dass es eine Erkenntnis gibt: Pendeldiplomatie reicht nicht mehr aus.“<sup>247</sup> Somit sei die EU in stärkerem Maße gefordert, mehr Engagement in ihrer Nahostpolitik zu zeigen als bisher:

„Wenn die Europäische Union, ohne dass die Staaten auseinander getrieben werden können, jetzt nicht mit den Vereinigten Staaten an einem Strang zieht, wirklich Druck aufbaut und sich dabei ... Bundesgenossen an die Seite zieht, die in den jeweiligen Gesellschaften und in die politische Führungsebenen hinein wirken können, dann wird das nichts werden.“<sup>248</sup>

Im Vergleich zu ihren früheren AAP-Positionen ist bei der FDP-Fraktion eine deutliche Bewegung auf die PAP der Bundesregierung hin erkennbar. Die Haltung der FDP-Fraktion ist aber immer noch von einer Forderung nach einer aktiveren deutschen und europäischen Nahostpolitik durchdrungen, wie dieser Appell Gerhards zeigt: „Was ist denn die Alternative für eine freiheitliche Demokratie wie die Bundesrepublik Deutschland dazu, zu Konfliktlösungen beizutragen? Es gibt keine Alternativen.“<sup>249</sup> Die immer noch AAP-geprägte Position Gerhards wird deutlich, wenn ihm vom SPD-Abgeordneten Weisskirchen vorgehalten wird, zu großen Druck auf Israel ausüben zu wollen: „Lieber Kollege Gerhardt, ich frage mich allerdings, ob ‚drücken‘ bzw. ‚schieben‘ – wie auch immer sie es bezeichnet haben – wirklich Sinn macht. Das wissen wir

<sup>244</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23125 C.

<sup>245</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23125 C.

<sup>246</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23126 A.

<sup>247</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23126 B.

<sup>248</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23126 B.

<sup>249</sup> Gerhard (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23126 C.

nicht.“ Noch entschiedenere Ablehnung Weisskirchens findet ein Passus in einem Antrag der CDU/CSU-Fraktion, in dem „Maßnahmen“ gegen Israel auf europäischer Ebene eingeleitet werden sollten: „Glauben Sie denn wirklich, dass dann die Europäische Union in der Region und besonders in Israel als ein freundlicher Partner aufgenommen werden könnte? Glauben Sie denn, dass dann ein Friedensprozess vorankommen könnte?“ Während eine Sanktionspolitik gegenüber Israel kaum Zustimmung unter den außenpolitischen Eliten findet, wird die Frage nach der Möglichkeit, Druck auf Israel auszuüben, in der AAP und PAP unterschiedlich beantwortet. So teilt zwar die PDS-Fraktion die meisten Aussagen von Bundeskanzler Schröder, nennt aber auch erhebliche Differenzen zwischen ihrer Position und der der Bundesregierung: „Die Differenz ... liegt mehr in dem, was Sie nicht gesagt haben. Denn Sie konnten hier keinen hinreichenden Beitrag zur aktuellen Konfliktlösung bieten, Sie sind in vielem unverbindlich geblieben.“<sup>250</sup> Als ein Kernanliegen nennt der PDS-Abgeordnete Claus ähnlich wie die FDP-Fraktion eine stärkere Kritikfähigkeit Israels von deutscher Seite: „Herr Bundeskanzler, es genügt nicht, die Kritik an der israelischen Politik in mahrend milde Botschaften zu hüllen. Herr Bundeskanzler, eine Politik des Unentschiedens genügt nicht. Es genügt keine Politik der stillen Diplomatie und keine Politik der Kritiklosigkeit.“<sup>251</sup> Stattdessen solle die Bundesregierung auf einen teilweisen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten drängen, um den Boden für eine Friedenskonferenz zu bereiten:

„Wir brauchen den Rückzug der israelischen Armee und wir brauchen den Rückbau von israelischen Siedlungen. Erst dann ist es möglich, eine Nahost-Friedenskonferenz einzuberufen, die von der UNO, der EU, den Vereinigten Staaten und Russland begleitet und mitgetragen werden sollte, wenn nötig auch in Begleitung einer UN-Mission zur Überwachung der Friedenspflicht beider Seiten.“<sup>252</sup>

Stärker noch als die FDP-Fraktion zeigt die PDS hier ihr AAP-Profil, indem sie in den entscheidenden Punkten, nämlich der Kritikfähigkeit Israels und einer aktiveren deutschen Nahostpolitik, eine offensichtlich andere Haltung vertritt. Dass die Unterschiede nicht so sehr in der Sache, sondern in der Frage ihrer Reichweite auseinander liegen, macht der SPD-Abgeordnete Moosbauer im Anschluss erkennbar:

„Wir wollen tun, was wir können, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass die jetzige Situation im Nahen Osten deeskaliert, dass das Blutvergießen aufhört und dass der kleine Faden

---

<sup>250</sup> Bundestagsabgeordneter Roland Claus (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23129 D.

<sup>251</sup> Claus (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S.23130 A.

<sup>252</sup> Claus (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S.23130 B.

gefunden wird, der es ermöglicht, wieder ins Gespräch zu kommen, in der Hoffnung, dass am Ende dieser Gespräche ein Miteinander in der Region möglich ist.“<sup>253</sup>

In einer Konfliktkonstellation in der beiden Seiten zugleich Opfer und Täter seien, sei es wichtig, so der SPD-Abgeordnete Klose, eine zurückhaltende, passive Vermittlerrolle einzunehmen: „In einer solchen Situation ist es für uns vor allem wichtig, für beide Seiten als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen, Moderator zu sein, so bescheiden diese Rolle im Konkreten auch ausfallen mag.“<sup>254</sup> Auch wenn die Aussagen Kloses Bereiche des Konfliktmanagements ansprechen, bleibt seine Position auf die geleistete Pendeldiplomatie Fischers beschränkt. Darüber hinaus spart sie neues Engagement aus: „Deshalb ... begrüßen wir auch die Initiative unseres Außenministers. Deshalb verzichten wir ausdrücklich darauf mit vollmundigen Erklärungen die emotionalen Erwartungen des eigenen Publikums befriedigen zu wollen.“<sup>255</sup> Völlig kontraproduktiv sei es in den Augen von Klose für die deutsche Nahostpolitik, Druck auf Israel oder andere Konfliktparteien ausüben zu wollen: „Unsere Aufgabe, die Aufgabe der Deutschen, kann es nicht sein, eine Lösung in Nahost zu erzwingen. Wer den Eindruck erweckt, das könnte man indem man Druck ausübt, schafft bestenfalls Illusionen.“<sup>256</sup> Mit seinen Beiträgen fasst Klose die entscheidenden Punkte der Regierungsposition zusammen und festigt damit die PAP der Bundesregierung. In einem breiten Konsens schließt sich auch ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion der Rede Kloses an: „Wir müssen in dem von uns vorgefundenen Rahmen eine stille Diplomatie betreiben, um damit die Ängste abzubauen, von denen der Kollege Klose gesprochen hat ...“<sup>257</sup> Diese Ausführung konterkariert teilweise die Kritik Stoibers an der Bundesregierung und festigt die Stellung der CDU/CSU-Fraktion in ihrer PAP.

Die Vorbereitungen der USA zusammen mit der UNO, der EU und Russland in den ersten Monaten des Jahres 2003 für die Roadmap bringen die Debatten zwischen den deutschen außenpolitischen Eliten nahezu zum Erliegen. Als der Plan nach anfänglicher Akzeptanz bei den Konfliktparteien in der zweiten Jahreshälfte zu scheitern droht, regt sich Kritik an der abwartenden Haltung der deutschen und europäischen Nahostpolitik. Außenminister Fischer entgegnet den Kritikern: „Angesichts dessen, was die viel

---

<sup>253</sup> Bundestagsabgeordneter Christoph Moosbauer (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23130 B.

<sup>254</sup> Bundestagsabgeordneter Hans-Ulrich Klose (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23139 A.

<sup>255</sup> Klose (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23139 B.

<sup>256</sup> Klose (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, S. 23139 B.

<sup>257</sup> Joachim Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25. April 2002, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 14. Wahlperiode, 233. Sitzung, S. 23140 D.

gescholtene Außenpolitik der Europäischen Union in der jüngsten Vergangenheit im Nahen Osten geleistet hat, ist ihre Leistungsfähigkeit bereits heute so schlecht nicht.<sup>258</sup> Aber auch er merkt an, dass es nun umso wichtiger sei, die europäische Außenpolitik weiter zu verbessern.<sup>259</sup> Eine aktivere Position deutscher oder europäischer Politik fordert er dabei nicht ein. Eine Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten in den nächsten Wochen lässt daraufhin eine schnelle Umsetzung der Roadmap in den Augen der außenpolitischen Eliten unwahrscheinlich werden: „Eine Lösung des Nahostproblems ist nach den Entwicklungen der letzten Tage kaum mehr zu erreichen. Die Roadmap scheint im Prinzip gescheitert zu sein.“<sup>260</sup> Dies sei in den Augen des CDU-Abgeordneten Hörster auch der Punkt, an dem über eine Antwort nachgedacht werden müsse:

„Das heißt, sowohl die deutsche als auch die europäische Politik müssen sich der Frage annähern, ob es weiterhin bei gut gemeinten Erklärungen und traurigen Stirnrunzeln bleiben kann, wenn wieder ein oder ...gar zwei Selbstmordattentate begangen worden sind oder wenn der palästinensische Regierungschef zurücktritt, weil er keine Chance für die Schaffung von Frieden sieht.“<sup>261</sup>

Hörster richtet damit seine Forderung auf eine aktivere deutsche Außenpolitik innerhalb der EU: „Ich denke, dass sich die deutsche Außenpolitik im Rahmen der Europäischen Union mit dieser Frage intensiv befassen sollte.“<sup>262</sup> Zwei Wochen später meldet sich auch der grüne Bundestagsabgeordnete Volmer zu Wort, als er die deutsche und europäische Nahostpolitik direkt dazu auffordert, ihre Bemühungen zur Rettung der Roadmap zu intensivieren: „Wenn die amerikanische Administration im Moment durch das Desaster im Irak relativ geschwächt ist, dann ist es noch mehr als bisher Aufgabe der Europäischen Union, auf der Weitergeltung der Roadmap zu drängen. Dies ist nicht nur Aufgabe der staatlichen Außenpolitik, es ist auch Aufgabe des Parlaments.“ Eine eingehende Debatte zu seinem Appell bleibt jedoch aus.

#### 4.1.2.3 Von der „Roadmap“ zu den palästinensischen Präsidentenwahlen

Erst Anfang Februar 2004 kommt es zu einer neuen Aussprache durch einen fraktionsübergreifenden Antrag, der die Roadmap wieder beleben und eine nichtstaatliche Frie-

<sup>258</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Juni 2003, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 53. Sitzung, S. 4314 C.

<sup>259</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 26. Juni 2003, S. 4314 C.

<sup>260</sup> Bundestagsabgeordneter Joachim Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. September 2003, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 53. Sitzung, S. 5065 D.

<sup>261</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. September 2003, S. 5066 A.

<sup>262</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. September 2003, S. 5066 A.

densinitiative in Genf unterstützen will. Die Stimmen innerhalb der Parlamentarier, die angesichts der Kontakte zwischen den Konfliktparteien nach einer aktiveren deutschen Nahostpolitik verlangen, werden auch aus der SPD-Fraktion immer lauter: „Es darf seitens der Europäer oder der deutschen Regierung nicht nur warme Worte geben, es muss auch eine klare Unterstützung für diese Kräfte des Friedens erfolgen.“<sup>263</sup> Aber auch im Nahost-Quartett solle Deutschland zusammen mit Europa mehr Verantwortung übernehmen, falls die Bemühungen der amerikanischen Regierung erfolglos blieben:

„Wenn es sich abzeichnen sollte, dass sich die Initiativen der amerikanischen Seite, der Roadmap zum Durchbruch zu verhelfen, nicht gerade überschlagen, dann müssen die Europäer stärker als bisher Verantwortung und Eigeninitiative übernehmen. Es wäre fatal, darauf zu warten, bis eine US-Administration der Roadmap wieder die Aufmerksamkeit schenkt, die sie verdient.“<sup>264</sup>

Darüber hinaus müsse die EU aktiv ihre Unterstützung bei gemeinsamen Erklärungen anbieten, um den Verständigungsprozess in Gang zu halten: „Es geht darum, Eigenverantwortung zu übernehmen. Man muss anbieten, eine gemeinsame Erklärung abzugeben, nach der man zu einer gemeinsamen friedlichen Zukunft in dieser Region kommen will. (...) Auch für uns ist es jetzt Zeit zu handeln.“<sup>265</sup> Der klare Appell des SPD-Abgeordneten Nietan fällt hier umso mehr ins Gewicht als der zur Debatte stehende Antrag – die Roadmap wieder zu beleben – auf einem breiten interfraktionellen Konsens aufbauen kann. Ludger Volmer von Bündnis 90/Die Grünen richtet hingegen in seiner PAP die Erwartungen lediglich allgemein an die Teilnehmer des Nahost-Quartetts: „Wir hoffen, dass die Akteure, die sich auf die Roadmap verpflichtet haben, die Kraft und auch den Willen finden, diesen Prozess ihrerseits von staatlicher Seite aus auf der internationalen Ebene und durch bilaterale Maßnahmen endlich mit Leben zu füllen.“<sup>266</sup> Im völligen Kontrast dazu steht der Redebeitrag des FDP-Abgeordneten Stinner, der mehr noch als Nietan die aus seiner Sicht mangelnde Leistungsbereitschaft deutscher und europäischer Nahostpolitik beanstandet:

„Israel, Palästina, Syrien, den Iran, Amerika – Gott und die Welt! Nur an uns selber, an die Europäer und insbesondere an die Deutschen, stellen wir keine Forderungen. Wir müssen aber weitergehen. Wenn es stimmt, dass dieser Konflikt unsere vitalen Interessen berührt ... dann müssen wir selber als Europäer und insbesondere als Deutsche bereit sein, Lösungen zu erbringen.“<sup>267</sup>

<sup>263</sup> Bundestagsabgeordneter Dietmar Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 92. Sitzung, S. 8235 A.

<sup>264</sup> Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, S. 8235 C.

<sup>265</sup> Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, S. 8235 D.

<sup>266</sup> Bundestagsabgeordneter Ludger Volmer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 92. Sitzung, S. 8237 B.

<sup>267</sup> Bundestagsabgeordneter Rainer Stinner (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 92. Sitzung, S. 8238 D.

Die Aufforderung Stiners über das Bekenntnis zu einer belebten Roadmap hinauszugehen lässt keinen Zweifel an seiner AAP. Den Kontrast zur PAP der Bundesregierung macht die Antwort des Außenministers Fischer auf den Beitrag Stiners deutlich. Den von der FDP noch vertretenen Antrag einer KSZNO und eines stärkeren Einwirken der EU auf die Konfliktparteien verurteilt er als kontraproduktiv für den Friedensprozess: „Wenn Ihr Antrag vom Deutschen Bundestag angenommen worden wäre, dann hätten wir – das prophezeie ich Ihnen – in Israel großen Interpretationsbedarf und hätte das Gegenteil von dem erreicht, was das Haus will und was ich voll unterstütze.“<sup>268</sup> Gerade für deutsche Nahostpolitik komme es in diesem sensiblen Konflikt nicht nur darauf an, wie sie die Dinge sehe, sondern auch darauf wie sie wahrgenommen werde.<sup>269</sup> Die Betonung der Außenwirkung deutscher Nahostpolitik und die klare Zurückweisung des FDP-Antrages verstärken die PAP der Bundesregierung. Unterstützung erhält Fischer wie in den Debatten zuvor auch von der CDU/CSU-Fraktion. Der Abgeordnete Stinner weißt die Kritik Stiners zurück und verteidigt den Umfang des deutschen und europäischen Engagements: „Die Kritik, die eben geäußert worden ist, wir Deutschen und die Europäische Union würden für die Lösung des Konflikts zu wenig tun, ist nicht gerechtfertigt, Herr Stinner. (...) Ich bin der Auffassung, dass wir uns nichts vorzuwerfen haben.“<sup>270</sup> Auch in der Frage welchen langfristigen Beitrag deutsche Außenpolitik zur Konfliktlösung beitragen könne, bezieht Hörster eine signifikante PAP, indem er die „besonderen“ Beziehungen zu Israel in den Vordergrund rückt:

„Unser Anteil kann darin liegen, dass wir unverrückbar an dem Standpunkt der deutschen Politik festhalten, der seit Konrad Adenauer ... gilt, nämlich dass das Existenzrecht des Staates Israel in keiner Weise infrage gestellt werden kann, dass wir eine Sonderbeziehung haben, die auch so bleiben wird.“<sup>271</sup>

Mit dieser Aussage knüpft Hörster eng an ähnliche Redebeiträge der CDU/CSU-Fraktion an, die die geringe Kritikfähigkeit Israels stets betonten.

Als die amerikanische Regierung unter Präsident George Bush im Juni 2004 eine „Initiative for a Broader Middle East“ vorstellt und der Nahostkonflikt als Teil einer Subregion von Nordafrika über den Nahen bis in den Mittleren Osten gesehen wird, nehmen sich auch die außenpolitischen Eliten des Bundestages des Nahostkonflikts in einer neuen Debatte an. Entsprechend der ausgeprägten AAP der FDP-Fraktion mahnt

<sup>268</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 92. Sitzung, S. 8242 A.

<sup>269</sup> Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, S. 8242 B.

<sup>270</sup> Bundestagsabgeordneter Joachim Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 92. Sitzung, S. 8243 B.

<sup>271</sup> Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 13. Februar 2004, S. 8244 A.

Werner Hoyer die Bundesregierung zu mehr Engagement in der Region, da sie das politische Gewicht deutscher Außenpolitik in der Region nicht ausnutze:

„Meine Damen und Herren, im Nahen Osten genießen die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Außenminister persönlich einen guten Ruf. (...) Aber wir dürfen den guten Ruf nicht als bloßen Heiligenschein ansehen und er darf kein Selbstzweck werden, sondern er muss dazu genutzt werden, um Einfluss zu nehmen, und zwar auch in den Situationen, in denen es schwer fallen mag, harte Worte zu sprechen.“<sup>272</sup>

Ungeachtet der geleisteten Beiträge Fischers für die Konfliktschlichtung müsse der Außenminister sich nun aktiv für die Roadmap engagiert: „Es ist an der Zeit, dass der Bundesaußenminister seinen guten Ruf aktiv einsetzt. ... er muss vielmehr Partei ergreifen für die Implementierung der Roadmap wie auch für die Umsetzung der schon vorhandenen Friedensvorschläge, die aus der Zivilgesellschaft gekommen sind.“<sup>273</sup> Dass die FDP-Fraktion mit dieser Position zu den entschiedensten Vertretern der AAP gehört, ist an der abwehrenden Reaktion des SPD-Abgeordneten Weisskirchen zu sehen: „Wir im Westen müssen jetzt unsere eigenen inneren Widersprüche überwinden, einen neuen Akzent setzen und den Eröffnungszug machen. Lieber Herr Kollege Dr. Hoyer, insofern braucht die Bundesregierung keinen Hinweis darauf, dass das nötig ist.“ In der Frage eines neuen Dialogs zwischen Europa und dem Nahen Osten hingegen kommt Weisskirchen dem FDP-Abgeordneten entgegen: „Wir müssen versuchen, unsere historischen Erfahrungen so zu nutzen, dass wir in der Tat – darin stimme ich Ihnen zu, Herr Dr. Hoyer – unsere Erfahrungen seit 1975 ernst nehmen, aufnehmen und mit dieser Region in einen wirklichen Dialog eintreten.“ Wenn dies auch eine Zustimmung zu einer verstärkten Verständigung Deutschlands mit den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens bedeutet, so schließt die Aussage Weisskirchens kein aktives Konfliktmanagement ein. Diesen Befund wiederholt Außenminister Fischer in der weiteren Debatte und verweist auf Widerstände, die ein Konfliktmanagement behinderten:

„Sie können hier lange fordern: Außenminister, mach endlich voran mit der Roadmap! – Sie sind doch viel zu klug und viel zu informiert, Herr Hoyer, um nicht zu wissen: Wenn es so einfach wäre, wären wir schon längst an der Arbeit. Wir haben Rückschläge zu verzeichnen. Es gibt Schwierigkeiten der Konfliktparteien auf beiden Seiten.“<sup>274</sup>

Dies hält den SPD-Abgeordneten Nietan jedoch nicht davon ab, genaue Aussagen von der Bundesregierung zu fordern über den Beitrag deutscher Diplomatie zum Nahostkonflikt. Deutschland zusammen mit der EU müssten dazu klare und konkrete Vorschläge

---

<sup>272</sup> Bundestagsabgeordneter Werner Hoyer (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 112. Sitzung, S. 10198 A.

<sup>273</sup> Hoyer (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, S. 10198 A.

<sup>274</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 112. Sitzung, S. 10203 C.

einbringen: „Wir müssen vielmehr den amerikanischen, israelischen und palästinensischen Freunden konkrete Vorschläge anbieten, welchen Beitrag wir leisten wollen und können. Wenn wir das jetzt nicht tun, versagen auch wir.“<sup>275</sup> Nach Nietan gebe es zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus Ansatzpunkte für ein stärkeres europäisches Profil, da es auch von den USA gewünscht werde: „Ich möchte das, weil ich glaube, dass es in Amerika viele Menschen gibt ... die gerade konkrete Vorschläge der Europäer herbeisehen. (...) Nur wenn man konkrete Vorschläge macht, ist man in Amerika ein ernsthafter Koalitions- und Verhandlungspartner.“<sup>276</sup> Das bedeute konsequenterweise auch, dass man, wenn man etwas konkret sage, es dann auch am Ende tun müsse.<sup>277</sup> Hier vermutet Nietan allerdings, dass dieser Punkt, dem einen oder anderen vielleicht unangenehm sein könnte. Dieser Zusatz Nietans zeigt, wie weit seine Forderungen als Angehöriger einer Regierungsfraktion gehen und wie sehr er sich gegen eine inaktive PAP wendet. Auch eine PDS-Abgeordnete greift die Gedanken Nietans auf und richtet die AAP-Forderung an die Bundesregierung, mehr Einfluss bei den USA geltend zu machen: „Wir erwarten, dass die Bundesregierung alles daransetzt, dass die USA bei dem anstehenden Gipfeltreffen der Staaten der G 8 im Juni diesen Jahres auf den Weg der Roadmap zurückgeholt wird.“<sup>278</sup> Zwar ist dies nicht geschehen, Anfang September bekennt sich Außenminister Fischer jedoch zu einer aktiven europäischen Nahostpolitik. Sie müsse zusammen mit den USA gestaltend tätig werden: „Wir müssen gemeinsam mit den USA – die USA müssen hier den Driver Seat einnehmen, also im Führerhaus sitzen – die Entscheidung herbeiführen und gemeinsam jede Anstrengung unternehmen, um die Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt durchzusetzen.“<sup>279</sup> Obwohl in dieser Aussage Fischers eine aktive Komponente zu erkennen ist, machen die nachfolgenden Äußerungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Gerhardt deutlich, dass die Position der Bundesregierung von einer AAP zwar näher gekommen ist, aber in ihrer PAP bleibt: „In einem weiteren Punkt haben wir keine Kritik an der Außenpolitik, aber doch ernsthafte Nachfragen: Wie geht es, auch mit der Beteiligung der Europäischen Union, weiter in dem Quartett bezüglich Israel/Palästina?“<sup>280</sup> Die Unter-

<sup>275</sup> Bundestagsabgeordneter Dietmar Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 112. Sitzung, S. 10208 C.

<sup>276</sup> Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, S. 10208 C.

<sup>277</sup> Vgl. Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, S. 10208 C.

<sup>278</sup> Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch (PDS), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 112. Sitzung, S. 10210 A.

<sup>279</sup> Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 122. Sitzung, S. 11129 A.

<sup>280</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gerhardt (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 122. Sitzung, S. 11140 C.

schiede zwischen der FDP-Forderung und der PAP-Position der Bundesregierung liegen dabei nicht so sehr im Engagement deutscher Nahostpolitik an sich, sondern, wie in den Debatten zuvor auch, vielmehr im Umfang:

„Wir haben keine Meinungsunterschiede darüber, dass Deutschland einen Beitrag gegen die Unebenheiten in der Welt leisten muss. Ihre Bescheidenheit, dass Sie sich mit dem gegenwärtigen Status zufrieden geben, unterscheidet Sie dann doch von uns.“<sup>281</sup>

Zwar ist in den letzten Debatten ein Trend zur Mitte bei AAP wie auch bei PAP zu vermerken, beide Positionen halten jedoch ihren Standpunkt über Veränderungen in der Region hinaus. So stärkte der Tod des palästinensischen Ministerpräsidenten Arafat Anfang November 2004 und der Gaza-Rückzugsplan der israelischen Regierung die Konvergenz von AAP und PAP, glich sie aber nicht vollends an.

Im Gaza-Rückzugsplan sieht Außenminister Fischer eine Chance für einen Fortschritt im Friedensprozess, die es auch zu nutzen gelte.<sup>282</sup> Naturgemäß weiter geht in einer Antwort der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhardt. Er fordert den Außenminister dazu auf, die Chance dadurch zu nutzen, entweder mit den USA in ein konstruktives Gespräch über die Roadmap einzusteigen oder auf anderem Wege an einer Konflikt-schlichtung mitzuwirken:

„Also hat man doch gute Gründe den amerikanischen Freunden von dieser Seite des Atlantiks aus zu sagen: Gehen wir jetzt gemeinsam entweder in die alte Roadmap oder mit dem israelischen Ministerpräsidenten und dem Quartett in ein Gespräch darüber, wie wir in dieser Situation wenigstens einigermaßen Friedensfähigkeit herstellen können: (...) Wie sieht das Angebot der Europäischen Union aus? (...) Ist das ein spezieller Aufgabenbereich für uns?“<sup>283</sup>

Wie in den vorangegangenen Nahostdebatten auch unterstützt der SPD-Abgeordnete Nietan die AAP der FDP-Fraktion, indem auch er angesichts der Veränderungen in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten mehr Unterstützung von der EU für weitere Vermittlungsbemühungen fordert:

„Ich wünsche mir, dass die Europäische Union über das hinaus, was sie dankenswerterweise bisher schon getan hat, diesen Prozess mit weiteren und noch konkreteren Vorschlägen unterstützen wird. Ich glaube, gerade am Beispiel des Rückzugs aus dem Gazastreifen wird deutlich, wie wichtig die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ist und wie wichtig Europa als Akteur im Friedensprozess in dieser Region ist.“<sup>284</sup>

<sup>281</sup> Gerhardt (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. September 2004, S. 11140 D.

<sup>282</sup> Vgl. Bundesaußenminister Joseph Fischer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. November 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 138. Sitzung, S. 12581 D.

<sup>283</sup> Bundestagsabgeordneter Wolfgang Gerhardt (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. November 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 138. Sitzung, S. 12591 B.

<sup>284</sup> Bundestagsabgeordneter Dietmar Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. November 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 138. Sitzung, S. 12597 C.

Auch innerhalb der außenpolitischen Eliten ist entlang der Konvergenz der Positionen ein Konsens darüber festzustellen, dass die Entwicklungen gegen Ende des Jahres 2004 neue Möglichkeiten für die europäische Nahostpolitik eröffnen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten in der zweiten Januarwoche 2005 gleicht sich die Rhetorik der PAP-Vertreter deutlich einer AAP an. Der Beitrag des grünen Abgeordneten Volmer hat einen weitaus aktiveren Charakter als noch vor wenigen Monaten, als er sagt, dass Deutschland seinen Beitrag dazu leisten müsse, den Friedensprozess im Sinne der Roadmap wieder zu beleben.<sup>285</sup> Volmers mahnt jedoch auch zur Vorsicht. Mit dem Tod des palästinensischen Präsidenten Arafat und den kommenden Wahlen seien die Probleme bei der Konfliktlösung nicht verschwunden:

„Die strittigen Punkte, die die beiden Seiten zu behandeln haben und die auch in Camp David strittig geblieben waren – Grenzen, Territorien, Siedlungen, Jerusalem, Flüchtlinge auf der einen Seite, die Intifada mit ihren grauenhaften Selbstmordanschlägen auf der anderen Seite –, sind nicht dadurch erledigt, dass Arafat verstorben ist.“<sup>286</sup>

Der CDU-Abgeordnete Hörster formuliert die neue „aktive“ Rhetorik der PAP so: „Wir sind übereingekommen, dass es jetzt eine Fenster der Möglichkeiten gibt, das zu einer Tür der Möglichkeiten werden könnte. – Mit Unterstützung des Quartetts können wir dazu beitragen, dass man tatsächlich durch diese Tür gehen wird.“<sup>287</sup> So bewahren AAP als auch PAP ihre Position gegenüber einander, weisen aber vor allem 2004 auch eine starke Konvergenz in die Mitte auf.

#### 4.2 Analyse: Primus inter pares?

Der zweite Auswertungsteil weißt in seinen Grundzügen einige Parallelen zu den Befunden des ersten Auswertungsteils auf, unterscheidet sich aber auch in wichtigen Details. Eine Zweiteilung wie in Kapitel 3 muss einer Dreiteilung weichen, die als Hauptbezugspunkte die Terroranschläge des 11. September und die Veröffentlichung der Roadmap hat. Im Vergleich zur Ersten Intifada verdoppelte sich die Primärdatengrundlage und machte als Folge auch eine ausführlichere Auswertung notwendig. Bei der Beurteilung des Bulletins konnte eine gleichmäßige PAP bei allen Kommunikatoren festgestellt werden. Dies überraschte angesichts der Pendeldiplomatie Fischers, die ihm vor allem in der Anfangsphase der Intifada internationale wie nationale Anerkennung

<sup>285</sup> Bundestagsabgeordneter Ludger Volmer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 148. Sitzung, S. 13882 D.

<sup>286</sup> Volmer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2004, S. 13882f..

<sup>287</sup> Bundestagsabgeordneter Joachim Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2004, Deutscher Bundestag, Plenarprotokolle, 15. Wahlperiode, 148. Sitzung, S. 13882 D.

bescherte. In der Rhetorik der Bundesregierung schlugen sich die Vermittlungsbemühungen Fischers als auch das von ihm erarbeitete Ideenpapier nicht nieder, obwohl es nach jeder Definition als Konfliktmanagement bezeichnet werden konnte. Dies mag zum einen an dem multilateralen Rahmen liegen, in den Fischer seiner Diplomatie einband. Zum anderen kann es auch den besonderen Beziehungen zum Staat Israel zugeschrieben werden, die nach außen durch zu forderndes Auftreten Deutschlands Schaden nehmen könnten. Da die Adressaten der Aussagen größtenteils an internationale Empfänger gerichtet waren, ist die PAP auch als die offizielle, konsensfähige Linie der Bundesregierung *nach außen* hin anzusehen. Die Analyse der Plenarprotokolle zeigt, dass ähnlich wie im ersten Auswertungsteil die PAP nicht für alle außenpolitischen Eliten galt. Während die PAP-Beiträge in quantitativer Hinsicht fast die doppelte Zahl der AAP-Beiträge ausmachen, zeichnen sich die AAP-Vertreter als sehr „aktiv“ bzw. weit reichend in ihren Forderungen aus. Die erfolgreichen Vermittlungsbemühungen von Außenminister Fischer schienen für sie die Bestätigung für weiteres Konfliktmanagement von deutscher und europäischer Seite zu sein. Die Vertreter der PAP wehrten die Vorschläge bzw. Forderungen aus den Reihen der AAP hingegen größtenteils als zu illusorisch ab. Schaut man auf den parteipolitischen Hintergrund der AAP-Kommunikatoren lassen sich ohne Abstriche nur Vertreter der FDP und PDS als konsequente „AAPler“ feststellen. Aus den Reihen der beiden großen Volksparteien vertraten nur der SPD-Abgeordnete Nietan<sup>288</sup> unbeirrt seine AAP-Meinung und ebenso der CDU-Abgeordnete Hörster<sup>289</sup>, der allerdings im Laufe der Zweiten Intifada auch PAPs vertrat. Die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen folgten als einzige Fraktion geschlossen der PAP des Außenministers Fischer. Sieht man nun von Ausreißern ab, lassen sich die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich der PAP zuordnen, während die Fraktionen der FDP und PDS der AAP zugerechnet werden können. Damit erweist sich der Befund aus dem ersten Auswertungsteil als nicht haltbar, die AAP könne zu Beginn eindeutig den Regierungsfractionen zugeschrieben werden und die PAP den Oppositionsfractionen. Des Weiteren kommt hinzu, dass die Ausarbeitung und spätere Veröffentlichung der Roadmap im Frühjahr 2004 ein konsensfähiges Ziel für die deutsche Nahostpolitik schuf und daraufhin eine Konvergenz der einzelnen Positionen hin zur Mitte einsetzte. Die Positionsverschiebung nahm im Laufe

---

<sup>288</sup> Vgl. seine Ausführungen auf S. 90, in denen er ein stärkeres europäisches Profil fordert. Nietan (SPD), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 28. Mai 2004, S. 10208 C.

<sup>289</sup> Für eine Vermittlerrolle im Nahostkonflikt würde Deutschland eine Leitlinie fehlen. Vgl. Hörster (CDU), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Dezember 2000, S. 13849 B.

des Jahres 2004 zu und war auch auf beiden Seiten zu gleichen Teilen festzustellen. Zu einer völligen Aufgabe der Positionen bei PAP- als auch AAP-Vertretern kam es jedoch nicht. Zu „aktiv“ waren die weitergehenden Forderungen der FDP<sup>290</sup>, mit den USA in Gespräche zu treten und zu „passiv“ waren die Bekenntnisse etwa von Bündnis 90/Die Grünen<sup>291</sup>, nach dem Tod Arafats den Friedensprozess weiter vorantreiben zu wollen. Da sich der Prozess auf beiden Seiten zeigt, hat er auch keine Auswirkung auf das „Kräfteverhältnis“ der Positionen innerhalb der außenpolitischen Eliten. Die Mehrheit des Bundestages aus SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen dominiert mit ihrer PAP somit die zahlenmäßig geringe AAP-Minderheit aus FDP und PDS. Die einheitlich geschlossene Kommunikation einer PAP durch die Bundesregierung in der Außendarstellung stärkt den Befund einer generellen PAP in der deutschen Nahostpolitik.

Welcher „role orientation“ im Sinne Hermanns ließe sich nun diese PAP während der Zweiten Intifada zuordnen? Auch im zweiten Auswertungsteil lassen sich Formen des „expansionist“ sowie „active independent“ von vorneherein ausschließen, da sie aus historischen wie bündnispolitischen Gründen von den außenpolitischen Eliten gemieden werden. Im Falle der AAP sind aber sowohl Ansätze einer „influential role orientation“ erkennbar, als auch eine starke Prägung durch die „mediator-integrator role orientation“. Wenn auch letztere überwiegt – das zeigt die konstante Forderung der FDP nach einer KSZNO – so sind teilweise „influential“-Elemente in der Forderung des FDP-Abgeordneten Gerhardt nach verstärktem Druck auf die israelische Politik festzustellen. In der Gesamtheit betrachtet dominiert in der Sicht der AAP auf die deutsche Nahostpolitik jedoch klar die Rolle des „mediator-integrators“. Naturgemäß anders ist die PAP verortet. Ihre Rhetorik ist bis zum 11. September trotz Fischers Pendeldiplomatie durchdrungen von einer „developmental role orientation“, während sie zwischen dem 11. September und der Roadmap „opportunist“ und „developmental“ zugleich ist, um 2004 mit Bekanntwerden der Roadmap wieder „developmental“ zu werden. Die „developmental role orientation“ zieht sich jedoch innerhalb der PAP als multilaterale *Grundkonstante* durch das Bild von einer deutschen Nahostpolitik. Der Hinweis der PAP-Vertreter auf die Abhängigkeit deutscher und europäischer Nahostpolitik von amerikanischer Nahostpolitik und den Interessen der UNO ist als Haupthinderungsgrund für ein stärkeres Engagement in der Region in nahezu allen Erwiderungen auf AAP-

---

<sup>290</sup> Vgl. die Forderungen Gerhardts auf S. 91. Gerhardt (FDP), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 11. November 2004, S. 12591 B.

<sup>291</sup> Vgl. die Aussage Volmers auf S. 92. Volmer (B'90/Die Grünen), Rede vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 2004, S. 13882f.

Forderungen zu finden. Der gewichtige Einfluss der PAP mit ihrem „developmental“-Charakter erlaubt es daher auch nicht in der Zeit von 2000 bis 2005 von den außenpolitischen Eliten als „primus inter pares“ innerhalb der EU und dem Nahost-Quartett zu sprechen.

## 5 Bewertung: „Alte“ vs. „neue“ deutsche Nahostpolitik?

Oberflächlich betrachtet liefern die angestellten Analysen deutscher Nahostpolitik während der Ersten und Zweiten Intifada ein einheitliches Bild ab. In beiden Untersuchungen ließen sich eine überwiegend passiv-aktive Position und ein „developmental“ bzw. stark multilateraler Typus als Selbstbild der außenpolitischen Eliten feststellen. Formal betrachtet hieße das, die Rollenkonzeption der nahostpolitischen Eliten erwies sich über die Jahre als konstant. Ihre Entstehungshintergründe und die damit einhergehenden Unterschiede lassen die Frage nach Kontinuität und Wandel im Selbstbild deutscher Nahostpolitik nicht so leicht beantworten. In der Außenpolitikforschung dominiert in der Literatur die herrschende Meinung, dass in der deutschen Außenpolitik immer noch das Element der Kontinuität überwiege.<sup>292</sup> Doch mit der Zeit forderten Kritiker die Kontinuitätsthese heraus, indem sie auf die Außenpolitik der neuen rot-grünen Regierung verwiesen, die u.a. mit Kampfeinsätzen im Kosovo oder der strikten Ablehnung gegenüber einem Engagement im Irakkrieg mit bundesrepublikanischen Grundsätzen brach (vgl. HELLMANN 2004; RITTBERGER/WAGNER 2000; HELLMANN, Gunther 2000; HELLMANN 2002). Vergleichbare Entwicklungen konnten bei den außenpolitischen Eliten während der Zweiten Intifada beobachtet werden. Eine für die Zeit der Ersten Intifada undenkbarere Pendeldiplomatie Fischers war für die Vertreter einer AAP der Ausgangspunkt von Forderungen nach noch weiter gehendem Engagement deutscher Nahostpolitik. Derartige Forderungen hätten in der Zeit um das Ende des Ost-West-Konflikts herum in dieser Klarheit nicht debattiert werden können. Bedingt durch veränderte internationale Rahmenbedingungen ist damit vor allem in der Rhetorik der Parlamentarier ein Wandel zu konstatieren. Doch erlaubt es diese Entwicklung trotz der gleichen Rollenkonzeptionen von einem Wandel in der deutschen Nahostpolitik, ja sogar von einer „alten“ und einer „neuen“ deutschen Nahostpolitik zu sprechen? Die Verdopplung der Redebeiträge und die Zunahme an Debatten über einen deutschen Beitrag zum Konfliktmanagement in der Region dokumentieren, welchen Bedeutungszuwachs der Nahe Osten in der deut-

---

<sup>292</sup> Vgl. die neueren Werke von RITTBERGER 2001; STAACK 2000; HAFTENDORN 2001.

schen Außenpolitik erfuhr. Von einem echten Wandel in der Selbstdarstellung der nahostpolitischen Eliten zu sprechen, erscheint dagegen übertrieben. Zum einen wird die Wandelthese, wenn es auf die Madrider Friedenskonferenz bzw. die Veröffentlichung der Roadmap zugeht, in beiden Auswertungsteilen von einer Konvergenz der Positionen geschwächt. Zum anderen war die Front der AAP nicht so einheitlich aufgestellt, als dass sie besonders während der Zweiten Intifada einen (wenn auch kleinen) Wandel begründen würde. Viele Abgeordnete, denen eine AAP zugeschrieben wurde, schwächten ihren AAP-Appell dadurch ab, indem sie politischen Druck auf Israel nicht durchgehend unterstützten. Anstelle eines nationalen Engagements im europäischen Rahmen bestanden sie nur auf eine allgemeine europäische Unterstützung des Friedensprozesses und ließen ein erkennbares Konfliktmanagement nur in Ansätzen durchblicken. Aber auch PAP-Vertreter beließen es nicht nur beim Zurückweisen der AAP-Forderungen, sondern forderten vereinzelt ein aktiveres europäisches Vorgehen innerhalb des Nahost-Quartetts. Desweiteren liegt die Vermutung nahe, die AAP könnte eine Rolle sein, die bevorzugt von Oppositionsparteien wahrgenommen wird, während die Regierungsparteien bedingt durch besonderen Beziehungen zu Israel und der Ausrichtung auf die europäische und amerikanische Nahostpolitik im „alltäglichen Geschäft“ zu einer „passiveren“ Rolle gezwungen sind. Schließlich besteht die Aufgabe der Opposition darin, der Regierung und die sie stützenden Parteien möglichst Fehlverhalten oder unzureichendes Handeln vorzuwerfen. Da die CDU/CSU-Fraktion in der Zeit während der Zweiten Intifada konsequent die Regierungs-PAP mittrug, ist diese Vermutung für die deutsche Nahostpolitik so nicht haltbar. Ein gewichtiger Grund für die Kontinuität in der deutschen Nahostpolitik kann auch im häufig erwähnten *Konsens innerhalb der außenpolitischen Eliten* liegen. Er bestimmte die Möglichkeiten eines deutschen Konfliktmanagements durch „Leitlinien“, wie die Forderung eines demokratischen Palästinenserstaates, Gewaltfreiheit und die Sicherung des Existenzrechts Israel, zu großen Teilen vor. Ein Gegensatz zwischen „alter“ und „neuer“ deutscher Nahostpolitik, so wünschenswert er manchen für eine schnellere Konfliktschlichtung erscheinen mag, muss hinter der Kontinuität von der Ersten bis zur Zweiten Intifada zurückstehen. Nichtsdestotrotz sind in der Kommunikation der außenpolitischen Eliten im Rahmen des Bundestages eine aktivere Nahostpolitik und Ansätze eines Konfliktmanagements auszumachen.

## Schlussbetrachtung

*Solange wir unser Gewicht im europäischen Rahmen zum Tragen bringen und dieses Gewicht für Europa [im Nahostkonflikt] einsetzen, so lange werden wir uns selbst, aber auch allen unseren Partnern Gutes tun. Sollten wir aber eigenständige nationale Politik betreiben, würden wir uns sehr schnell in den Schlingen alter, wiederkehrender Probleme verfangen, die sich aus unserer Lage und Geschichte ergeben. Davon kann ich nur abraten.<sup>293</sup>*

Joschka Fischer

Wenn es der Aussage eines Außenpolitikers bedürfte, die das Untersuchungsergebnis entsprechend widerspiegelt, so ist es das vorangestellte Zitat des mittlerweile ehemaligen Außenministers Joschka Fischers, als er in einem Interview der Welt zu einer möglichen deutschen Vermittlerrolle im Nahostkonflikt befragt wurde. Selbst als Außenminister Fischer wenige Wochen nach Ausbruch der Zweiten Intifada in die unfreiwillige Rolle eines „Interim-Konfliktmanagers“ geriet, wurden er und auch die Mehrheit der außenpolitischen Eliten nicht müde zu betonen, es handele sich dabei um eine europäische Vermittlungsbemühung, die sich klar an den Ergebnissen des Nahost-Quartetts orientiere. Dieser Befund einer passiv-aktiven Nahostpolitik Deutschlands nah an der europäischen Außenpolitik gilt für den ersten Auswertungsteil von 1987 bis 1993 noch mehr als für den zweiten Auswertungsteil. Denn bei aller konstatierten Kontinuität waren unterhalb der Kategorienebene im Zeitraum von 2000 bis 2005 Forderungen zu hören, die weit über das hinausgingen, was zur Zeit der Ersten Intifada und auch während der Zweiten Intifada denkbar und möglich gewesen wäre. Daraus jedoch einen Wandel abzuleiten, würde den empirischen Beobachtungen nicht gerecht. Allein das quantitative Übergewicht der PAP-geprägten Aussagen verhinderte einen derartigen Befund. Als überaus aufschlussreich erwies sich nach der Zuteilung der Aussagen in AAPs und PAPs die weitere Ausrichtung an sechs verschiedenen „role orientations“. Sie erlaubten es, die in den Großkategorien vorhandenen Unterpositionen sichtbar zu machen und verhalfen der Analyse zu einer differenzierten Gesamtaussage. Nachdem die induktive Vorgehensweise der Kategorienbildung dazu führte, dass sich nach etwa 30 Prozent des Materialdurchlaufs fünf der sechs Kategorien als nicht haltbar herausstellten, war die Differenzierungsmöglichkeit entlang sechs verschiedener „role orientations“ eine gute Gelegenheit, um den allzu dichotomen Charakter der Untersuchung aufzulockern. Diese

---

<sup>293</sup> Joschka Fischer in einem Interview mit der Welt vom 05.11.2001, verfügbar unter <http://www.welt.de/daten/2001/11/05/1105au293590.htm>, letzter Zugriff am 10.03.2006 um 12.08 Uhr.

tiefer gehende Verortung zeigte schließlich auch den enormen Bedeutungszuwachs dem der Nahostkonflikt innerhalb der deutschen Außenpolitik von 2000 bis 2005 zuteil wurde. Beleg dafür sind die zahlreichen Anträge und Aktuellen Stunden zum Nahen Osten im Bundestag, die in aller Breite die genaue Konfliktlage und die Probleme für die einzelnen Konfliktparteien aufgriffen. Im Vergleich zur Zweiten Intifada überwog doch zwischen 1987 bis 1993 sehr stark die Vorsicht, mit allzu unbedachten außenpolitischen Handlungen oder Äußerungen das „besondere“ Verhältnis zu Israel zu gefährden, wenn auch bis in die Gegenwart hinein an der unverbrüchlichen Loyalität zum israelischen Staat nicht gerüttelt wurde. Das so nach Abschluss aller Untersuchungen gewonnene Selbstbild deutscher Nahostpolitik orientiert sich an verschiedenen Grundsätzen: Nationale Vermittlungsbemühungen Deutschlands oder sogar die Ausübung von politischem Druck auf die Konfliktparteien im Nahostkonflikt werden abgelehnt, da sie erstens „besonderen Beziehungen“ zu Israel gefährden würden, zweitens den Verpflichtungen in der europäischen Außenpolitik zuwider liefen und drittens die Suprematie der USA in der Region verleugnen würde. Die Anregung spezieller Initiativen zur Konfliktschlichtung innerhalb der EU ist dagegen weitgehend akzeptiert, wenn sie auch nicht in dem Maße genutzt werden wie es sich ein Großteil der Parlamentarier wünscht. Seit Veröffentlichung der Roadmap zusammen mit den USA, Russland und der UNO gilt sie den außenpolitischen Eliten als einzig praktikable Basis für einen Friedensprozess. Über die Roadmap hinaus reichende Initiativen haben nur ihre Berechtigung, wenn sie innerhalb des Nahost-Quartetts einen Rückhalt findet. Formen des aktiven Konfliktmanagements werden folglich ohne die Einbindung der USA von einer Mehrheit abgelehnt. Unterstützung erhält diese Rollenkonzeption deutscher Nahostpolitik von einer durchgängig PAP-geprägten Kommunikation der Bundesregierung *nach außen* an die internationalen Adressaten. Da es sich hier nicht wie bei einer Rede im Bundestag um eine kritikfähige Meinung, sondern um eine öffentliche Stellungnahme mit diplomatischem Charakter handelt, sind diese „Leitlinien“ als ein nahostpolitischer Gemeinplatz Deutschlands zu werten. Trotz der Tatsache, dass in der inneren Debatte zur teilweise beträchtlichen Kritik an dieser Position kommt, kann deutsche Nahostpolitik nicht in ein „altes“ und ein „neues“ Lager oder etwa auch in eine „Bonner“ und eine „Berliner“ Nahostpolitik geteilt werden.

---

## Monographien und Sammelbände

ACKERMANN, Alice 2000: Making Peace Prevail. Preventing Violent Conflict in Macedonia, New York.

AZAR, Edward E. 1991: The Analysis and Management of Protracted Conflict, in: VOLKAN, Vamik D./MONTVILLE, Joseph V./JULIUS, Demetrios A.: The Psychodynamics of International Relationships, Volume II: Unofficial Diplomacy at Work, Lexington/Mass., 93-120.

BALLA, Bálint/LAUTMANN, Rüdiger 1995: Informeller Konflikt, in: FUCHS-HEINRITZ, Werner (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie, Opladen, 357.

BALLSTAEDT, Steffen-Peter (Hrsg.) 1981: Texte verstehen, Texte gestalten, München.

BERELSON, Bernard 1952: Content Analysis in Communication Research, Glencoe.

BILLING, Peter 1995: Zuckerbrot und Peitsche. Vermittlungsaktionen der Supermächte in internationalen Konflikten, in: ROPERS, Norbert/DEBIEL, Tobias: Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten und Gesellschaftswelt, Bonn, 112-131.

BONACKER, Thorsten/IMBUSCH, Peter 2005: Begriffe der Friedens- und Konfliktforschung, in: IMBUSCH, Peter/ZOLL, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung, Wiesbaden, 69-144.

BURTON, John 1990: Conflict Resolution and Prevention, New York.

BÜTTNER, Friedmann/HÜNSELER, Peter 1981: Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den arabischen Staaten, in: STEINBACH, Udo (Hrsg.): Deutsch-arabische Beziehungen, München, 125-140.

CARNEY, T. F. 1972: Content Analysis. A Technique for Systematic Inference from Communications, London.

COBURN-STAEGER, Ursula 1973: Der Rollenbegriff, Heidelberg.

COSER, Lewis 1965: Theorie sozialer Konflikte, Neuwied.

DAHRENDORF, Ralf 1965: Gesellschaft und Freiheit, München.

DINER, Dan 1987: Endogene Konfliktverursachung im Vorderen Orient und die Funktion globaler Einmischung, in: STEINWEG, Rainer: Kriegsursachen, Frankfurt am Main, 308-333.

DIJK VAN, Teun A. 1980: Macrostructures, Hillsdale/N.J..

GAUPP, Peter 1983: Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und Internationalen Beziehungen, Bern/Liebefeld.

GEORGE, Alexander L. 1959: Propaganda Analysis. A Study of Inferences Made from Nazi Propaganda in World War II, Evanston (Ill.)/White Plains (NY).

GIDDENS, Anthony 1984: Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung, Frankfurt/Main.

GLÖCKLER-FUCHS, Juliane 1997: Institutionalisierung der europäischen Außenpolitik, München/Wien.

HAFTENDORN, Helga 2001: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, 1945-2000, Stuttgart/München.

HAFTENDORN, Helga 1986: Sicherheit und Entspannung: Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden.

HARNISCH, Sebastian 2003: Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: HELLMANN, Gunther/WOLF, Klaus-Dieter/ZÜRN, Michael (Hrsg.): Forschungsstand und Perspektiven der Internationalen Beziehungen in Deutschland, Baden-Baden, 313-360.

HERMANN, Margaret G. 1987: Foreign Policy Orientations and the Quality of Foreign Policy Decisions, in: WALKER, Stephen G.: Role Theory and Foreign Policy Analysis, Durham, 123-140.

HIMES, Joseph S. 1980: Conflict and Conflict Management, Athens.

HOFFMAN, Mark 1995: Konfliktlösung durch gesellschaftliche Akteure. Möglichkeiten und Grenzen von Problemlösungs-Workshops, in: ROPERS, Norbert/DEBIEL, Tobias: Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn, 284-303.

HOLLIS, Martin/SMITH, Steve 1990: Explaining and Understanding International Relations, Oxford.

HOLSTI, Kalevi J. 1987: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: WALKER, Stephen G.: Role Theory and Foreign Policy Analysis, Durham, 1-43.

HOLSTI, O. R. 1969: Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, Reading (Mass.).

HUBEL, Helmut 1992: Germany and the Middle East Conflict, in: CHUBIN, Shahram (Hrsg.): Germany and the Middle East, Patterns and Prospects, London, 41-54.

JAEGER, Kinan 1997: Quadratur des Dreiecks: Die deutsch-israelischen Beziehungen und die Palästinenser 1967-1989, Schwalbach/Ts..

JEPPEPERSON, Ronald J./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J. 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: KATZENSTEIN, Peter J.: The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, Ithaca/NY, 33-75.

JÖNSSON, Christer 1984: Superpower. Comparing American and Soviet Foreign Policy, New York.

JÜNNEMANN, Annette 1993: Italiens Nahostpolitik von 1980 bis 1990, Baden-Baden.

JUNKER, Jean-Pierre 1971: Entfremdung von der Rolle, Bern.

KATZENSTEIN, Peter J. 1996: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: DERS. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, 1-32.

KEOHANE, Robert O. 1989: International Institutions: Two Approaches, in: DERS.: International Institutions and State Power, Boulder/CO, S. 160.

KIRSTE, Knut 1998: Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt am Main.

KLINKENBERG, Michael 2002: Die Rolle der EU im Nahost-Friedensprozess, Hamburg.

KRIESBERG, Louis 1998: Intractable Conflict, in: WEINER, Eugene (Hrsg.): The Handbook of Interethnic Coexistence, New York, 332-342.

KRIESBERG, Louis/TERRELL, Northup A./THORSON, Stuart J. 1989: Intractable Conflicts and their Transformation, Syracuse.

KRIPPENDORFF, Klaus 2004: Content Analysis. An Introduction to its Methodology, Thousand Oaks/London/New Delhi.

KRIPPENDORFF, Klaus 1980: Content Analysis. An Introduction to its Methodology, Beverly Hills.

LASSWELL, Harold D. 1948: The Structure and Function of Communication in Society, in: LYMAN, Bryson (Hrsg.): The Communication of Ideas, New York, 37-52.

LAUTMANN, Rüdiger/BUCHHOFER, Bernd 1995: Rollenvolumen, in: FUCHS-HEINRITZ, Werner/LAUTMANN, Rüdiger/RAMMSTEDT, Otthein/WIENOLD, Hanns: Lexikon zur Soziologie, Opladen, 571f..

LAUTMANN, Rüdiger/BUCHHOFER, Bernd 1995: Soziale Rolle, in: FUCHS-HEINRITZ, Werner/LAUTMANN, Rüdiger/RAMMSTEDT, Otthein/WIENOLD, Hanns: Lexikon zur Soziologie, Opladen, 567f..

LE PRESTRE, Philippe 1997: Author! Author! Defining Foreign Policy Roles, in: DERS. (Hrsg.): Role Quests in the Post-Cold War Era, Montreal, 3-14.

LINK, Werner 1987: Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland, in: FUNKE, Manfred/JACOBSEN, Hans-Adolf/KNÜTTLER, Hans-Helmuth/SCHWARZ, Hans-Peter: Demokratie und Diktatur, Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Bonn, 400-416.

LISCH, Ralf/KRIZ, Jürgen 1978: Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse. Bestandesaufnahmen und Kritik, Reinbek.

LUND, Michael 1996: Preventing Violent Conflicts: A Strategy for Preventive Diplomacy, Washington D.C.

MARINGER, Eva/STEINWEG, Reiner 1997: Konstruktive Haltungen und Verhaltensweisen in institutionalisierten Konflikten. Berlin.

MATTHIES, Volker 2000: Krisenprävention. Vorbeugen ist besser als heilen, Opladen.

MATTHIES, Volker 1998: Reaktion oder Prävention? Krisenmanagement oder Konfliktprävention?, in: MADER, Gerald/EBERWEIN, Wolf-Dieter/VOGT, Wolfgang R. (Hrsg.): Europäische Friedensordnung. Konturen einer Sicherheitsarchitektur, Münster.

MAYRING, Philipp 2003: Qualitative Inhaltsanalyse, in: FLICK, Uwe/KARDORFF, Ernst von/STEINKE, Ines: Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek, 468-475.

MAYRING, Philipp 2002: Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zum qualitativen Denken, Weinheim/Basel.

MAYRING, Philipp 1983: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim/Basel.

MEINECKE, Friedrich 1976: Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte, München/Wien.

MERTEN, Klaus 1983: Inhaltsanalyse, Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen.

MEYERS, Reinhard 1994: Begriff und Probleme des Friedens, Opladen.

MÜLLENMEISTER, Uwe 1988. Die Nahostpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1982, Frankfurt am Main.

NEUKIRCH, Claus 2003: Konfliktmanagement und Konfliktprävention im Rahmen von OSZE-Langzeitmissionen. Eine Analyse der Missionen in Moldau und Estland, Baden-Baden.

NEUSTADT, Amnon 1983: Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt am Main.

NUTTALL, Simon J. 1992: European Political Co-operation, Oxford.

PECK, Connie 1998: Sustainable Peace: The Role of the UN and Regional Organizations in Preventing Conflict, Lanham/MD.

PEUCKERT, Rüdiger 2003: Soziale Rolle, in: SCHÄFERS, Bernhard: Grundbegriffe der Soziologie, Opladen, 289-292.

Pfaffenholz, Thania 1998: Konflikttransformation durch Vermittlung. Theoretische und praktische Erkenntnisse aus dem Friedensprozess in Mosambik (1976-1995), Mainz.

PFETSCH, Frank 1990: Konflikte seit 1945: Daten – Fakten – Hintergründe, Freiburg/Würzburg.

RITSERT, Jürgen 1972: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung, Frankfurt am Main.

RITTBERGER, Volker 2001: German Foreign Policy since Unification. Theories and Case Studies, Manchester/New York.

ROBERT, Rüdiger 2000: Nahostkonflikt, in: WOYKE, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, Bonn, 307-316.

ROBERS, Norbert 1995a: Die friedliche Bearbeitung ethno-politischer Konflikte: Eine Herausforderung für die Staaten- und Gesellschaftswelt, in: ROPERS, Norbert/DEBIEL, Tobias (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn, 197-232.

ROBERS, Norbert 1995b: Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn-Bad Godesberg.

RUST, Holger 1980: Struktur und Bedeutung. Studien zur qualitativen Inhaltsanalyse, Berlin.

SCHMID, Claudia 1993: Der Israel-Palästina-Konflikt und die Bedeutung des Vorderen Orients als sicherheitspolitische Region nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden.

SINGER, Eric/HUDSON, Valerie M. 1987: Role Sets and African Foreign Policy Behavior. Testing an External Predisposition Model, in: WALKER, Stephen (Hrsg.): Role Theory and Foreign Policy Analysis, Durham, 199-218.

STAACK, Michael: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000.

STRASSER, Hermann 1998: Konflikt/Konflikttheorien, in: NOHLEN, Dieter (Hrsg.) Lexikon der Politik, München, 316-319.

WASMUHT, Ulrike 1996: Friedensforschung als Konfliktforschung. Zur Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf den Konflikt als zentrale Kategorie, in: IMBUSCH, Peter/ZOLL, Ralf (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen, Opladen, 175-187.

WATZLAWICK, Paul/BEAVIN Janet H./JACKSON, Don D. 1969: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien, Stuttgart /Bern.

WEINGARDT, Markus 2002: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung, Frankfurt am Main.

WEINGARDT, Markus 1997: Deutsch-israelische Beziehungen. Zur Genese bilateraler Verträge 1949-1996, Konstanz.

WISWEDE, Günther 1977: Rollentheorie, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz.

WOLFFSOHN, Michael 1991: Israel. Grundwissen Länderkunde, Geschichte – Politik – Gesellschaft – Wirtschaft, Opladen.

ZARTMAN, William 1985: Ripe for Resolution: Conflict and Intervention in Africa, New York.

## Zeitschriftenaufsätze

ANDREWS, Bruce 1975: Social Rules and the State as a Social Actor, in: *World Politics*, 27: 4, 521-540.

AUBERT, Vilhelm 1963: Competition and Dissensus: Two Types of Conflict and of Conflict Resolution, in: *Journal of Conflict Resolution*, 7: 1, 26-42.

AZAR, Edward A./JUREIDINI, Paul/MCLAURIN, Ronald 1978: Protracted Social Conflict. Theory and Practice in the Middle East, in: *Journal of Palestine Studies*, 29, 41-60

DEUTSCH, Morton 1969: Conflicts: Constructive and Destructive, in: *Journal of Social Issues*, 25: 1, 7-41.

HELLMANN, Gunther 2004: Wider die Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer für offensiven Idealismus, in: *WeltTrends* 42, 79-88.

HELLMANN, Gunther 2002: Sag' beim Abschied leise servus. Die Zivilmacht Deutschland beginnt, ein neues „Selbst“ zu behaupten, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 3, 498-507.

HELLMANN, Gunther 2000: Rekonstruktion des „Hegemonie des Machtstaates Deutschland unter modernen Bedingungen?“, Zwischenbilanzen nach zehn Jahren neuer deutscher Außenpolitik, Beitrag zum 21. Kongress der DVPW in Halle/Saale unter <http://www.uni-frankfurt.de/fb3/hellmann/mat/hellmann-halle.pdf>.

HIRSCHMAN, Albert O. 1994: Social Conflicts as Pillars of Democratic Market Society, in: *Political Theory*, 22: 2, 203-218.

HOLSTI, Kalevi J. 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly*, 14: 3, 233-309.

KRACAUER, Siegfried 1952: The Challenge of Qualitative Content Analysis, in: *Public Opinion*, 16, 631-642.

LAPID, Yosef 1989: The Third Debate: On the Prospects of International Theory in a Post-Positivist Era, in: *International Studies Quarterly*, 33, 235-254.

MITCHELL, Christopher 1991: Classifying Conflicts: Asymmetry and Resolution, in: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 518, 23-38.

RITTBERGER, Volker/WAGNER, Wolfgang 2000: Foreign Policy since Unification – Theories Meet Reality, Beitrag zum 21. Kongress der DVPW in Halle/Saale unter <http://www.deutsche-ausspolitik.de/ressources/conferences/rittberger.pdf>.

SCHABER, Thomas/ULBERT, Cornelia 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1, 139-169.

SENGHAAS, Dieter 1997: Provokative Mediation, in: *Internationale Politik*, 52: 10, 19-24.

WELL, Günther van 1976: Die Entwicklung einer gemeinsamen Nahostpolitik der Neun, in: *Europa-Archiv*, 4, 199-128.

WISH, Naomi B. 1980: Foreign Policy Makers and Their National Role Conceptions, in: *International Studies Quarterly*, 24: 4, 532-554.

## Quellen

Rede des deutschen UN-Botschafters Rüdiger von Wechmar vor der 24. Generalversammlung, in: *Deutschland-Berichte*, 10: 12, Dezember 1974, 2-4.

Berichte und Dokumentationen des Auswärtigen Amtes 1987: Die Bundesrepublik Deutschland und der Nahe Osten, Bonn.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin der Bundesregierung, Bonn/Berlin, Jahrgänge 1987-1993 und 2000-2005:

- Nr. 35, S. 290, 1987 – Nr. 79, S. 919, 1993
- Nr. 72-2 vom 1. November 2000 – Nr.16-1 vom 1. Februar 2005

Verhandlungen des Deutschen Bundestages: Plenarprotokolle, Stenographische Berichte, Bonn/Berlin, Jahrgänge 1987-1993 und 2000-2004.

- 11. Wahlperiode, 4. Sitzung, 1987 – 12. Wahlperiode, 176. Sitzung, 1993
- 14. Wahlperiode, 126. Sitzung, 2000 – 15. Wahlperiode, 138. Sitzung, 2004.

# Erklärung

## über die selbständige Erstellung einer wissenschaftlichen Ausarbeitung

Hiermit erkläre ich / erklären wir (Zutreffendes unterstreichen),

<b>Name:</b>	<b>Vorname:</b>	<b>geb. am:</b>
--------------	-----------------	-----------------

gegenüber dem Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, dass die vorliegende, an diese Erklärung angefügte Ausarbeitung mit dem Thema:

--

<b>im Semester:</b>
---------------------

von den angegebenen Autorinnen und Autoren **selbständig** und nur unter Zuhilfenahme der im Quellen- und Literaturverzeichnis bzw. in den Anmerkungen genannten Werke angefertigt wurde.

Frankfurt, den \_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Eigenhändige Unterschriften